

Willy Brandt

Frieden

Reden und Schriften
des
Friedensnobelpreis-
trägers 1971

Verlag

Neue Gesellschaft GmbH

Bibliothek
der Friedrich-Ebert-Stiftung

9 5093 FES 21.12.71

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktionelle Gestaltung: Klaus Reiff

1971 bei Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Kölner Straße 149

Die Rede von Willy Brandt „Friedenspolitik in unserer Zeit“ wurde
veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der Nobel-Stiftung

Fotos: Bundesbildstelle, Sven Simon, AP, dpa, Landesbildstelle Berlin
Umschlaggestaltung: Uwe Loesch, 4 Düsseldorf
Herstellung: Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, 6 Frankfurt am Main
Printed in Germany 1971

Bundespräsident Gustav W. Heinemann

Friedensnobelpreis für Willy Brandt

In der heutigen so vielseitig gefährdeten Welt suchen die Völker nach Männern und Frauen, die Vertrauen verdienen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt durch das vom norwegischen Parlament dazu bestellte Komitee hat in der Einmütigkeit der Entscheidung deutlich gemacht, daß es in ihm einen Mann von solcher Vertrauenswürdigkeit sieht. Darin findet zugleich das Streben unseres Volkes nach Versöhnung und guter Nachbarschaft mit den Völkern im Westen und Osten, im Norden und Süden eine uns alle freudig bewegende Anerkennung. Durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Willy Brandt wird ausgesprochen, daß für das Empfinden der Welt heute ein anderes Deutschland lebt — ein Deutschland, von dem eine große Anstrengung zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens unter den Völkern ausgeht.

In Willy Brandt, in seiner persönlichen Lebensgeschichte und in seinem politischen Handeln sehen die Verleiher des Friedensnobelpreises einen deutschen Politiker, der Fairneß und Toleranz miteinander verbindet, der aber auch fest entschlossen ist, vielen Widerständen zum Trotz seinem Volk den Weg in eine Zukunft des Friedens zu ebnen.

Vertrauen verpflichtet. Wir werden darauf achten müssen, daß wir es rechtfertigen. Dazu gehört, daß Fairneß und Toleranz nach innen und außen die Grundlage bleiben müssen, von der aus deutsche Politik ihre Kraft erhält. Wir sind aufgefordert, alles zu fördern, was wir gemeinsam mit unseren Nachbarn für den Frieden in der Welt tun können. Nur ein stetes Bemühen dieser Art kann zugleich unserem Volk die innere und äußere Sicherheit geben, die notwendig ist, um auch unsere nationalen Probleme ihrer Lösung näher zu bringen. Frieden in der Welt ist die Sehnsucht der Völker. Unser Volk — dessen bin ich sicher — wird nach allem, was geschehen ist, in seinem Bemühen nicht nachlassen, uns in eine weltweite Entspannung mit dem Ziel der Sicherung des Friedens einzufügen.

Begründung des Nobel-Komitees

Während der gesamten Nachkriegsperiode stellte die politisch ungelöste deutsche Frage eine latente Gefahr für den Frieden dar. Während dieser Jahre sind viele Bemühungen unternommen worden, innerhalb dieses gefährlichen Gebietes politischer Spannung eine Entspannung durchzusetzen.

Das Nobel-Komitee des norwegischen Parlaments hat heute den Friedenspreis an Bundeskanzler Willy Brandt verliehen. Durch diese Wahl hat der Ausschuß versucht, die Absichten des Testaments von Alfred Nobel zu verwirklichen. Als Führer der Bundesrepublik Deutschland und im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt seine Hand zur Versöhnung zwischen Völkern ausgestreckt, die lange Zeit Feinde waren.

Im Geiste des guten Willens hat er außerordentliche Ergebnisse bei der Schaffung von Voraussetzungen für den Frieden in Europa erzielt. Politische und militärische Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa sind eine Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung.

Das Komitee mißt der Tatsache Bedeutung bei, daß Willy Brandt sowohl als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland seit 1966, als auch als Bundeskanzler seit 1969 konkrete Initiativen für eine solche Entspannung ergriffen hat. Das Komitee verweist auf die Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und der Gewaltverzichtsabkommen mit Polen und der Sowjetunion. Darüber hinaus erinnert das Komitee an seine Bemühungen, für die Bevölkerung von West-Berlin die Grundrechte der persönlichen Sicherheit und der Bewegungsfreiheit zu gewährleisten.

Willy Brandt sieht die Stärkung der Zusammenarbeit in Westeuropa als integrierenden Teil eines Friedensplanes für ganz Europa. Im Hinblick auf die Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Westeuropas hat der Bundeskanzler ebenfalls bedeutsame Initiativen ergriffen.

Das Nobel-Komitee betrachtet dieses gesamte Werk als einen fundamentalen Beitrag zur Stärkung der Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der Welt als Ganzes.

Vorwort

Willy Brandt begann nach dem Kriege seine politische Arbeit in Deutschland als Beauftragter des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegenüber den Alliierten in Berlin; in jener Stadt also, deren Name in den letzten 25 Jahren so häufig mit entscheidenden politischen Vorgängen verknüpft war. Nennen wir nur die drei Stichwörter: Luftbrücke, Mauerbau und Berlinverhandlungen. Hier in Berlin spiegelt sich wie an keinem anderen Ort der Welt weltpolitische Entwicklung im Alltag der Menschen wider. Es gab wohl keine Stadt der Welt, die einem Politiker eine konstruktivere Aufgabe hätte bieten können, der die Verwirklichung und Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu seiner vornehmsten Aufgabe gemacht hat.

Friedenspolitik ist in hohem Maße eine Politik internationaler Verträge, eine Politik des ausgewogenen Truppenabbaus und der Rüstungsbegrenzung. Das gilt auch für eine deutsche Friedenspolitik. Deutsche Friedenspolitik ist aber – nach all dem was gewesen ist – nicht zuletzt eine Frage der politischen und menschlichen Glaubwürdigkeit. Es geht also dabei nicht nur darum, welchen politischen Inhalt diese Friedenspolitik hat, es geht auch um die Form, die sie findet, es geht um die Menschen, die diese Politik vertreten. Die Persönlichkeiten an der Spitze ebenso wie die Wähler und die Mitglieder der Parteien, die diese Politik tragen. Willy Brandt wurde der Friedensnobelpreis verliehen. Die Ehrung galt dem Politiker und dem Menschen Willy Brandt, einem deutschen Bundeskanzler und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, der die humane Komponente der Politik in exemplarischer Weise immer wieder neu zum Ausdruck gebracht hat.

Alfred Nau

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Seite

Bundespräsident Gustav W. Heinemann:
Friedensnobelpreis für Willy Brandt 5

Begründung des Nobel-Komitees 6

Alfred Nau:
Vorwort 7

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

„Koexistenz und Entwicklungshilfe“
Auszüge aus zwei Vorlesungen vor der Harvard University
in Cambridge, US-Staat Massachusetts, am 2. und 3. Oktober
1962 15

„Coventry – Symbol für die Hoffnung auf eine bessere Welt“
Eröffnungsrede für das John-F.-Kennedy-Haus
am 24. April 1965 in der britischen Stadt Coventry 19

„Wir müssen um Europa ringen“
Referat auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum
Thema „Europäische Gemeinschaft im atlantischen Raum“
im Oktober 1963 in Berlin 22

„Über das nationale Selbstverständnis der Deutschen“
Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch
die New School for Social Research am 19. April 1965 in
New York 31

Der Bundesaußenminister

„Das Wettrüsten begrenzen, den Frieden sicherer machen“
Rede auf der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf
am 3. September 1968 41

„Friedliches Miteinander und Mut zur Solidarität“
Rede auf der Konferenz der UNESCO in Paris
am 6. November 1968 48

	Seite
„Europäische Friedensordnung als Ziel“ Vortrag auf der Jahrestagung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. November 1967 in Düsseldorf	51
„Brücken bauen zu den Nachbarn in Osteuropa“ Beitrag für die jugoslawische Zeitschrift „Internationale Politik“ am 1. Juni 1968	66
 Der Bundeskanzler	
„Toleranz und Solidarität mit den Mitmenschen“ Rede anlässlich der Eröffnung der „Woche der Brüderlich- keit“ in Köln am 21. März 1971	77
„Entwicklungshilfe ist internationale Strukturpolitik“ Erklärung in der 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. April 1971 während der Aussprache über die Ent- wicklungspolitik der Bundesregierung	90
„Für einen mutigen Schritt zur europäischen Einheit“ Erklärung auf der Gipfelkonferenz der Europäischen Wirt- schaftsgemeinschaft in Den Haag am 1. Dezember 1969	92
„Friedenspolitik der Europäischen Gemeinschaft“ Erklärung vor dem Bundestag in Bonn am 24. Juni 1971	101
„Europäische Partnerschaft mit den Gewerkschaften“ Ansprache vor der Jahresversammlung des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften am 14. Oktober 1970 in Bonn	103
„Die Verpflichtung zum Frieden“ Erklärung zum 25. Jahrestag des Endes des Zweiten Welt- kriegs am 8. Mai 1970 im Bundestag in Bonn	106
„Ernsthafter Beginn des Ausgleichs mit dem Osten“ Erklärung vor dem Abflug nach Moskau am 11. August 1970 zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags	112
„Frieden mit allen Völkern des europäischen Ostens“ Fernsehansprache aus Moskau am 12. August 1970	113
„Eine neue Grundlage“ Erklärung vor der Presse in Moskau am 13. August 1970	115

	Seite
„Das Fundament für eine friedliche Zukunft“ Erklärung über Rundfunk und Fernsehen zum deutsch- polnischen Vertrag am 20. November 1970	117
„Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen“ Fernsehansprache aus Warschau am 7. Dezember 1970	119
„Deutsche Politik gilt Frieden und Verständigung“ Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation am 28. Januar 1971 vor dem Bundestag	122
„Konfrontation und Kooperation“ Rede in einer Feierstunde des American Council on Ger- many in New York zum Gedenken an den 17. Juni 1953	139
„Zum 25. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen“ Erklärung des Bundeskanzlers am 24. Oktober 1970	147
„Friedenspolitik in unserer Zeit“ Rede des Friedensnobelpreisträgers am 11. Dezember 1971 in Oslo	148

rung ihrer friedlichen Entwicklung und ihres künftigen Wohlstands geht. Hier gibt es gemeinsame Interessen vieler Staaten, die keine Weltmächte sind, die auch nicht die Ambition haben, Großmächte zu werden und die dennoch nicht nur auf dem gleichen Recht bestehen, sich frei und ohne Sorge entwickeln zu können, sondern die auch vor ihrer weltpolitischen Mitverantwortung nicht zurückweichen wollen. In den Jahren, die vor uns liegen, wird es — wie ich vermute — zunehmend solche Gebiete gemeinsamer Interessen geben.

Europäische Friedensordnung als Ziel

Vortrag auf der Jahrestagung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30. November 1967 in Düsseldorf.

Vor einem Jahr konnte ich an der Tagung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg leider nicht teilnehmen. Damals fiel gerade die Entscheidung der beiden großen Parteien, zur Stabilisierung von Staat und Wirtschaft in einer Großen Koalition zusammenzuarbeiten. Damals ging es in erster Linie darum, Ordnung in die zerrütteten öffentlichen Finanzen zu bringen, die wirtschaftliche Rezession nicht in eine bösertige Krise ausarten zu lassen und die Voraussetzungen für neues ökonomisches Wachstum zu schaffen. Es ging aber auch darum, außenpolitische Gefahren abzuwehren und für die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik, nach innen und nach außen, zu sorgen.

Die Außenpolitik der Regierung der Großen Koalition hat personell und politisch sichtbar auf einen tragfähigen gemeinsamen Nenner gebracht, was manche vor einem Jahr noch gern zu trennen suchten, obgleich es seit 1945 immer zusammengehörte. Ich meine die Tatsache, daß die Fundamente für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht nur von Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano und Walter Hallstein gelegt worden sind. Männer wie Ernst Reuter, Wilhelm Kaisen, Max Brauer und Hans Böckler hatten einen nicht minder wichtigen Anteil, als es darum ging, Vertrauen für Deutschland in Europa und in der Welt wiederzugewinnen. Zu diesen um die Stellung Deutschlands verdienten Männern gehört auch der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in den Nachkriegsjahren, Dr. Kurt Schumacher. Unbestritten: Er war der große Gegenspieler Konrad Adenauers, als die Weichen für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gestellt wurden. Aber so, wie der Name Dr. Adenauers mit

der Aussöhnung mit Frankreich, der Schaffung der Montan-Union, dem westeuropäischen Zusammenschluß, dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Verteidigungsbündnis verbunden ist, so steht der Name Kurt Schumachers für die Abwehr der kommunistischen Zwangsvereinigung und die politische Selbstbehauptung des freien Berlin, für das Ja der Arbeiterschaft zur Bundesrepublik Deutschland und das Bemühen um den Gleichklang von Demokratie und Nation.

Der Beitrag, den die deutschen Sozialdemokraten unter Erich Ollenhauer, Fritz Erler und anderen für Staat und Nation geleistet haben, hat sein eigenes Gewicht. Mit Wucht haben sich aber auch die von der deutschen Politik unabhängigen weltpolitischen Entwicklungen geltend gemacht. So gibt es mehr als einen Grund, weshalb sich die großen Parteien trotz der zeitweise erbitterten Auseinandersetzungen über den Kurs der deutschen Außenpolitik nicht völlig auseinander entwickelten.

Auf Entspannung und Zusammenarbeit gerichtete Europapolitik

Tatsachen und Einsichten waren stark genug, damit beide Parteien die Kraft hatten, über den Graben in unserem Teil Deutschlands zu springen, als es vor einem Jahr darum ging, die Substanz der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und ihr in der zweiten Phase der Nachkriegszeit Stabilität und Zukunftschancen zu sichern.

Es hat Kurskorrekturen der Außenpolitik gegeben, als diese Bundesregierung ihre Arbeit begann. Wer das nicht glaubt, kann es nachlesen. Wenn sich nichts geändert hätte, dann brauchten einige Leute unsere Außenpolitik nicht anzugreifen.

Keine gelegentliche Polemik kann und darf jedenfalls etwas daran ändern, daß die deutsche Außenpolitik am Generalnenner der Friedenssicherung orientiert ist. Das gilt heute genauso wie vor einem Jahr. Dies bedeutet vor allem eine auf Entspannung, Zusammenarbeit und Zusammenschluß gerichtete Europapolitik. Das gilt auch unverändert. Und es wird weitergelten, solange ich Außenminister bin.

Die europäische Komponente hat in den deutschen außenpolitischen Überlegungen und Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg von Anfang an eine besondere Rolle gespielt. Nicht nur bei denen, die die offizielle Politik bestimmten, sondern auch bei denen, die sie in Frage stellten. Dies war schon deswegen natürlich, weil sich die weltpolitische Landschaft nach 1945 so sehr verändert hat.

Bei aller Unterschiedlichkeit zur internationalen Situation der Weimarer Republik hat die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in vielem aber auch an die Bemühungen anknüpfen können, die durch die Namen Friedrich Ebert, Walther Rathenau und Gustav Stresemann charakterisiert sind. Die Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet ein willkommenes Forum, über die Verantwortung der Deutschen Europa gegenüber zu sprechen. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert hat, zumal als Reichspräsident, diese Verantwortung stark gespürt. In der schwierigen Zeit nach dem November 1918 hat er stets bedacht, daß Europa, mochten seine Völker sich auch gerade erst in tödlicher Feindschaft gegenübergelegen haben, auf den Beitrag des deutschen Volkes zu einer friedlichen Welt nicht verzichten konnte.

Vertrauen in die deutsche Politik

1919 sprach er davon, daß sich das deutsche Volk „Licht und Luft“ geschaffen habe. Es werde sich durchsetzen „draußen in der Welt und zu Hause“. Dabei dachte er gewiß nicht an eine neue Machtstellung Deutschlands im alten Konzert der Mächte. Er glaubte daran, das deutsche Volk werde nach den Erfahrungen des Weltkrieges Grundsätze verwirklichen, mit denen es dazu beitragen könne, daß die europäischen Völker in Frieden und Gerechtigkeit miteinander leben würden. „Ein so hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat: an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht!“, sagte er damals. In der gleichen Rede vor der Weimarer Versammlung am 11. Februar 1919 fügte er hinzu: „Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung kommen.“

Frieden, Recht und Freiheit waren die Grundsätze, die Friedrich Ebert bei den lebendigen Kräften des deutschen Volkes aufgehoben wissen wollte. Durch sie sollte Deutschland einen angemessenen Platz einnehmen und eine vernünftige Funktion in Europa ausüben können. Friedrich Ebert wollte nicht, daß die vorsichtige und delikate Außenpolitik der jungen Republik ins Zwielficht und in Unaufrichtigkeit gerate. Die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu den westlichen Ländern sollte unter Verzicht auf jede machiavellistische Doppelbödigkeit erfolgen. Dem Reichspräsidenten ging es vor allem darum, Vertrauen zu erwecken und glaubwürdig zu sein. Erst von einer im Westen geklärten Position aus sollte Deutschland den geschichtlich notwendigen Blick auf die Zusammenarbeit mit dem Osten richten.

Europäische Politik heute

Die europäische Politik, um die wir uns heute bemühen, begann nicht erst vor einem Jahr, auch nicht vor zwanzig Jahren. Sie hat weiter zurückreichende Wurzeln. Europäisches Denken spielte im vergangenen Jahrhundert eine bedeutende Rolle im Lager der europäischen Demokratie. Aber daß dann nach dem Ersten Weltkrieg Männer wie Friedrich Ebert nicht nachhaltig genug gehört worden sind, hat sich nicht nur für das deutsche Volk, sondern für ganz Europa als verhängnisvoll erwiesen. Und zu der Zeit von 1933 bis 1945, mit allem was sie an Irrwegen und Verbrechen beinhaltet, muß aus deutscher Sicht und an die eigene deutsche Adresse die harte Feststellung getroffen werden, daß aus dem Anspruch auf Europa der Verrat an Europa geworden ist.

Nach 1945 ist der Gedanke der europäischen Einigung vom deutschen Volk mit großen Hoffnungen aufgenommen worden. Draußen hat man den Impuls unserer öffentlichen Meinung für die europäische Orientierung gelegentlich als ein Flucht nach vorn, als eine Flucht aus der eigenen Vergangenheit gedeutet. Daran war wohl auch etwas Wahres. Aber es lag doch nahe, die Zukunft des zerstörten und geteilten Landes von Europa her neu zu überdenken.

Damals hat auch der Gedanke eine Rolle gespielt, der uns seitdem bewegt, daß die europäische Politik die bösen Erfahrungen der Vergangenheit beherzigen und überwinden sollte. Das heißt: Zusammenarbeit an Stelle von zerstörerischer Rivalität. An Stelle von Vorherrschaft eines einzelnen Staates die Gleichberechtigung der europäischen Völker. Eine solche Zusammenarbeit und Einigung, daß keiner der Beteiligten hinter dem Rücken seiner Partner eine für den Frieden gefährliche Politik vorbereiten oder treiben kann. Nicht mehr wechselnde Bündnisse, sondern echte, auf die Dauer angelegte Gemeinschaften.

Es gibt für uns in Deutschland noch einen weiteren Grund für die Politik der europäischen Einigung. Durch die Teilung unseres eigenen Landes haben wir nachdrücklich erfahren, was es heißt, daß Europa geteilt ist. Und viele von uns haben gelernt, daß die Lösung der deutschen Frage davon abhängig ist, was aus dem Verhältnis zwischen den Teilen Europas wird. Europa einigen helfen kann also nicht heißen, daß man sich damit zufrieden gibt, den westlichen Teil Deutschlands dem westlichen Teil Europas einzuverleiben. Über die Einigung im westlichen Teil Europas hinaus müssen die Länder Ost- und Westeuropas wieder zusammengeführt werden, unter veränderten Verhältnissen, auf neuer Basis. Das Ziel unserer Europapolitik hat mehr als den westlichen Zu-

sammenschluß im Auge. Es gibt darüber hinaus eine deutsche Mitverantwortung für und ein eigenes Interesse an Gesamteuropa.

Langfristiges Ziel einer europäischen Friedensordnung

Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik nach 1945 fielen zusammen mit einer Periode intensiver Konfrontation zwischen Ost und West. Die Einigung im Westen wurde von vielen verstanden als ein Teil des Kalten Krieges. Manche meinten, es ginge allein um einen Damm gegen den Kommunismus. So erhielt die europäische Politik einen allzu engen, defensiven und negativen Inhalt.

Der Kalte Krieg alter Prägung liegt hinter uns. Schwierige Auseinandersetzungen dauern an. Sie lassen sich nicht mit Illusionen bestehen. Aber sie lassen sich auch nicht bestehen, wenn man zum Gefangenen überholter Fragestellungen wird. Man muß die Fähigkeit haben, über den Tag hinauszudenken und die Aufgaben der Zukunft ins Auge zu fassen.

Ich meine, die Europapolitik ist stärker, wenn sie auf die antisowjetische Komponente verzichtet.

Ich meine, daß es nicht darum geht, Europa gegen etwas zu einigen, sondern für etwas, nämlich für das Wohl der europäischen Völker und für ihre konstruktive Rolle in der Welt.

Ich meine, unsere Europapolitik muß harmonisiert werden mit dem langfristigen Ziel einer europäischen Friedensordnung.

Manches muß anders akzentuiert werden. Dabei sind wir bereits auf gutem Weg. Nicht nur im Westen, auch im Osten wird das wohlverstandene Interesse an einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit klarer erkannt.

Das bedeutende wirtschaftliche Potential des Gemeinsamen Marktes konnte nicht übersehen werden. Auch im Osten kann man die darin liegenden wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht ignorieren. Über die unterschiedlichen politischen Systeme hinweg stellt sich die Frage nach einer Zusammenarbeit, die auf realen Interessen beruht. So entspricht es den Bedürfnissen hochentwickelter Länder in Europa, die in erster Linie Kunden und erst dann Konkurrenten sind. Diesem Gesetz der industriellen Entwicklung können sich auch die osteuropäischen Länder nicht entziehen. Die Aussöhnung und Zusammenarbeit, wie wir sie mit den osteuropäischen Völkern anstreben, sind in Westeuropa bereits erprobt und verwirklicht. Und wir wissen, daß es auf die Dauer keine erfolgreiche Ost-West-Politik gibt ohne eine solide und vorwärtsgewandte West-West-Politik.

Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft

Die Gründung der Europäischen Gemeinschaften und deren Ausbau zu einem wesentlichen Faktor der internationalen Beziehungen sind ein großer Erfolg der westlichen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß die westeuropäischen Staaten, die den Gemeinschaften ursprünglich fernstanden, nunmehr fast ausnahmslos bestrebt sind, ihnen beizutreten oder sich mit ihnen in anderer Weise zu verbinden. Die EWG hat in den letzten Jahren so gewichtige Fortschritte erzielt, daß sie kein Mitgliedstaat mehr in Frage stellen kann, ohne selbst dabei Schaden zu nehmen.

Die Bundesregierung hält sich an das, was sie wiederholt in ihren Erklärungen gesagt hat. Dies bedeutet: Wir sind für die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, und wir bemühen uns nachdrücklich um diese Erweiterung.

Es gibt Leute, die es für eine Schwäche halten, wenn wir dies ohne Kraftmeiertum sagen. Es gibt Leute, die uns Schaukelpolitik vorwerfen. Sie haben uns und die Situation nicht verstanden. Es geht nicht darum, weder in Paris noch in London anecken zu wollen, sondern darum, das Notwendige durchzusetzen, ohne das Bestehende aufs Spiel zu setzen.

Einbeziehung Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt

Die wirtschaftlichen Gründe, die für die Einbeziehung Großbritanniens — sowie Irlands, Dänemarks und Norwegens, deren Beitrittsanträge gleichzeitig vorliegen — in den Gemeinsamen Markt sprechen, liegen auf der Hand: Eine größere Arbeitstellung ermöglicht eine rationellere Produktion und eine bessere Versorgung. Der intensivere Wettbewerb stärkt die dynamischen Kräfte. Großbritannien ist ein Markt von 55 Millionen Konsumenten, verglichen mit 180 Millionen in der EWG und 60 Millionen in der Bundesrepublik. Das Bruttosozialprodukt Großbritanniens liegt in seiner Größenordnung zwischen dem der Bundesrepublik und demjenigen Frankreichs. Der Beitritt Großbritanniens würde Produktion und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EWG um ein Drittel erhöhen. Wenn sich auch die anderen EFTA-Länder mit der EWG verbinden, würde das wirtschaftliche Potential der Gemeinschaft um mehr als die Hälfte zunehmen.

Großbritannien hat auf einer Reihe von Gebieten bedeutende technische Leistungen aufzuweisen. So in der Raumfahrt, Luftfahrt, Raketentechnik, Atomtechnik und Computertechnik. Die Einbringung dieses Know-how in den Gemeinsamen Markt führt

zu einer rascheren Produktivitätssteigerung, verstärktem Wachstum und zur besseren Behauptung gegenüber der Technik der Supermächte. Auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit in Europa hat Premierminister Wilson neuerdings wieder bemerkenswerte Vorschläge gemacht. Und ich meine, daß es angemessen ist, sich damit in Brüssel ernsthaft zu befassen.

Den gesamtwirtschaftlichen Vorteilen stehen Übergangsschwierigkeiten gegenüber, die in einzelnen Bereichen durch verschärfte Konkurrenz entstehen werden. Das gilt z. B. für den Bereich der Montanunion, der sich ohnehin in einer Strukturkrise befindet, und auch für die Textilindustrie. Dabei sind für die Bundesrepublik wichtige wirtschaftliche Interessen berührt, aber wir sind überzeugt, daß hier wie in anderen Bereichen vernünftige Übergangsregelungen gefunden werden können.

Augenblicklicher Stand der Beitrittsfrage

Lassen Sie mich zur Beitrittsfrage nach dem augenblicklichen Stand zusammenfassend folgendes sagen:

1. Die Bundesregierung wird ihre Europa-Politik fortführen. Wir sind der Überzeugung, daß sich der Wunsch nach Überwindung des zwischen EWG und EFTA bestehenden Grabens und der Gedanke der wirtschaftlichen Einigung des freien Europas durch Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften letztlich durchsetzen werden.
2. Die in Brüssel begonnenen Besprechungen der Sechs müssen zunächst zu Ende geführt werden. Ein abschließendes Urteil darüber, in welchem Zeitraum Großbritannien in der Lage ist, die Bestimmungen des Rom-Vertrages und der Brüsseler Ministerratsbeschlüsse auf bestimmten Gebieten durchzuführen, kann erst gewonnen werden, wenn mit Großbritannien selbst hierüber gesprochen worden ist.
3. Wir haben den Beitritt Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens niemals als einen Vorgang betrachtet, der sich in ganz kurzer Frist vollends vollziehen könnte. Die hierzu erforderlichen Verhandlungen werden Zeit in Anspruch nehmen. Aber wir hielten und halten es für falsch, die Aufnahme von Verhandlungen zu verzögern oder gar zu blockieren.
4. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften ist aus der europäischen Diskussion nicht mehr hinwegzudenken. Die Gemeinschaften werden ihre endgültige Gestalt erst nach Lösung dieser Frage finden können.
5. Wir wollen keine Blockierung des weiteren Fortschritts der Gemeinschaften. Jedoch ist damit zu rechnen, daß die Tendenz,

nationalen Interessen den Vorrang zu geben, Auftrieb erhalten wird. Es ist zu befürchten, daß der europäische Elan, der für eine zukunftsweisende Lösung der vor uns liegenden Fragen erforderlich ist, Schaden leiden wird.

6. Ob sich für handelspolitische und/oder andere Fragen vorweg Übergangslösungen als realistische Möglichkeiten ergeben, muß erst noch geklärt werden. Die Bereitschaft, auch über solche Schritte nachzudenken, ändert nichts an unserer Überzeugung, daß alle wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die mit einem Beitritt Großbritanniens und der drei anderen Länder verbunden sind, lösbar sind.

Die tieferliegenden Gründe, welche Deutschland, Frankreich und England nach 1945 — wenn auch leider nicht im Dreiklang — zur Befürwortung einer Politik der europäischen Einigung veranlaßt haben, sind ähnlich. Den drei Ländern — für Italien gilt das aber auch — ist nach 1945 ein Verlust an Eigengewicht gemeinsam, den sie durch eine engere Zusammenarbeit und durch die Verbindung mit anderen europäischen Partnern kompensieren wollen. Dies ist nicht der Weg zurück zur Großmachtpolitik alten Stils, sondern dies war gedacht und ist heute gemeint als der Weg nach vorn zu einer friedenswahrenden, produktiven, konstruktiven Rolle in der Welt.

Großbritannien hat zunächst versucht, sich durch seine historisch und kulturell gewachsenen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, seine special relationship mit den USA, die verlorengegangenen Positionen auszugleichen. Aber die weltpolitische Machtverlagerung zugunsten der Supermächte hat dem besonderen Verhältnis Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten viel an Bedeutung genommen. Es befindet sich heute auf dem Wege zu einer enger werdenden Verbindung mit den Staaten Kontinentaleuropas.

Im Januar 1967 hat Premierminister Wilson auf einer Pressekonferenz erklärt, daß Großbritannien, wenn es Mitglied der EWG werde, sich in vollem Umfang an den politischen Diskussionen der Gemeinschaft beteiligen werde. Die Identifizierung der britischen Politik mit der wachsenden politischen Einheit des Kontinents werde zwei wichtige Folgen haben: Die Bemühungen um die Ost-West-Entspannung könnten besser koordiniert werden, und ein durch Großbritannien erweitertes Europa werde eine größere Rolle in der Welt spielen können. Dem kann ich aus deutscher Sicht nur beipflichten.

Eine ernsthafte Europapolitik, die die Grenzen des Möglichen respektiert, wird vornehmlich von den bestehenden europäischen Gemeinschaften ausgehen. In diesen ist ein Prozeß gegenseitiger

wirtschaftlicher Durchdringung im Gange, der mit jedem weiteren Fortschritt immer mehr unwiderruflich gemacht wird. Ziel dieser Bestrebungen ist die umfassende europäische Wirtschaftsunion, die aus der Vielzahl der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer im Grunde eine einzige Volkswirtschaft macht. Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Zieles müssen auf einigen wesentlichen Gebieten wirkliche Harmonisierungen erreicht werden.

Notwendigkeit des Atlantischen Bündnisses

Wir können jedoch nicht von der Ordnung in Westeuropa und von der Friedenssicherung sprechen, ohne das Nordatlantische Bündnis in unsere Überlegungen einzubeziehen. Wegen der notwendigen und erwünschten Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas reicht das Bündnis zwar über Europa hinaus, sein Schwerpunkt und seine Hauptaufgabe liegen jedoch in Europa. Dieses Verteidigungsbündnis ist und bleibt notwendig, auch wenn eine sich wandelnde Welt es ständig erfordert, seine Aufgaben und seine Methoden zu überdenken und anzupassen. Das ist im Grunde nichts Neues. Das gilt für alle Zusammenschlüsse, denn so ist das Leben.

Es ist ja bekannt, daß eine Reihe von Bündnispartnern die politische Konsultation und Koordination innerhalb der NATO gern verbessern und verstärken würde. Dies ist von uns aus gesehen zu begrüßen, denn wir haben selbst darauf hingewiesen, daß die Ost-West-Politik ein gewisses Maß an Abstimmung und Verständigung zwischen den westlichen Partnern voraussetzt. Das bleibt richtig.

Andererseits hat Frankreich den Gedanken einer „gemeinsamen Politik“ innerhalb der NATO abgelehnt. Nun geht es wohl nicht um gemeinsame Politik im eigentlichen Sinne des Wortes, aber auch über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zeitgemäßer Formen von Konsultation und Kooperation scheinen die Meinungen auseinanderzugehen. Unter diesen Umständen wird das Beharren auf hohen Ansprüchen an eine gemeinsame Politik nicht der Stärkung des Bündnisses dienen, sondern vorhandene Differenzen vertiefen statt sie auszugleichen.

Das kann nicht unser Interesse sein. Wir sehen unsere Aufgabe — gerade im Sinne unserer europäischen Verantwortung — darin, diese Fragen so zu behandeln, daß alle Beteiligten zustimmen können. Ich glaube, das wird auch gelingen. Denn die Meinungsverschiedenheiten sind weder so groß noch so grundsätzlich, wie man gelegentlich behauptet.

Dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa

Alle Verbündeten sind sich in Wirklichkeit darüber einig, daß das Ziel unserer Politik eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa sein muß. Damit meine ich eine Ordnung, die die Ursachen der Spannung beseitigt und die Teilung Europas, die am deutlichsten in der deutschen Spaltung zum Ausdruck kommt, überwindet.

Dies ist ein Werk, an dem viele Jahre zu arbeiten sein wird. Aber schon jetzt läßt sich manche Vorarbeit leisten. An unserer Bereitschaft soll und darf es nicht fehlen.

Ohne Zweifel wird der Verzicht auf Gewaltanwendung, auf Drohung mit Gewalt, auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten mit an erster Stelle zu stehen haben, wenn von den Elementen einer europäischen Regelung die Rede ist.

Die europäische Sicherheit muß in Zukunft besser gewährleistet sein als durch ein Gleichgewicht des Schreckens, besser als durch die Anhäufung militärischer Macht inmitten unseres Kontinents. Wir arbeiten an diesen Fragen. Wir werden dazu einiges zu sagen haben, wenn die Situation es erfordert.

Bei jeder vorstellbaren gesamteuropäischen Regelung wird man ausgehen müssen von den unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen der an ihr teilnehmenden Staaten. Das Recht jedes Staates, seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ordnung selbst zu bestimmen, muß gelten.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen müssen im Einklang stehen mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen. Es wäre gut, wenn man dem Recht auf Freizügigkeit und auf Informationsfreiheit in Europa allgemein näher käme.

Die Friedensordnung muß allen Staaten Europas ausreichende und dauerhafte Stabilität sichern. Sie darf eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage weder ausschließen noch erschweren.

Aber zunächst kommt es darauf an, das zu schaffen, was man eine „Atmosphäre des Vertrauens“ nennt. Also ein Klima, in dem schließlich auch die Lösung großer politischer Fragen möglich wird.

Manche der Ost-West-Beziehungen, die in den letzten Jahren auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene entstanden sind, können dieses Klima schaffen helfen. Es bleibt trotzdem ein langer, mühsamer und wenig spektakulärer Weg. Aber er muß weiter beschritten werden.

Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten

Uns geht es dabei zunächst um einen Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den ost- und südosteuropäischen Staaten. In dem Maße, wie diese Staaten dazu bereit sind, lassen sich vielfältige und nützliche Formen der Zusammenarbeit vorstellen und entwickeln. Ansätze, die ermutigen, sind trotz aller Schwierigkeiten vorhanden.

Auch auf dem Gebiet der Abrüstung und Sicherheit, der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung könnte, das möchte ich noch einmal unterstreichen, viel getan werden.

Das deutsch-sowjetische Gespräch über wesentliche Aspekte der europäischen Sicherheit kann sich natürlich nicht außerhalb der Bündnisverpflichtungen bewegen, aber es kann über die unmittelbar Beteiligten hinaus von Bedeutung sein.

Die deutsch-rumänischen Beziehungen entwickeln sich im Rahmen der Erwartungen, die beide Seiten Anfang des Jahres bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hatten.

Mit der Entsendung von Otto Heipertz als Chef der neu einzurichtenden Handelsmission in Prag werden die Verbindungen zur CSSR um die Jahreswende in der Weise aufgenommen, wie sie im August 1967 durch Sonderbotschafter Bahr vereinbart wurden. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien werden hoffentlich in absehbarer Zeit auch offiziell in die Formen gefaßt werden können, die der gegenwärtige Stand der Beziehungen erwarten läßt.

Die Bundesregierung hat mehrmals betont, sie setze den Gedanken an und den Wunsch nach Aussöhnung mit Polen gerade als Element einer europäischen Friedensordnung höher als andere Erwägungen. Kardinal Döpfner hat dieser Tage gesagt, die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses sei die große Aufgabe der Zukunft. Ich meine: Geschichtlich gesehen wird die Aussöhnung mit Polen einmal den gleichen Rang haben wie die zwischen Deutschland und Frankreich. In Warschau ist das Denken noch sehr auf Vorbedingungen eingestellt. Wir sind bereit, über alle Vereinbarungen zu sprechen, die heute schon möglich sind.

Dank an die Außenminister der befreundeten Staaten

An dieser Stelle möchte ich einer Reihe meiner Außenministerkollegen dafür danken, daß sie bei ihren Gesprächen mit den osteuropäischen Regierungen in so verständnisvoller Weise unsere Bemühungen unterstützt haben, unser Verhältnis zu diesen Län-

dern auf eine neue Grundlage zu stellen. In den letzten Wochen haben u. a. der dänische Außenminister Tabor, der norwegische Außenminister Lyng, der schwedische Außenminister Nilsson und die Kollegen der Beneluxländer Luns, Harmel und Grégoire an verschiedenen Orten Gespräche mit Staatsmännern aus Osteuropa geführt und dabei auch ein Wort für die Ostpolitik der Bundesregierung eingelegt. Wenn ich das anerkennend registriere, vergesse ich nicht die vorausgegangenen Besprechungen des französischen, des britischen und des italienischen Außenministers. Wir sind zuversichtlich, daß die Erläuterung unserer Friedens- und Entspannungspolitik durch die Repräsentanten der mit uns befreundeten Staaten dazu beiträgt, das Verständnis und die Aufnahmebereitschaft für unser ehrliches Bemühen in den osteuropäischen Hauptstädten zu erweitern.

Verstärkung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit

Unsere ökonomischen Verbindungen zu den osteuropäischen Ländern entwickeln sich nicht schlecht. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer, wie wir hoffen, erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit einer weiteren Koordinierung der Osthandelspolitik wird den osteuropäischen Ländern ihr wohlverstandenes Interesse an einem sich ausdehnenden Ost-West-Handel noch stärker vor Augen führen.

Wir denken dabei auch an einen Austausch der technologischen Kenntnisse. Die Bundesrepublik Deutschland ist sowohl bilateral als auch im europäischen Rahmen an einer Verstärkung der wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und jedem einzelnen ihrer Verbündeten interessiert. Dies gilt also für die osteuropäischen Länder ebenso wie für den anderen Teil Deutschlands, den wir nicht auszuklammern wünschen, weder aus der Politik der Kooperation noch aus dem Bemühen um Entspannung.

Der Geschäftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung weist aus, daß sie im zurückliegenden Jahr den wissenschaftlichen Austausch mit Partnern aus den osteuropäischen Ländern verstärkt hat, Seminare durchführte, Journalisten und Führungskräfte aus der Erwachsenenbildung zu Studien- und Informationsreisen in die Bundesrepublik eingeladen hat. Ich hoffe, daß diese Arbeit ihren Fortgang nimmt und daß es auch gelingt, Studenten aus osteuropäischen Ländern in das Förderungsprogramm der Stiftung aufzunehmen.

Dabei wird es sich lohnen, die Entwicklungspolitik noch stärker in

den Ost-West-Dialog einzubeziehen. Auch hier zeichnen sich seit geraumer Zeit gemeinsame objektive Interessen ab. Jedenfalls wird ein Erfahrungsaustausch von Nutzen sein. Und unsere Partner aus den Ländern der Dritten Welt müssen sehen, wie die beiden Komponenten unserer Europapolitik — West/West und Ost/West — auch ihnen nützen können.

Was wir jenseits aller Einzelmaßnahmen im Gespräch mit den osteuropäischen Ländern anstreben, ist, wie ich es vor Jahren genannt habe, eine „Perspektive gut nachbarlicher Beziehungen“. Aber wir streben darüber hinaus mehr an, nämlich eine friedliche Kooperation, die das feindselige Gegeneinander und die Zerklüftung unseres Kontinents hinter sich läßt.

Verantwortungsbewußte Deutschlandpolitik

Wenn man in diesem Zusammenhang auf die Lage Deutschlands an der Nahtstelle zwischen Ost und West hinweist, so spricht man geographisch nur eine Binsenwahrheit aus. Es ist auch politisch eine Binsenwahrheit, daß die deutsche Frage zum Schlüsselproblem der Sicherheit und der Friedensordnung für Europa geworden ist.

Wir sind es unseren europäischen Partnern und uns selbst schuldig, die Deutschlandpolitik im Rahmen unserer Europapolitik so verantwortungsbewußt und so realistisch wie möglich zu betreiben. Wunschenken kann ein Problem nicht lösen, sondern nur verschlimmern.

Drüben, im anderen Teil unseres Landes, existiert und herrscht ein politisches System, das unsere Zustimmung nicht findet, sondern das wir ablehnen; aber es existiert und herrscht. Wir wollen, daß nicht nur in der Erinnerung der Menschen eine gemeinsame Substanz der Nation erhalten bleibt. Wir wollen es nicht zuletzt aus Verantwortung für jene Funktion im europäischen Kräftefeld zwischen Ost und West, die für den Frieden in Europa unerlässlich ist.

Positive Vorschläge zur Milderung der Teilung

Hier geht es nicht eigentlich um die Frage: Wer anerkennt wen und wer anerkennt wen nicht. Hier geht es um die Menschen und um den Frieden. Wir haben gute Gründe dafür, warum wir den gegenwärtigen Zustand nicht völkerrechtlich festschreiben lassen und weshalb wir den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland anerkennen. Wir haben positive Vorschläge gemacht, wie man weiterkommen könnte, indem man ausklammert, worüber eine

Einigung nicht zu erzielen ist und sich auf die Bereiche gemeinsamer Interessen konzentriert. Ich meine, auch die Verantwortlichen drüben unter dem anderen politischen System werden sich auf die Dauer nicht der Erkenntnis verschließen können, was von den Deutschen in beiden Teilen Deutschlands erwartet wird: nämlich damit anzufangen, innerhalb ihrer eigenen Nation friedlich nebeneinander zu leben, verträglich miteinander zu verkehren, den Menschen nicht unnötige Lasten aufzubürden und den Frieden in Europa nicht zu gefährden, sondern ihn sicherer zu machen.

Als die deutsche Republik nach 1918 unter anders gearteten Umständen als heute um den nationalen Bestand besorgt war, sprach Friedrich Ebert etwas aus, was heute wieder von einer geradezu beklemmenden Aktualität ist: „Niemand soll“, sagte er damals, „in den Verband der deutschen Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt. Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen.“

Wenn die Deutschen in beiden Teilen ihres Landes die Möglichkeit erhalten, im Interesse der Menschlichkeit, des Friedens und der materiellen Wohlfahrt zusammenzuarbeiten, so wird dies nicht nur auf die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern eine positive Wirkung haben. Es wird die gesamt-europäische Entwicklung günstig beeinflussen.

Verständigung und Einigung

Wer die Bemühungen um eine solche Europapolitik als naiv oder illusionistisch abtun oder als aussichtslos aufgeben möchte, würde auf den deutschen Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung überhaupt verzichten. Er würde dem deutschen Volk gerade das nehmen, was es ohne Überheblichkeit wieder wahrzunehmen hat: Seine historisch notwendige Funktion zwischen Ost und West. Wer das nicht sieht oder leugnet, führt unser Volk in die Isolierung und in die politische Impotenz.

Die Waffenentwicklung in der Welt spricht eine deutliche Sprache. Es gibt keinen anderen Weg als den friedlichen. Unsere Gedanken eilen der Zeit nur wenig voraus. Sie werden sich durchsetzen, auch drüben im Osten.

Wir sind nicht allein mit unserem Willen zur Entspannung, zur Verständigung und zur Zusammenarbeit. Mit uns sind die westeuropäischen Völker, die, ebenso wie wir, aus dem Schrecken der Vergangenheit eine positive Schlußfolgerung gezogen haben.

Aber auch im Osten gibt es viele, die der Schlußfolgerung zustimmen, die da heißt: Europäische Zusammenarbeit, europäische Verständigung, europäische Einigung.

Diese Einsicht hat in unserem Teil des Kontinents bereits greifbare Ergebnisse aufzuweisen. Nur auf der Grundlage eines gemeinsamen, sich ausweitenden europäischen Marktes können wir an die Aufgaben herangehen, die Wissenschaft und Technologie uns für die kommenden Jahrzehnte vorbehalten haben. Wie immer die Formen der Zusammenarbeit sich gestalten mögen: dies ist eine Aufgabe, der wir uns auch über die Ost-West-Trennung hinweg zu stellen haben.

Der Weg nach Gesamteuropa

Die hochindustrialisierten Länder Europas sind verpflichtet und werden in der Lage sein, den unterentwickelten Ländern den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg rascher als bisher zu öffnen. Wir laden die Regierungen der osteuropäischen Länder — allen voran die Regierung der Sowjetunion — ein, sich für dieses Ziel mit uns im friedlichen Wettstreit zu vereinen. Die tiefe Unruhe in der Welt, die latente Gefahr eines aus dem Nord-Süd-Gefälle erwachsenden Weltbürgerkrieges stellt uns alle, in Osteuropa und in Westeuropa, vor diese historische Verantwortung.

Abschließend darf ich noch einmal auf jene Zeit zurückblenden, in der Friedrich Ebert ein Beispiel dafür gesetzt hat, was es heißt, deutsche Politik in europäischer Verantwortung zu gestalten. Die Gewaltherrschaft, die er heraufkommen sah, sollte ihn durch ihre obskuren rechtsradikalen Vorboten zur Strecke bringen. Sein Wunsch, in Ruhe in den „rauschenden Wäldern“ in der Umgebung von Heidelberg zu wandern, sollte nicht in Erfüllung gehen. Der Weg nach Europa, den die führenden Männer von Weimar dem deutschen Volke vorgezeichnet hatten, sollte 1933 auf böse Weise unterbrochen werden. Ebert hat am eigenen Leibe erfahren, wie Fanatismus und Intoleranz das Gefühl der Verantwortung zerstören. Aber zu keinem Zeitpunkt hat er auf eine optimistische Deutung des Auftrages verzichtet.

1920 war er zum Besuch der Bildergalerie nach Karlsruhe gekommen. Der engere Landsmann und große Maler, Hans Thoma, erschien zum Empfang. Mit Stolz zeigte Thoma den Saal mit seinen Gemälden und sagte: „Schauen Sie — meine Welt, Herr Reichspräsident, so habe ich sie gesehen.“ — „Ja, Meister Thoma“, gab ihm Ebert zur Antwort, „so strahlend sieht das Kunstwerk des Staates denn doch nicht aus; diese Vollkommenheit fehlt ihm

noch. Aber — wir stehen ja erst im Beginn, und einmal werden Staaten da sein, wie Ihre Werke — ruhig und friedvoll . . .“
Davon sind wir weit entfernt. Das erleben wir gerade wieder am Beispiel der bedrohlichen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland. Aber wenn man nicht nur lamentieren und auch nicht nur hoffen will, dann muß man den Frieden in unserem Teil der Welt organisieren helfen. Dem dient die Europapolitik, die ich hier entwickelt habe.

Brücken bauen zu den Nachbarn in Osteuropa

Beitrag für die jugoslawische Zeitschrift „Internationale Politik“ am 1. Juni 1968.

I.

Alles politische Handeln muß von den Realitäten ausgehen — von den Gegebenheiten, nicht von den Wunschorstellungen. Jede Politik, die dieser Einsicht zuwiderhandelt, läuft Gefahr, Schiffbruch zu erleiden.

Realitäten erkennen heißt jedoch nicht, sie alle als unabänderlich, nicht entwicklungsfähig und nicht verbesserungswürdig zu akzeptieren. Es gibt nur wenige politische Realitäten, die so gut sind, daß sie verdienten, verewigt zu werden. Fortschritt ist nur möglich, wo das Bestehende immer wieder in Frage gestellt wird. Man kann die Weltgeschichte nicht an einem bestimmten Punkt festschreiben.

Wer Politik treibt, muß auch die Vergangenheit sehen. Kein verantwortlicher Politiker in Deutschland kann die Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges ignorieren. Wir wissen, daß wir für vieles einstehen müssen, was im deutschen Namen angerichtet worden ist. Das gehört mit zu den Realitäten. Eine Realität ist aber auch, daß die Hälfte der jetzt lebenden Deutschen 1933 noch nicht geboren oder zu jung war, um für die zwölf Jahre Hitler-Diktatur Mitverantwortung zu tragen. Die junge Generation begreift nicht, daß sie durch diese unheilvolle Vergangenheit belastet sein soll. In den unruhigen letzten Wochen ist jedenfalls klar geworden, daß die unruhige Jugend in Deutschland ebenso reagiert, fragt, aufbegehrt wie in vielen anderen Ländern Europas. Unsere Jugend spricht deutsch und fühlt europäisch. Der Nazismus ist für sie Geschichte, nicht Erfahrung. Die deutsche Jugend teilt nicht die Gefühle der Besiegten. Sie äußert sich frei, töricht, geschlecht, illusionistisch, progressiv über Vietnam, Israel, Professoren

und Politiker, ähnlich wie ihre Altersgenossen in Paris, Rom, Prag oder Warschau das tun.

Diese Jugend könnte dann nationalistisch werden, wenn das Ausland sie behandelt, als wären es ihre Väter und Großväter. Sie könnte auch dann nationalistische Neigungen zeigen, wenn die Väter, aus welchen Gründen auch immer, die Interessen der Nation schwach, erfolglos vertreten. Es gibt in dem, was man im Ausland als neue rechtsextreme Gefahr in der Bundesrepublik Deutschland hält, nicht nur alte Nazis, es gibt darin auch einigen jugendlichen Protest gegen die Alten, die sich aus Einsicht in ihre Schuld zu Gefangenen der Vergangenheit machen. Natürlich gibt es bei uns wie anderswo einen Bodensatz von Leuten, die nichts dazu gelernt haben und nichts dazu lernen wollen. Es ist verständlich, daß diese Dinge im Ausland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden, aber die Zweifler sollten wissen: Bonn ist nicht Weimar. Die Situation von heute ist mit der Situation von damals weder innenpolitisch noch außenpolitisch vergleichbar. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen verurteilt den Radikalismus. Und wir werden zu verhindern wissen, daß von deutschem Boden jemals wieder eine Gefahr ausgeht.

In den vergangenen Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland sichtbare Beweise ihrer Vertrauenswürdigkeit geliefert. Sie hat sich mit einer Reihe von europäischen Ländern eng verbunden und sich stark um die westeuropäische Integration bemüht. Wir haben freiwillig einen Teil unserer nationalstaatlichen Souveränität preisgegeben. Wie jedermann weiß, sind unsere Streitkräfte einem internationalen Kommando unterstellt. Wir haben als bisher einziger Staat in der Welt auf die Herstellung von Kernwaffen verzichtet. Weiter haben wir unsere gesamte Atomindustrie internationalen, d. h. europäischen Kontrollen unterworfen. Wir würden es begrüßen, wenn durch einen weltweit annehmbaren Atomwaffensperrvertrag die Furcht der Menschen vor einem atomaren Konflikt gebannt werden könnte. Der Weg sollte von dort zu umfassender Rüstungskontrolle und -begrenzung und nicht zuletzt zu einer Beseitigung aller Atomwaffen führen.

II.

Zu den Realitäten in Europa gehört die noch immer tiefgreifende Teilung des Kontinents und — von den Bündnisfreien abgesehen — die Zuordnung der Teile zu zwei hochgerüsteten Machtblöcken. Für die Deutschen läuft die Trennungslinie mitten durch das eigene Land. Sie trennt voneinander, was geographisch, historisch und kulturell zusammengehört. Dieser Zustand ist unnatürlich und unvernünftig; er hat sich auch als gefährlich erwiesen.

Das Bedürfnis nach Frieden, Ausgleich und Zusammenarbeit ist in Europa stärker geworden. Die europäischen Völker suchen nach Möglichkeiten, die erstarrten Fronten aufzulockern. Sie entdecken die Bereiche gemeinsamer Interessen. Auch als loyale Mitglieder des einen oder des anderen Bündnisses betonen sie ihre nationale und europäische Identität. Über die Zuordnung zu den Blöcken hinweg beginnt sich eine Zukunft in freiwilliger Zusammenarbeit abzuzeichnen, als Partner und nicht als Abhängige. Dabei zeigt sich, daß ideologische Unterschiede einem sachlichen Dialog und einer Annäherung nicht im Wege zu stehen brauchen. Es gibt Bereiche gemeinsamer Interessen zwischen den west- und osteuropäischen Staaten und Keime einer gesamt-europäischen Solidarität.

Dieser vielversprechende, wenn auch gewiß noch widerspruchsvolle Prozeß der Versachlichung kann durch eine konsequente Entspannungspolitik gefördert werden. Eine Rückkehr zu den Methoden des Kalten Krieges würde jede Aussicht auf Verständigung zunichte machen. Sie würde die Gegensätze zwischen den Machtblöcken wieder verhärten, anstatt sie abzubauen. Das wäre schlecht für die ganze Welt. Es wäre besonders schlecht für Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland ist an einem friedlichen Ausgleich in Europa lebhaft interessiert. Die Deutschen würden in jeden bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West unweigerlich hineingezogen werden. Sie würden die Verwüstungen zuerst erleben. Vermutlich ginge es um die nationale Existenz, denn die Anhäufung von Truppen, Kriegsgeräten und atomaren Vernichtungsmitteln auf dem schmalen deutschen Raum ist einmalig auf der Welt.

Unser oberstes Ziel muß auch aus diesem Grunde die Sicherung des Friedens in Europa sein. Diesem Ziel sind alle anderen Probleme, einschließlich des Problems der deutschen Teilung, untergeordnet. Bausteine unserer Politik sind: Abbau von Spannungen, Verbesserung der Beziehungen und vorbereitende Beiträge zu einer europäischen Friedensordnung. Unsere geographische Lage weist uns eine besondere Verantwortung zu. Deutschland hat jahrhundertlang wie eine Brücke zwischen West- und Osteuropa gewirkt. Wir wollen uns bemühen, gesprengte Brücken neu zu bauen. Es liegt uns deshalb daran mit unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen — und womöglich auch —, politischen Lebens zusammenzuarbeiten.

III.

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung ist unser Verhältnis zur Sowjetunion. Dies ergibt sich zunächst aus der Beurteilung der realen Verhältnisse und der Interessenlage in Osteuropa. Die Sowjetunion gehört darüber hinaus zu den Mächten, die für Deutschland als Ganzes eine besondere Verantwortung tragen. Es wäre töricht und unrealistisch, eine Politik zu betreiben, die sich gegen die Sowjetunion richtet. Ebenso illusionär wäre es, etwaige Differenzen zwischen Moskau und seinen Verbündeten ausnützen zu wollen. Ohne die Mitwirkung der Sowjetunion ist die Organisierung des Friedens in Europa nicht möglich. Wir sind bemüht, die Beziehungen zur Sowjetunion, die bei weitem nicht so gut sind, wie wir uns wünschen, zu verbessern. Wir versuchen in den Bereichen zu Gesprächen zu kommen, in denen eine partielle Verständigung jetzt möglich sein könnte. Das gilt für verschiedene Gebiete der bilateralen Beziehungen. Es hat auch Ansätze für die Erörterung schwieriger Fragen gegeben. Wir haben angeboten, mit der Sowjetunion und allen anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Unsere Politik sollte nicht so interpretiert werden, als erschöpfe sie sich in Beteuerungen. Wir sind im Gegenteil bereit, uns in konkreten Erörterungen beim Wort nehmen zu lassen und unseren ehrlichen Beitrag zu leisten, damit aus dem vereinbarten Gewaltverzicht ein Element der erstrebten europäischen Friedensordnung wird.

Gewaltverzicht heißt unter anderem, die Partner vereinbaren, daß die gegenwärtigen Grenzen nicht verändert werden, wenn es darüber zwischen den Betroffenen kein Einvernehmen gibt. Das gilt für alle Grenzen, soweit die betreffenden Regierungen bereit sind, solche Abmachungen mit der Bundesregierung zu treffen. Wir haben dieses Angebot ausdrücklich auch an die DDR gerichtet, die wir nicht als Ausland betrachten können, die wir aber aus der Politik der Friedenssicherung, des Abbaus von Spannungen und der sachlichen Kooperation keineswegs ausgeklammert sehen wollen.

Mit Polen würde ein Gewaltverzicht das Grenzproblem selbstverständlich einschließen. Ein gutes Verhältnis zu Polen ist uns sehr wichtig. Sein Verlangen, nach einer leidvollen Vergangenheit endlich in gesicherten Grenzen zu leben und kein „Staat auf Rädern“ zu sein, ist natürlich und wird verstanden. Unsererseits bitten wir um Verständnis für den Wunsch nach einer friedensvertraglichen Regelung, die uns als Volk nicht nur Lasten auferlegt, sondern auch Chancen eröffnet.

Der Gewaltverzicht würde ein großer Schritt zur Entspannung in

Europa sein. Er würde den Weg ebnen zu weiteren Vereinbarungen der europäischen Sicherheit.

IV.

Das deutsche Volk weiß in seiner überwältigenden Mehrheit, daß es dauerhaften Frieden und wirkliche Ruhe erst dann gefunden haben wird, wenn es zum Ausgleich und zur Aussöhnung mit den Völkern im Osten und Südosten Europas gelangt ist. Die Grundlagen unserer Politik — wie sie in den letzten anderthalb Jahren konsequent entwickelt wurden — sind hier wie anderswo die Respektierung der Unabhängigkeit, die Gleichberechtigung, das Prinzip der Nichteinmischung und die Achtung vor den Leistungen und Lebensformen der anderen.

Ganz besonders lag uns die Klärung unserer Beziehungen zur Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien am Herzen. Im Januar dieses Jahres konnten sich unsere Regierungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einigen. Dieser Schritt ist in der Weltöffentlichkeit viel beachtet worden. In West und Ost und nicht zuletzt in den Staaten der Dritten Welt wurde die Normalisierung als konstruktiver Beitrag zur Entspannung gewertet. Sie ist dadurch möglich geworden, daß von keiner Seite Bedingungen gestellt wurden und daß sich beide Regierungen von sachlichen Erwägungen leiten ließen. Das Ergebnis war ein Erfolg der Vernunft und des guten Willens.

Wir wissen, daß sich Jugoslawien in der Welt großen Ansehens erfreut. Seine Aufbauleistungen und Reformen haben starke Beachtung gefunden. Seine unabhängige Stellung und seine pragmatische, der Förderung des Friedens dienende Außenpolitik haben ihm zu einem beträchtlichen internationalen Prestige verholfen. Einer der Schwerpunkte der künftigen deutsch-jugoslawischen Beziehungen wird sicherlich die wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. Die Erfordernisse der beiden Volkswirtschaften ergänzen sich. Die deutsche Industrie hat in Jugoslawien einen lohnenden Exportmarkt gefunden. Für Jugoslawien, das im Rahmen seiner Pläne und Reformen das volkswirtschaftliche Wachstum beschleunigen möchte, ist der Handel mit der Bundesrepublik Deutschland von großem Wert. Unsere beiden Regierungen bemühen sich gegenwärtig, das Gefälle in der Zahlungsbilanz auszugleichen, das Jugoslawien mit einem Passivsaldo belastet. Zusätzliche Erleichterungen und Begünstigungen jugoslawischer Einfuhren sowie die Möglichkeit technisch-wissenschaftlicher und wirtschaftlich-finanzieller Zusammenarbeit werden erwogen. Wir hoffen auf einen baldigen Abschluß eines langfristigen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr.

Der Austausch auf anderen Gebieten dient ebenfalls den Interessen der beiden Länder. Die jugoslawischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik nutzen unserer Wirtschaft und tragen gleichzeitig zur finanziellen Entlastung ihres Heimatlandes bei.

Deutsche Urlauber verbringen in zunehmender Zahl ihre Ferien in Jugoslawien. Dies bringt Jugoslawien Devisen ein.

Der Kulturaustausch ist eine andere lohnende Aufgabe. Auch hier hoffen wir, bald ein Abkommen abschließen zu können, das so wenig bürokratisch wie möglich ist und einem freien, ungehinderten Verkehr den Weg ebnet.

Wir würden es aber begrüßen, wenn beide Länder sich auch politisch näherkommen würden. Die Fragen der Sicherheit in Europa können dafür besonders geeignet sein. Der jugoslawische Beitrag dazu kann von großer Bedeutung werden.

V.

Unserer Konzeption der Friedenssicherung und des Ausgleichs für Europa entspricht es nicht, den anderen Teil Deutschlands zu isolieren. Das Gegenteil ist der Fall, und mir liegt daran, dies noch einmal ausdrücklich zu unterstreichen. Es gehört zu den Realitäten in unserem Kontinent, daß die Regierung in Ost-Berlin ein wichtiger Verbündeter der Sowjetunion ist. Wir verkennen nicht, daß die DDR über ein beachtliches Wirtschaftspotential verfügt, das den Fähigkeiten und dem Fleiß ihrer Bewohner entspricht. Aber auch das fortdauernde Bestehen einer deutschen Nation, das Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Volkes ist eine Realität. Die überwiegende Mehrheit unseres Volkes diesseits und jenseits der Elbe wünscht eines Tages wieder zusammenzuleben und bis dahin jedenfalls unsinnige Barrieren durchschreiten zu können. Niemand kann von uns erwarten, daß wir die Teilung Deutschlands völkerrechtlich festschreiben. Kein Volk mit vergleichbarem Schicksal würde sich anders verhalten.

Wir sind uns dabei bewußt, daß eine Überwindung der deutschen Teilung erst nach einem langwierigen und allmählichen Prozeß der Entspannung möglich sein wird. Die deutsche Frage kann nur in einem Europa gelöst werden, in dem Ost und West sich zu friedlicher Zusammenarbeit gefunden haben. Bis dahin sollten — so meinen wir — die beiden Teile Deutschlands versuchen, in einem geregelten Nebeneinander zu leben. Die gegenwärtige Bundesregierung hat verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Deutschen in Ost und West zu einem Modus vivendi gelangen können, ohne daß eine Seite dadurch gezwungen wäre, der anderen untragbare Zugeständnisse zu machen.

Wir haben, unbeschadet der bekannten prinzipiellen Gegensätze,

Gespräche mit der Regierung in Ost-Berlin angeboten. Jede daraus wachsende Abmachung würde viel zu Entspannung und Entkrampfung beitragen können. Wir hoffen, daß sich auch die Verantwortlichen in der DDR auf die Dauer nicht dem gemeinsamen Interesse der europäischen Völker verschließen werden.

VI.

Europa steht vor großen Aufgaben. Sein wirtschaftliches Wachstum, die Steigerung seiner wissenschaftlich-technischen Leistungen, die Ausnutzung seiner menschlichen und materiellen Hilfsquellen, der Lebensstandard seiner Bevölkerung, seine politische Zukunft sind in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, zu einer großzügigeren und großräumigeren Zusammenarbeit zu kommen. Wir sind heute dem Jahr 2000 nicht nur zeitlich sehr viel näher als dem Jahre 1900. Der sich selbst genügende europäische Nationalstaat gehört der Vergangenheit an. Wer es mit Europa ernst meint, muß die Fähigkeit aufbringen, über die Region hinauszublicken.

Im Westen haben wir mit den europäischen Gemeinschaften ein Werk begonnen, das als Modell für eine weiter gespannte Kooperation dienen könnte. Das Zusammenwachsen der Sechs hat neben Anpassungsschwierigkeiten weit überwiegende Vorteile gebracht. Die Ergebnisse haben die Erwartungen erheblich übertroffen. Die Länder, die zunächst große Konkurrenzbefürchtungen hatten, haben besonders große Erfolge aufzuweisen. Es besteht aller Grund für die Annahme, daß sich dieser Prozeß bei einer Erweiterung der Zusammenarbeit mit dem gleichen erfreulichen Ergebnis wiederholen wird.

Es ist klar, daß die EWG mit ihrem jetzigen Umfang als Basis für eine zukunftsgerechte Zusammenarbeit nicht ausreicht. Ohne Großbritannien z. B. werden die auf uns in Europa zukommenden Aufgaben kaum zu lösen sein. Auf die Mitwirkung der skandinavischen Länder und der übrigen interessierten Nationen können und wollen wir ebenfalls nicht verzichten. Wir streben ein Europa an, das größer ist als die EWG. Wir wollen auch ein Europa, das größer ist als der Westen Europas. Erst ein in Frieden und Sicherheit und Zusammenarbeit geordnetes Gesamteuropa wäre ein kraftvolles Element der Stabilität. Es könnte über Europa hinaus entscheidend zur Friedenssicherung und zur materiellen Wohlfahrt im weltweiten Rahmen beitragen.

Ich glaube, den entwickelten Nationen in West- und Osteuropa ist eine gemeinsame Aufgabe gestellt. Wir alle tragen die Verantwortung, daß die Zukunft der Menschheit nicht durch den Gegensatz zwischen satten und hungernden Völkern gefährdet wird. Wir soll-

ten uns miteinander bemühen, den „Besitzlosen“ eine Chance zu geben, ihre Lage zu verbessern. Es wäre widersinnig, unsere Kräfte weiterhin in einem fruchtlosen Gegeneinander zu verzeteln. Es sollte vielmehr darauf ankommen, unsere Mittel in möglichst rationalem Einsatz aufeinander abzustimmen.

Hier und in der Auseinandersetzung mit der wissenschaftlich-technologischen Revolution liegen die schöpferischen Aufgaben unserer Zeit. Hier wird es sich erweisen, ob die europäischen Völker den Blick auf die Vergangenheit zu lösen vermögen, ob sie die Herausforderung der Zukunft begreifen und sich den auf sie zukommenden Aufgaben gewachsen zeigen. Ich hoffe, wir werden die Zeichen der Zeit doch noch verstehen.

Die Verpflichtung zum Frieden

Erklärung zum 25. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1970 im Bundestag in Bonn.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In diesen Tagen sind 25 Jahre vergangen, seit der totale Krieg des nazistischen Reiches in der totalen Niederlage endete. Nach fast sechs Kriegsjahren schwiegen in Europa endlich die Waffen. Der von Hitler begonnene Krieg forderte das Opfer von Millionen Menschen, von Kindern, Frauen und Männern, von Gefangenen und von Soldaten vieler Nationen. Wir gedenken ihrer aller in Ehrfurcht. Das Leid, das ihr Sterben mit sich brachte, und die Leiden, die der Krieg zur Folge hatte, mahnen uns, die Lehren der Vergangenheit nicht zu vergessen und in der Sicherung des Friedens das oberste Ziel unseres politischen Handelns zu sehen.

Die Verpflichtung zum Frieden wird uns in diesen Tagen besonders bewußt. Mit den anderen Völkern teilen wir die Sorge darüber, daß die kriegerische Auseinandersetzung in Südostasien und die Krise im Nahen Osten sich verschärft und ausgeweitet haben. Die Bundesregierung hofft, daß die Bemühungen um eine friedliche Lösung dieser leidvollen und gefährvollen Konflikte bald erfolgreich sein mögen.

Wir Deutschen sind dankbar dafür, daß wir seit 1945 von der Geißel des Krieges verschont geblieben sind. Damals vollzog sich mit der bedingungslosen Kapitulation nicht nur der Zusammenbruch des Reiches; die Existenz des Volkes selbst war in Frage gestellt. Das Land war militärisch besetzt. Eine unübersehbare Zahl unserer Landsleute war ohne Haus und ohne Heimat. Die Familien waren zerstreut, die Städte zerstört. Hoffnungslosigkeit drohte den Lebensmut zu ersticken. Vielen erschien es zweifelhaft, ob ein Wiederaufbau gelingen würde.

Die Hauptlast in jener schweren Zeit trugen die Frauen, die Mütter. Sie hatten schon die Ängste der Bombennächte zu überstehen gehabt; harte Arbeit und der Kampf mit dem Hunger waren ihnen auferlegt. Hinzu kam die Sorge um die Männer, die Söhne, die Familie. Es ist angemessen, heute des Anteils der Frauen an dem Schicksal des ganzen Volkes besonders zu gedenken.

Die Kirchen und andere Institutionen haben unserem Volk ihr Wort zu diesem Tag gesagt. Wenn die Bundesregierung heute mit einer besonderen Erklärung vor den Deutschen Bundestag tritt, so ist es der Sinn dieser Stunde, zu erkennen, was war. Ein Volk muß bereit sein, nüchtern auf seine Geschichte zu blicken. Denn nur wer sich daran erinnert, was gestern gewesen ist, erkennt

auch, was heute ist, und vermag zu überschauen, was morgen sein kann.

Dies gilt besonders für die jüngere Generation. Sie war nicht beteiligt an dem, was damals zu Ende ging. Die heute Zwanzigjährigen waren noch nicht geboren. Die Dreißigjährigen waren noch Kinder. Und selbst die Vierzigjährigen hatten keinen Anteil an dem, was 1933 über uns kam. Dennoch ist niemand frei von der Geschichte, die er geerbt hat.

Dies wird jedem deutlich, der — wie ich selbst vor wenigen Wochen — vor dem Mahnmal eines der ehemaligen Konzentrationslager steht. Auch dies gilt es zu sehen: Was in jenen Tagen vor 25 Jahren von unzähligen Deutschen neben der persönlichen als nationale Not empfunden wurde, war für andere Völker die Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst. Auch für die Mehrheit des deutschen Volkes erwuchs die Chance zum Neubeginn, zur Schaffung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse.

Für jeden der damals Lebenden war das Jahr 1945 ein tiefer Einschnitt. Es war auch ein tiefer Einschnitt in der Geschichte unseres Volkes. Die europäische Landkarte wurde entscheidend verändert. Weite Gebiete Deutschlands wurden anderen Staaten zugeschlagen. Die markanteste der Besetzungslinien jener Zeit bestimmt noch heute die Grenzlinie, die Deutschland teilt.

Im aktuellen politischen Geschehen haben wir uns immer noch mit der politischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, die durch die Niederlage des Hitler-Reiches entstanden ist. So ist es nicht nur für uns und nicht nur in diesem Teil der Welt. Der Zweite Weltkrieg ging zuerst in Europa und erst dann in Asien zu Ende. Auch andere Länder wurden in seiner Folge geteilt. Blutige Konflikte schlossen sich an. Zum anderen haben die ersten Atombomben, die 1945 den Krieg gegen Japan beendeten, das nukleare Zeitalter eröffnet — mit seinen Dimensionen des Schreckens, aber auch jenen des Fortschritts.

1945 wurde die Organisation der Vereinten Nationen gegründet. Sie leitete, bei allen Unzulänglichkeiten, eine Epoche internationaler Zusammenarbeit von bisher ungekannter Intensität ein. Die Bildung zahlreicher neuer Staaten nach der Beendigung des Zeitalters des Kolonialismus hat dazu entscheidend beigetragen. Diese internationale Zusammenarbeit muß ausgeweitet werden, damit die internationalen Spannungen abgebaut werden können. Deshalb bemühen sich die Regierungen des Westens darum, in Europa die friedliche Kooperation mit den Staaten des Ostens zu verstärken. Dies geschieht in dem Bewußtsein, daß friedliche, aktive Koexistenz am besten gefördert wird, wenn die Völker zu-

sammen an die Lösung von Problemen herangehen, die ihnen gemeinsam sind.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt an diesen Bemühungen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, voll Anteil. Sie ist zu einem geachteten und vielfach auch begehrten Partner der Völkergemeinschaft geworden. Dies kann uns mit Genugtuung erfüllen. Aber wir dürfen darüber doch nicht vergessen, daß die Narben, die der Krieg hinterlassen hat, noch nicht überall verheilt sind, daß das Mißtrauen uns gegenüber noch nicht verschwunden ist, sondern bei manchem, auch geringfügigem Anlaß wieder sichtbar wird.

Auch dies ist eine der Realitäten, mit denen die deutsche Politik fertig werden muß. Wir können dies nur, wenn wir sie ständig auf den Frieden ausrichten. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober vergangenen Jahres hatte ich angekündigt, wir würden die Initiative unseres Bundespräsidenten aufgreifen und die Friedensforschung koordinieren. Inzwischen wurden die Voraussetzungen geschaffen, um zur Gründung einer „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung“ einzuladen. Nichtstaatliche und staatliche Stellen wollen bei Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit hierbei eng zusammenarbeiten.

„Es gibt schwierige Vaterländer“, hat Bundespräsident Heinemann bei seinem Amtsantritt gesagt, und er fügte hinzu, eines davon sei Deutschland. Selten war Deutschland ein schwierigeres Vaterland als im Jahre 1945. Damals war dieses Bewußtsein allgemeiner, als es heute ist. Seitdem ist schon der Begriff des Vaterlandes vielen jüngeren Menschen fremd geworden. Aber gleich, ob wir von Vaterland, von Heimat oder von Nation sprechen: Das Bewußtsein, daß es Deutschland gibt und daß die Deutschen sich als ein Volk verstehen, dieses Bewußtsein ist nicht erloschen. Dieses deutsche Volk hat sich 1945 verbissen und fleißig an die Arbeit gemacht — in beiden Teilen Deutschlands. Die sichtbaren Trümmer des Krieges wurden geräumt. Die Städte und Dörfer wurden wiederaufgebaut. Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Industrie und Handel wurden zu einer in der Welt bewunderten Blüte gebracht. In den Bereichen der Wissenschaften, der Kunst, der Kultur wurde die Isolierung überwunden und Wesentliches neu geschaffen.

All das wäre nicht möglich gewesen ohne die Mitarbeit der Vertriebenen und der Flüchtlinge. Mit Mut und Zähigkeit haben sie ihr hartes Schicksal bewältigt. Sie wurden Bürger unserer gemeinsamen neuen Heimat und ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Diese Eingliederung kann wohl als größte Leistung der

deutschen Nachkriegsgeschichte angesehen werden. Und damit ist zugleich — was immer hier und außerhalb unserer Grenzen behauptet werden mag — eine wesentliche Vorkehrung gegen die Gefährdung des Friedens, für die Wahrung von Freiheit und Recht geschaffen worden.

Der Wiederaufbau Deutschlands war das Ergebnis der Arbeit von Menschen aus allen Schichten unseres Volkes. Nur wer sich daran erinnert, wie es 1945 aussah, kann den Abstand ermessen, der zwischen heute und damals liegt. Er wird auch die Sorgen und Probleme, mit denen wir zu ringen haben, richtig einschätzen. Er wird Geduld üben, wo es auf der Hand liegt, daß Lösungen nicht von heute auf morgen zu erreichen sind. Er wird aber ungeduldig sein, wo es darum geht, Menschen zu helfen, deren Schicksal mittelbar oder unmittelbar immer noch von den Folgen des Krieges bestimmt wird.

Dabei denken wir an die Schwerversehrten, an die Kriegerwitwen und ihre Kinder, an Flüchtlinge und Vertriebene, die noch nicht wirklich seßhaft werden konnten. Wir denken auch an Deutsche, die nach Deutschland kommen wollen, aber bisher keine Ausreisegenehmigung erhalten. Und wir erinnern uns auch daran, daß Schuld sehr unterschiedlich gemessen werden kann, so daß es noch immer Häftlinge gibt, die sich in fremdem Gewahrsam befinden.

Wenn vom Wiederaufbau die Rede ist, wollen wir die Arbeit nicht vergessen, die im anderen Teil Deutschlands geleistet worden ist. Unsere Landsleute in der DDR haben unter größeren Schwierigkeiten, als wir sie hatten, und unter gesellschaftspolitischen Bedingungen, die sie sich nicht ausgesucht haben, Erfolge erzielt, auf die sie stolz sind und die wir voll anerkennen müssen. Nicht zuletzt auf der Achtung vor dieser Leistung sollten sich gleichberechtigte Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland gründen lassen.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland konnten uns in den Jahren nach 1945 eine neue demokratische Ordnung geben. Sie bedarf gewiß noch ständiger Reformen, Verbesserungen und Ergänzungen. Insgesamt aber ist sie die freiheitlichste Verfassung, sowohl den Bestimmungen als auch der Praxis nach, die es in der deutschen Geschichte je gegeben hat. Die Kraft unserer neuen Demokratie hat es ermöglicht, daß — anders als nach dem Ersten Weltkrieg — alle Parteien in diesem Hohen Hause fest auf dem Boden der Verfassung stehen. Die letzten Bundestagswahlen haben unsere Fähigkeit bestätigt, mit den Mitteln der Aufklärung und der Überzeugung Feinde der Demokratie zurückzuweisen. Das Bewußtsein der gemeinsamen Erfahrung und der gemeinsa-

men Treue zum Grundgesetz sollte es uns auch ermöglichen, bei unseren politischen Auseinandersetzungen jene Grenze zu erkennen und zu beachten, jenseits derer sich Gefahren für die Demokratie selbst ergeben. Die Weimarer Republik ist ja auch daran zugrunde gegangen, daß politische Parteien diese Grenze nicht eingehalten haben. Das darf sich ebensowenig wiederholen wie ein Rückfall in nationalistische Verirrungen.

Der Frieden nach außen und der Frieden im Innern gehören zusammen. Beides ist nichts anderes als ein geregeltes Miteinander. Das innenpolitische System unserer Bundesrepublik kennt keine schweigende Mehrheit und keine ins Gewicht fallende antidemokratische Minderheit. Es wird getragen von der Zustimmung der Bevölkerung, die von Wahl zu Wahl ihr Vertrauen in die demokratischen Parteien bekundet. Diese demokratische Ordnung garantiert unsere Freiheit.

Ich appelliere heute von dieser Stelle aus an die jüngere Generation, daran unbeirrt festzuhalten. Alle Jungen sind zwar frei von den schrecklichen Erlebnissen ihrer Eltern, aber auch ohne die teils bedrückenden, teils verpflichtenden Erfahrungen, die wir daraus ableiten konnten. Es wäre gefährlich für die Demokratie in Deutschland, wenn eine größere Zahl jüngerer Menschen die schmerzlichen Erfahrungen der Geschichte in den Wind schlagen und ihr Heil im Radikalismus suchen würde. Ein solcher Radikalismus könnte auch die teils schon vollzogene, teils mögliche Aussöhnung mit unseren Nachbarn in Frage stellen.

Es entsprach der weltpolitischen Lage, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden war, daß uns eine Verständigung zuerst mit den westlichen Völkern gelang. Diese Politik wurde von Bundeskanzler Adenauer, unter unserem ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, wesentlich geformt.

Dies war eine historische Leistung, die das Fundament unseres politischen Wirkens und die Garantie unserer Sicherheit bleibt. Die Teilung der Welt in zwei große Machtblöcke hat aber zugleich Europa gespalten, unser Land und seine alte Hauptstadt in zwei Teile zerrissen und unsere Verständigung mit den Völkern im Osten verzögert. Diese Verständigung und Aussöhnung ist — wie wir wissen — besonders schwierig. Aber sie ist im Interesse des Friedens ebenso notwendig wie die mit dem Westen. In dieser Hinsicht müssen wir scheinbar da beginnen, wo wir 1945 oder 1949 gegenüber dem Westen standen. Wir schreiben jedoch nicht mehr das Jahr 1945, sondern das Jahr 1970. In den vergangenen 25 Jahren haben sich Tatsachen ergeben, die wir nicht einfach rückgängig machen können. Von ihnen müssen wir ausgehen, wenn wir weiterkommen wollen.

Es gibt bittere und schmerzhaft Realitäten wie die der Grenzlinie, die Deutschland teilt. Und die der Grenze an Oder und Neiße. Es gibt aber auch hoffnungsvolle Realitäten wie die der fort-dauernden und lebendigen Wirklichkeit einer deutschen Nation. Und die der festen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin. Und nicht zuletzt gibt es die unverkennbare und zukunftsträchtige Realität Europa.

Die beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts hatten ihren Ursprung in der Rivalität der europäischen Mächte.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich vom Tage ihres Bestehens an zu einer engen europäischen Zusammenarbeit verpflichtet und bekannt. Sie ist der Erklärung des französischen Außenministers Schuman vom 9. Mai 1950 — also morgen vor 20 Jahren — gefolgt. Sie wird diese Politik weiterführen und alles tun, damit der Zusammenschluß der europäischen Staaten immer tiefer und nach Möglichkeit auch breiter wird — zunächst durch die Integration im Westen, aber hoffentlich auch durch zunehmende Kooperation zwischen West und Ost.

Der begonnene europäische Zusammenschluß ist wohl das zukunftsträchtigste Ergebnis der tragischen Ereignisse des Jahres 1945. Er ist zugleich eine der wichtigsten Voraussetzungen für die europäische Friedensordnung, die das Ziel der Politik aller europäischen Staaten sein muß, im Westen wie im Osten. Ich hoffe, man wird es richtig verstehen, wenn ich sage: Erst eine europäische Friedensordnung wird den Schlußstrich der Geschichte ziehen können unter das, was sich für uns Deutsche mit dem Jahr 1945 verbindet.

Ernsthafter Beginn des Ausgleichs mit dem Osten

Erklärung vor dem Abflug nach Moskau am 11. August 1970 zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags.

Dies ist kein Augenblick für große Worte. Nüchternheit ist ebenso geboten wie politisches Augenmaß.

Worum geht es bei unserer Reise? Mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR soll der seit langem notwendige Versuch eines Ausgleichs mit dem Osten ernsthaft beginnen. Unsere Unterschrift wird den sachlichen und persönlichen Erfolg bestätigen, den Außenminister Scheel und seine Delegation nach zähen Verhandlungen aus Moskau mitgebracht haben.

Die Bundesregierung erfüllt mit diesem Vertrag eine Aufgabe, die sie sich in der Regierungserklärung vom Oktober vorigen Jahres und mit den Kabinettsbeschlüssen vom 7. Juni und 23. Juli gestellt hatte.

Jeder soll wissen: Der Vertrag wahrt unsere nationalen Interessen, er soll den Frieden in Europa sicherer machen, und er wird eine gute Ausgangsbasis sein für die Entwicklung unserer künftigen Beziehungen zur Sowjetunion, aber auch zu anderen osteuropäischen Partnern.

Mit der Unterzeichnung ist der Vertrag noch nicht in Kraft gesetzt. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Unterzeichnung auch für eine befriedigende Regelung der Berlin-Frage durch die Vier Mächte hilfreich sein wird.

Außenminister Scheel und ich fliegen nach Moskau in der Gewißheit, daß unsere Landsleute verstehen, worum es geht, und daß wir auch unsere Verbündeten hinter uns haben. Trotz der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen soll dieser Entspannungsvertrag das Verhältnis zwischen Ost und West verbessern helfen.

Frieden mit allen Völkern des europäischen Ostens

Fernsehansprache aus Moskau am 12. August 1970.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger Augenblick in unserer Nachkriegsgeschichte. Fünfundzwanzig Jahre nach der Kapitulation des von Hitler zerstörten Deutschen Reiches, und fünfzehn Jahre nachdem Konrad Adenauer hier in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart hatte, ist es an der Zeit, unser Verhältnis zum Osten neu zu begründen — und zwar auf dem uneingeschränkten gegenseitigen Verzicht auf Gewalt, ausgehend von der politischen Lage, wie sie in Europa besteht.

Mit der Arbeit an diesem Vertrag hat die Bundesregierung eine Aufgabe erfüllt, die sie sich in ihrer Regierungserklärung selbst stellte. Darin heißt es:

„Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Osten und dem Westen zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens.“

Dies war und dies ist unsere Richtlinie, und diesem Friedenswerk dient der Vertrag.

Ich weiß mich frei von Wunschdenken — wie die meisten unter Ihnen. Dieses Jahrhundert — von Blut und Tränen und harter Arbeit gezeichnet — hat uns Nüchternheit gelehrt. Diese Nüchternheit hat sich gerade dann zu bewähren, wenn wir Zeugen und Partner geschichtlicher Wandlungen sind. Sie dürfen wir auch dann nicht preisgeben, wenn wir Anlaß zu Genugtuung und neuer Hoffnung haben, wenn wir — ich scheue das Wort nicht — mit gutem Recht von einem Erfolg sprechen können.

Und dieser Vertrag mit der Sowjetunion ist ein Erfolg deutscher Nachkriegspolitik. Er ist ein entscheidender Schritt, um unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu unseren östlichen Nachbarn zu verbessern — ein Vierteljahrhundert nach der Katastrophe, die von den Völkern, im Osten noch mehr als im Westen, unsägliche Opfer gefordert hat.

Es entspricht dem Interesse des ganzen deutschen Volkes, die Beziehungen gerade zur Sowjetunion zu verbessern. Sie ist nicht nur eine der großen Weltmächte — sie trägt auch ihren Teil der

besonderen Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin.

Morgen sind es neun Jahre her, daß die Mauer gebaut wurde. Heute haben wir, so hoffe ich zuversichtlich, einen Anfang gesetzt, damit der Zerklüftung entgegengewirkt wird, damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben müssen, bis die Teilung unseres Volkes eines Tages hoffentlich überwunden werden kann.

Europa endet weder an der Elbe noch an der polnischen Ostgrenze. Rußland ist unlösbar in die europäische Geschichte verflochten, nicht nur als Gegner und Gefahr, sondern auch als Partner — historisch, politisch, kulturell und ökonomisch. Nur wenn wir in Westeuropa diese Partnerschaft ins Auge fassen und nur wenn die Völker Osteuropas dies auch sehen, können wir zu einem Ausgleich der Interessen kommen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen. Dies soll vor allem der jungen Generation zugute kommen, die im Frieden und ohne Mitverantwortung für die Vergangenheit aufgewachsen ist und die Folgen des Krieges mittragen muß, weil niemand der Geschichte seines Volkes entfliehen kann.

Dieser Vertrag beeinträchtigt in keiner Weise die feste Verankerung der Bundesrepublik und ihrer freien Gesellschaft im Bündnis des Westens. Die zuverlässige Partnerschaft mit Amerika bleibt ebenso gewahrt wie die Aussöhnung mit Frankreich. Es bleibt auch bei dem beharrlichen Willen, immer mehr Staaten Europas mit dem Ziel einer politischen Gemeinschaft immer enger aneinander zu binden. Der Vertrag gefährdet nichts und niemanden. Er soll mithelfen, den Weg nach vorn zu öffnen. Wenn er dies tut, dann wird er dem Frieden, Europa und uns allen nützen.

Eine neue Grundlage

Erklärung vor der Presse in Moskau am 13. August 1970.

Wir — Herr Scheel, ich und unsere Mitarbeiter — haben gestern über drei Stunden mit Ministerpräsident Kosygin gesprochen. Die Unterhaltung wurde am Abend bei Tisch und auch danach fortgesetzt. Heute vormittag haben wir die Gespräche in gut einhalb Stunden abgeschlossen, in einer Atmosphäre, die ich als „relaxed“ bezeichnen möchte.

Gestern hatte ich außerdem ein vierstündiges Gespräch mit Herrn Breschnew. Trotz dieser langen Dauer blieben wir mitten in der Materie stecken. Wir hätten uns gut und gern noch weitere vier oder fünf Stunden unterhalten können, um mit einer ersten Tour d'horizon fertig zu werden. Für mich — vielleicht auch für meinen Gesprächspartner — war die Unterhaltung sehr aufschlußreich. Die politische Bewertung dieser Gespräche möchte ich in Bonn vornehmen. Ich sage Ihnen ganz offen, daß ich nachher im Flugzeug und heute abend die Eindrücke und die Notizen dieses Besuchs erst ein bißchen ordnen muß. Nachdenken schadet ja gelegentlich nichts.

Das Kommuniké ist Ihnen sicher schon bekannt. Das politische Interesse hier war nicht zu übersehen. Das kam auch dadurch zum Ausdruck, daß bei der Unterzeichnung des Vertrages die Mitglieder der politischen Führung der Sowjetunion, die zur Zeit in Moskau weilen, anwesend waren. In unseren Gesprächen wurde auch das Auslandsecho auf diesen Vertragsabschluß mehrfach erwähnt und gewertet. Zu diesem Auslandsecho lassen Sie mich folgendes sagen: Ich habe ein bißchen Angst vor den Superlativen, die man hier und da hört. Wenn ich etwas von „historischer Bedeutung“ höre, dann kann ich als gelernter Berliner nur sagen: „Ham sie's nich ne Nummer kleener?“ Daß dieser Vertrag eine neue Grundlage sein kann, ist ja für uns und für andere auch schon etwas.

An keinem Punkt der Gespräche sind wir — und das ist nun doch schon ein Stückchen politischer Bewertung — auch nur auf die Andeutung der Vorstellung gestoßen, daß wir nur dazu zusammengekommen seien, um andere gegeneinander auszuspielen oder uns — der eine oder der andere — von denen trennen zu lassen, mit denen wir zusammenarbeiten. Mir ist, ohne daß ich danach gefragt hatte, von sehr kompetenter Seite gesagt worden: Wir haben uns das genau überlegt. Wir wollen nicht, daß die Verbesserung unserer Beziehungen mit einer Verschlechterung Ihrer Beziehungen zu anderen bezahlt werden muß.

Das wäre zwar ohnehin nicht möglich gewesen, aber es ist wichtig, daß dies in beiden Richtungen gilt.

Dann haben wir praktische Fragen besprochen, worüber noch viel geredet werden wird. Die Minister Schiller und Leussink werden im nächsten Monat in Moskau weilen und praktische Fragen besprechen; und das werden wir dann zu Hause zusammenfassen. Das ist ein Ergebnis der Gespräche, die der Außenminister hier zusätzlich zu den Vertragsverhandlungen geführt hat.

Lassen Sie mich noch folgende Bemerkung machen: Beide Partner haben festgestellt, daß es einen Zusammenhang zwischen diesem Vertrag und der Regelung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu anderen Partnern des Warschauer Paktes gibt. Das haben nicht nur die beiden Partner — die Bundesrepublik und die Sowjetunion — gesagt, sondern das hat mir auch Herr Barzel Anfang der Woche als Auffassung der Opposition in einem Brief in Bonn übermittelt, bevor wir nach Moskau geflogen sind. Auch die Opposition sieht das als einen Zusammenhang. Wenn dies aber ein Zusammenhang ist, dann braucht man nicht außerdem noch eine West-Berlin-Frage zu erfinden, denn dann ist sie der politischen Qualität nach schon darin enthalten. Wie will jemand das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR vertraglich regeln, ohne dabei das mit einzubeziehen, was in bezug auf Berlin respektive West-Berlin von den Mächten vereinbart worden ist, die wie wir ein vitales politisches Interesse geltend machen? Unsere Auffassung zu dieser Frage ist ganz geduldig, aber auch ganz deutlich entwickelt worden, und ich habe den Eindruck, daß dies nicht unbeachtet geblieben ist.

Ich fühle mich in der Meinung bestärkt, die ich beim Abflug in Bonn vor dem Mikrofon geäußert habe — ein bißchen zu früh, wie sich dann herausstellte; ich hätte es auch einige Stunden später sagen können —, daß nämlich dieser Vertrag auch auf dieses Problem, an dem wir ein vitales Interesse haben, einen günstigen Einfluß ausüben wird. Ich habe meine Gründe dafür.

Das Fundament für eine friedliche Zukunft

Erklärung über Rundfunk und Fernsehen zum deutsch-polnischen Vertrag am 20. November 1970.

Meine Damen und Herren, liebe Landsleute!

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Es soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Er soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen, für den Schlußstrich und für den Neubeginn.

Über dreißig Jahre sind vergangen, seit der Zweite Weltkrieg mit dem deutschen Angriff begann. Das polnische Volk hat Unsagbares erleiden müssen.

Der Krieg und seine Folgen haben beiden Völkern, auch uns Deutschen, unendlich viel Opfer abverlangt. Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern. Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. Und wir anderen müssen Verständnis und Achtung aufbringen für eine Last, die für uns alle mitgetragen wird.

Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht in Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. Es bedeutet sehr viel, wenn viele Familien nun die Aussicht haben, ihre Angehörigen nach vielen Jahren der Trennung bei sich aufnehmen zu können. Und daß es möglich sein soll, die Stätten der Geburt und die Gräber der Vorfahren in der alten Heimat wieder zu besuchen.

Ich bin für den Vertrag mit der Volksrepublik Polen, weil er das Fundament für eine friedliche Zukunft schafft. Er gibt uns die Möglichkeit der Verständigung und der Zusammenarbeit.

Dem polnischen Volk gibt der Vertrag die Gewißheit, daß es in gesicherten Grenzen leben kann. Und daß, was an uns liegt, in Europa überhaupt das Prinzip des Gewaltverzichts gelten soll. Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird. So wie wir sie im Westen, gegenüber unseren französischen Nachbarn, glücklicherweise erreicht haben.

Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung.

Worum es geht, ist der ernste Versuch, ein Vierteljahrhundert nach dem Krieg der Kette des Unrechts politisch ein Ende zu setzen.

Auch für die Westgrenze Polens gilt: Es gibt weder Entspannung noch gesicherten Frieden in Europa, wenn wir nicht ausgehen von der Lage, wie sie ist. Wie sie nun schon seit 25 Jahren ist, unbeschadet im übrigen der Rechte der Vier Mächte für Deutschland. Unserem Volk wird nicht heute aus heiterem Himmel ein Opfer abverlangt. Dies hat längst gebracht werden müssen als Ergebnis der Verbrechen Hitlers.

Meine Regierung spricht aus, was die meisten bei uns in den letzten Jahren schon gedacht haben.

Und wir können nur hoffen, daß dies ein befreiender Schritt sein wird hin zu einem besseren Europa. Einem Europa, in dem die Grenzen nicht mehr trennen werden.

So erwartet es die Jugend unserer Länder. Auf sie möchten wir — wenn es geht — nicht mehr die Bürden der Vergangenheit abwälzen. Sondern für sie wollen wir einen neuen Anfang machen.

Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen

Fernsehansprache aus Warschau am 7. Dezember 1970.

Meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich bin mir bewußt: Dies ist ein schwere Reise. Für eine friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein. Der Vertrag von Warschau soll einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, daß getrennte Familien wieder zusammenfinden können. Und daß Grenzen weniger trennen als bisher.

Und trotzdem: Dieser Vertrag konnte nur nach ernster Gewissensforschung unterschrieben werden.

Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen. Aber guten Gewissens, denn wir sind überzeugt, daß Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen.

Dabei muß man von dem ausgehen, was ist; was geworden ist. Auch in bezug auf die Westgrenze Polens. Niemand hat uns zu dieser Einsicht gezwungen. Wir sind mündig geworden. Es geht um den Beweis unserer Reife und um den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen.

Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: Er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus.

Wir dürfen nicht vergessen, daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben.

Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen mußte.

Ich lehne Legenden ab, deutsche wie polnische: Die Geschichte des deutschen Ostens läßt sich nicht willkürlich umschreiben.

Unsere polnischen Gesprächspartner wissen, was ich Ihnen zu Hause auch noch einmal in aller Klarheit sagen möchte: Dieser Vertrag bedeutet nicht, daß wir Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen. Er bedeutet nicht, daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.

Ressentiments verletzen den Respekt vor der Trauer um das Verlorene — verloren „in Schmerzen, Krieg und Ach, in unerschöpften Tränen“, wie es der Schlesier Andreas Gryphius am Ende des Dreißigjährigen Krieges sagte. Niemand kann sich dieser Trauer entziehen, uns schmerzt das Verlorene. Und das leidgeprüfte Volk wird unseren Schmerz respektieren.

Namen wie Auschwitz werden beide Völker noch lange begleiten und uns daran erinnern, daß die Hölle auf Erden möglich ist; wir haben sie erlebt. Aber gerade diese Erfahrung zwingt uns, die Aufgaben der Zukunft entschlossen anzupacken. Die Flucht vor der Wirklichkeit schafft gefährliche Illusionen. Ich sage: Das Ja zu diesem Vertrag, zur Aussöhnung, zum Frieden ist ein Bekenntnis zur deutschen Gesamtgeschichte.

Ein klares Geschichtsbewußtsein duldet keine unerfüllbaren Ansprüche. Es duldet auch nicht jene „geheimen Vorbehalte“, vor denen der Ostpreuße Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ gewarnt hat.

Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen. Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen. Indem wir dies tun, betreiben wir keine Politik des Verzichts, sondern eine Politik der Vernunft.

Der Vertrag zwischen Polen und uns — ein Vertrag, wie er amtlich heißt, über die „Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“ — ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft.

Ich unterstreiche dies ausdrücklich, denn es bleibt natürlich dabei, daß unsere aktive Mitwirkung in den Westeuropäischen Gemeinschaften und unsere festverankerte Stellung im Atlantischen Bündnis die Grundlage bilden, von der aus wir uns um ein neues, besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern bemühen.

Erst aus diesem Gesamtzusammenhang wird klar, was dieser Vertrag für den Frieden bedeutet, für die geteilte deutsche Nation und für ein geeintes Europa. Ein Europa, das nicht durch Deklamationen, sondern nur durch zielbewußte Arbeit geschaffen werden kann.

Nichts ist weiter wichtiger als die Herstellung eines gesicherten Friedens. Dazu gibt es keine Alternative. Frieden ist nicht möglich ohne europäische Solidarität.

Alles, was uns diesem Ziele näherbringt, ist ein guter Dienst an unserem Volk und vor allem ein Dienst für die, die nach uns kommen.

Deutsche Politik gilt Frieden und Verständigung

Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation am 28. Januar 1971
vor dem Bundestag

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Bundesregierung erstattet hier heute zum zweiten Male Bericht über die Lage im geteilten Deutschland. Gleichzeitig liegt dem Hohen Hause die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP zur Außenpolitik vor.

Wie ich es hier vor Jahresfrist zugesagt habe, sind in Verbindung mit dem Bericht zur Lage der Nation dem Hohen Hause außerdem „Materialien“ zugeleitet worden, die es erleichtern mögen, die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in einigen wichtigen Lebensbereichen zu vergleichen.

1.

Meine Damen und Herren, in unserer Antwort auf die Große Anfrage — zu der sich die Regierung im Verlauf der bevorstehenden Debatte noch ausführlich äußern wird — sind die politischen Bestrebungen und Bedingungen dargelegt worden, die sich aus der Lage der Bundesrepublik Deutschland ergeben und die von außen auf unser Land einwirken. Selbstverständlich kann die Lage in Deutschland nicht unabhängig von den Bewegungen beurteilt werden, die in der Welt und insbesondere in Europa wirksam sind. Es ist also angebracht, die kennzeichnenden Ereignisse des Jahres 1970 deutlich zu machen, die für uns gültigen Prinzipien noch einmal zu unterstreichen und dabei nicht zuletzt auch die Einstellung unserer Verbündeten darzulegen.

In der Antwort auf die Große Anfrage ist dargelegt worden, daß unsere Ostpolitik durch unsere Verbündeten eine einhellige Unterstützung gefunden hat. Wir fühlen uns um so mehr ermutigt, auf dem als notwendig erkannten Weg fortzufahren, als die Bestätigung durch die führenden Repräsentanten der mit uns verbündeten Mächte nicht nur in der Vertraulichkeit von sogenannten Vier-Augen-Gesprächen ausgesprochen wurde. Auch in den Konferenzen der westeuropäischen Gemeinschaften und des Atlantischen Bündnisses ist unsere Politik nachdrücklich unterstützt worden. Die dazu veröffentlichten Kommuniqués darf ich als bekannt unterstellen.

Sie wissen, daß ich Anfang dieser Woche gemeinsam mit dem Außenminister und anderen Kabinettskollegen in Paris war. Wir haben uns dort erneut davon überzeugen können, mit welch

freundschaftlichem Verständnis unsere Bestrebungen begleitet werden. „Frankreich unterstützt Sie vorbehaltlos“, sagte Präsident Pompidou in einer Rede, die — lassen Sie mich diese noble Geste nicht verschweigen — in Deutsch vorgetragen wurde. Gerade bei diesen jüngsten Gesprächen in Frankreich ist deutlich geworden, wie sehr unsere West- und unsere Ostpolitik einander bedingen, wie sehr sie zusammengehören. Mit anderen Worten: Die westeuropäische Zusammenarbeit und Einigung — die wir aktiv fördern, wie alle wissen — hindert uns nicht, bessere Beziehungen zum Osten zu entwickeln, sondern ist eine Grundlage dieses unserer Überzeugung nach notwendigen Bemühens.

Mit großem Interesse und viel Verständnis verfolgen auch zahlreiche Regierungen, maßgebende Persönlichkeiten und die Presse des neutralen Auslandes und in weiten Teilen der Dritten Welt unsere auf Abbau der Spannungen und auf die Organisation des Friedens gerichtete Politik. Viele wissen, daß Europa in der weltweiten Zusammenarbeit mehr leisten kann als bisher, wenn diese Bemühungen zum Erfolg führen.

Man bestreitet heute auch in der östlichen Welt kaum noch, daß deutsche Politik dem Frieden gilt. Und man weiß, daß wir bei unseren Bemühungen um Verständigung niemand ausnehmen, auch nicht die DDR.

Aus dieser Sicht ist es nur folgerichtig, daß wir bei der Unterzeichnung des Vertrages in Moskau am 12. August vergangenen Jahres unsere Übereinstimmung mit der Sowjetunion erklären konnten, daß alle Abkommen, die wir mit den Partnern des Warschauer Paktes abschließen wollen, politisch ein einheitliches Ganzes bilden.

Niemand wird von wirksamer Entspannung in der Mitte Europas sprechen können, solange nicht alle diese Elemente vorhanden sind.

Darüber hinaus möchte ich hier feststellen: Diese Verträge — nach dem jetzigen Stand konkret: der mit der Sowjetunion und der mit der Volksrepublik Polen — widersprechen in keinem Punkt unserer Stellung als Glied der Europäischen Gemeinschaft und als Verbündeter in der NATO. In West und Ost, in Nord und Süd gibt es weder besondere deutsche Interessen noch spezielle deutsche Vorbehalte, die unsere Entscheidung für eine Politik des Ausgleichs schmälern oder beeinträchtigen könnten.

Dabei haben wir in Moskau klargemacht, daß kein Vertrag uns hindern kann noch darf, auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem unser Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dies entspricht dem Auftrag unserer Verfassung ebenso wie unserer Überzeugung. Niemand wird jedoch glauben,

eine Wunschvorstellung sei schon dadurch nahe, weil man sie zu Papier gebracht hat.

Auch im Verhältnis zu Polen haben wir das deutsche Interesse im weitesten Sinne im Auge, wenn wir das unsere tun, damit der deutsche Name nicht mehr als Symbol von Unrecht und Grauen benutzt werden kann, sondern als Zeichen der Hoffnung auf Aussöhnung und friedliches Zusammenleben gilt. Daß diese Hoffnung nicht vergeblich ist, dürfte sich auch an der Zahl der Deutschen zeigen, die in den kommenden Monaten in die Bundesrepublik kommen werden.

Für das Verhältnis zur DDR gilt: Wie es nach den Grundsätzen der Vereinten Nationen im Verhältnis zwischen den Staaten vorgesehen ist, muß auch in diesem Fall im Vordergrund aller Anstrengungen die friedliche Regelung der Beziehungen auf der Grundlage der Menschenrechte, der Gleichberechtigung, des friedlichen Zusammenlebens und der Nichtdiskriminierung stehen.

Die Begegnungen von Erfurt und Kassel im vergangenen Jahr waren für das Nebeneinander der beiden staatlichen Ordnungen auf deutschem Boden wichtig, auch wenn sie nur ein Beginn des Gesprächs waren. Ende Oktober haben wir folgerichtig die Absprache mit der Regierung der DDR getroffen, auf offiziellem Wege einen Meinungsaustausch über Fragen zu führen, deren Regelung der Entspannung im Zentrum Europas dienen würde und die für beide Staaten von Interesse sind.

Zu alledem stehen wir. Hier ist eine Basis, die an keine Voraussetzung gebunden ist, und auf der man 1971 arbeiten kann. Es lag nicht an uns, wenn die auf Grund dieser Vereinbarung geführten ersten Gespräche zwischen den Staatssekretären nur zögerlich in Gang kamen. Am Dienstag dieser Woche fand die vierte dieser Begegnungen statt, und viele weitere werden wohl folgen, ehe man von positiven Ergebnissen wird sprechen können, die wir wünschen. Ich betrachte es immerhin als Fortschritt, daß diese Besprechungen den quasi sensationellen Anstrich verlieren, den sie zuerst gehabt haben.

Die 20 Punkte, die ich in Kassel am 21. Mai 1970 dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Herrn Stoph, übermittelte, bleiben die Richtschnur für unsere Vorstellungen darüber, wie gleichberechtigte Beziehungen sachlich geregelt werden können. Die DDR hat Verkehrsfragen in den Vordergrund gerückt. Das ist interessant, und wir sind bereit, über alle auf diesem Gebiet anstehenden Fragen, über einen umfassenden Vertrag oder einander ergänzende Abkommen zu sprechen. Sofern die Fragen des Berlin-Verkehrs betroffen sind, werden wir allerdings — wie bisher — Grundsatz-Vereinbarungen der Vier Mächte nicht vorgreifen.

Dieser Überblick über die Entwicklung seit meinem Bericht vor einem Jahr macht deutlich, wie sehr die Regelung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Gesamtzusammenhang gesehen werden muß. Eine isolierte Lösung die unser Volk bewegenden Fragen ist ebensowenig möglich wie etwa der Versuch, allein den Frieden sichern zu wollen. Die Geschichte hat uns gelehrt: Zur Entfaltung von Krisen genügt einer, aber zur Erhaltung des Friedens sind alle notwendig. Was sonst zwischen den Staaten in Europa möglich ist, müßte auch zwischen den beiden Staaten in Deutschland möglich sein: Die nun schon über zwei Jahrzehnte andauernde künstliche Abschneidung hat keine Stabilität und Ruhe gebracht. Im Gegenteil, sie hat Spannungen und Krisen heraufbeschworen, die es im Interesse Europas und Deutschlands zu überwinden gilt.

Niemand kann wissen, ob es nicht — sogar gegenüber der heutigen, für unser Volk durchaus unbefriedigenden Lage — noch wieder Rückschläge geben wird.

Wir beeinflussen das Geschehen um uns herum, aber es wirkt noch stärker auf uns ein. Trotzdem sollten wir uns nicht von dem Versuch abbringen lassen, ein Konfrontationsdenken abzubauen, das vor allem noch von der Führung der SED gepflegt wird und letzten Endes auf Kosten der Menschen geht. Diese Menschen fordern mit Recht, zumindest das heute Regelbare auch tatsächlich anzupacken.

Dabei gehen wir aus von dem, was ist. Wir stellen keine Vorbedingungen und errichten keine unüberwindbaren Hindernisse. Es geht ganz einfach um die selbstverständliche Tatsache, daß die Entspannung in Europa nicht ein Gebiet mitten in Europa aussparen kann: die Bundesrepublik Deutschland und Berlin nicht, auch nicht die DDR.

Das Jahr 1970 hat die deutschen Fragen auf zum Teil neue Art, aber jedenfalls wieder stärker auf die Tagesordnung der europäischen und internationalen Politik gebracht. Was in Gang gebracht wurde, gilt es nun konsequent und geduldig fortzuführen.

II.

Etwa in diesem Rahmen müssen wir die heutige Lage der Nation betrachten. Zum besseren Verständnis der inneren Situation in den beiden Staaten, die das Deutschland von 1970/71 ausmachen, hat die Bundesregierung in den „Materialien“, die Bundestag und Bundesrat zugeleitet wurden, den Versuch einer vergleichenden Darstellung der Entwicklung hüben und drüben vorgelegt. Diese „Materialien“ sind das Arbeitsergebnis einer Gruppe von Wissenschaftlern, die unter der Leitung von Professor Dr. Peter Christian

Ludz stand. Sie hat unabhängig und selbständig nach wissenschaftlichen Methoden gearbeitet, unbeschadet laufender Konsultationen mit den jeweils zuständigen Stellen der Bundesregierung.

Die Wissenschaftlergruppe hat ihre Arbeit auf solche Lebensbereiche konzentriert, die in einem inneren Zusammenhang miteinander stehen, die sich aber auch für einen fundierten empirischen Vergleich nach dem Stand der Forschung und Statistik überhaupt eignen. Die nach diesen Maßstäben ausgewählten Bereiche, die von der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur über die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche bis zur Situation der Jugend reichen, stehen in engem Zusammenhang mit drei Fragen, die für den Wettbewerb der in den beiden Teilen Deutschlands bestehenden Ordnungen wichtig sind: nämlich mit dem Selbstverständnis als industrielle Leistungsgesellschaft, mit Wachstum und Modernisierung des jeweiligen Systems und mit der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung, fachlicher und wissenschaftlicher Ausbildung.

Hier sind einige Faktoren ermittelt worden, die für die Menschen im geteilten Deutschland von erheblicher Bedeutung sind oder werden können. Dabei muß allerdings in aller Klarheit und mit Nachdruck gesagt werden: Vergleich bedeutet natürlich nicht Gleichstellung; und nüchterne Wiedergabe von Daten bedeutet nicht Billigung der politisch-ideologischen und gesellschaftlichen Zustände im anderen Teil Deutschlands. Gleichwohl sollten derartige Untersuchungen fortgesetzt und vertieft werden; ihr Gewicht liegt nicht so sehr in der Darstellung als solcher als in dem Nutzen und den Folgerungen, die die politisch Verantwortlichen daraus ziehen. Wo es um die Lage der Nation geht, soll also mit dem Beitrag der Wissenschaft das politische Urteil erleichtert und die politische Diskussion versachlicht werden. Ich hoffe jedenfalls, daß die „Materialien“ nicht nur in der Debatte dieses Hohen Hauses, sondern auch draußen in der Öffentlichkeit, in Wissenschaft, Politik und Bildungsarbeit Beachtung finden, und daß die künftigen Arbeiten durch Kritik und Vorschläge gefördert werden. Den Mitgliedern der wissenschaftlichen Kommission möchte ich von dieser Stelle aus die gebührende Anerkennung aussprechen. Mein Dank gilt im besonderen auch dem federführenden Bundesminister Egon Franke, der die Initiative zur Bildung der Kommission ergriffen und die Durchführung ihrer Arbeiten gefördert hat. Bei Betrachtung der Lage unseres geteilten Volkes, wie sie in den „Materialien“ deutlich zum Ausdruck kommt, darf man nicht dem Irrtum verfallen, die heutigen Probleme der Deutschen seien allein die Folge des Entstehens zweier deutscher Staaten im

Jahre 1949. Die Ursprünge liegen, wie wir wissen, weiter zurück. Dazu möchte ich an das erinnern dürfen, was ich in der Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 sagte:

„Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitler-Regime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben wie alle anderen Völker auch. Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird.“

Und in dem Bericht zur Lage der Nation vor einem Jahr, am 14. Januar 1970, fügte ich hinzu:

„25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland . . . Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinn eine deutsche Nation gibt und geben wird, so weit wir vorausdenken vermögen.“

Diese Feststellungen bildeten die Grundlage meiner Erklärungen in Erfurt und Kassel, aber auch die Grundlage der Gespräche, die der Außenminister und ich und unsere Mitarbeiter in Moskau und Warschau geführt haben. Für uns konnte und kann es nicht in Frage kommen, aus taktischen, um nicht zu sagen opportunistischen Gründen Teile der geschichtlichen Entwicklung auszusparen.

Für uns komme es auch nicht in Frage, den Begriff Nation scheinbar zeitgebundenen, kurzfristigen Notwendigkeiten anzupassen. Ich zögere nicht, in dieser Frage einen Mann zu zitieren, der am 30. November 1970 u. a. erklärte:

„Wir sind Patrioten und Internationalisten zugleich. Denn, ob man es wahrhaben will oder nicht, die Nation ist eine Wirklichkeit, die in absehbarer Zeit nicht verschwinden wird. Damit es fruchtbare internationale Beziehungen zwischen Staaten gibt, müssen die Nationen unter sich Beziehungen der Zusammenarbeit, der Verständigung und der Freundschaft entwickeln. Das bedeutet, daß wir entschlossene Gegner dessen sind, was man den nationalen Nihilismus nennen kann.“

Soweit das Zitat. Es stammt vom Vorsitzenden der Fraktion der Kommunistischen Partei Frankreichs im dortigen Senat, Jacques Duclos, einem Mann, den ich den Verantwortlichen der SED gewiß nicht vorzustellen brauche.

Er stützt sich in seiner Erklärung des Begriffs „Nation“ übrigens auch auf kommunistische Klassiker. Und hier bei ihm findet sich kein Wort davon, daß nur bestimmte Kreise der Bevölkerung die Nation bilden, und andere, die „klassenpolitische Gegner“ sind oder solche genannt werden, davon ausgeschlossen wären.

Es ist der SED-Führung vorbehalten geblieben, die „bürgerliche Nation“ von einer „sozialistischen Nation“ zu unterscheiden, wobei bemerkenswerterweise davon gesprochen wird, daß in der Bundesrepublik „Reste der alten bürgerlichen deutschen Nation“ erhalten geblieben seien. Um die Dinge noch komplizierter zu machen, spricht man in der DDR seit Anfang 1970 sowohl vom „sozialistischen Staat deutscher Nation“ wie vom „sozialistischen deutschen Nationalstaat“, wodurch der Fortbestand der einen deutschen Nation gleichermaßen bestätigt und abgestritten wird. Diese Feststellungen, diese Hinweise zeigen, wie schwierig Gespräche sind, wenn der Partner zwei Dinge zu gleicher Zeit haben und sein will. Denn wenn auch die DDR immer wieder unter Berufung auf den „sozialistischen deutschen Nationalstaat“ erklärt, daß es keine „besonderen Beziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten geben könne, so nimmt die gleiche Führung für sich das Recht in Anspruch — wie man es dort nennt —, „eine offensive Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der BRD“ zu führen. Mit keinem Staat der Welt beschäftigt sich die DDR so ausführlich und so aktiv wie mit der Bundesrepublik.

Und nun frage ich: Ist dies nicht die von der Führung der DDR sonst so gerne angeprangerte Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates? Und geht das nicht oft bis zur Aufforderung an unsere Bürger, sich gegen die innere Ordnung ihres Staates aufzulehnen?

Ich sage das nicht nur im Sinne der notwendigen Abgrenzung. Ich möchte auch deutlich machen, daß eine solche Haltung, wenngleich negativ, das besondere Interesse an dem in der Bundesrepublik lebenden Teil des deutschen Volkes zeigt. Hier geht es, um es deutlich zu sagen, um ein Interesse besonderer Art, um die ungewollte Dokumentation der „besonderen Beziehungen“, die sonst abgestritten werden. Aber das besondere Interesse wird so geltend gemacht, daß dadurch die Kluft zwischen den beiden Teilen Deutschlands tiefer wird als zwischen anderen Staaten unterschiedlicher ideologischer und gesellschaftspolitischer Struktur. Die gemeinsame nationale Basis führt die Führung in Ost-Berlin nicht zur Abschwächung, sondern zur Überspitzung des Ost-West-Gegensatzes.

Von der anderen Seite werden so oft die politischen Realitäten beschworen. Deshalb sei an dieser Stelle in aller Eindringlichkeit

festgestellt: Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind für uns keine formalen Begriffe. Sie sind Aufträge unserer Verfassung, des Grundgesetzes, und bilden die unveräußerliche Grundlage unserer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz. Wir stellen uns gern jedem Wettbewerb, bei dem es um mehr persönliche Freiheit und um mehr soziale Gerechtigkeit geht.

Aber in einem Punkt sind wir mit Herrn Ulbricht, dem Staatsratsvorsitzenden und Ersten Sekretär, einig, wenn er von Abgrenzung spricht: Es kann weder ideologisch noch gesellschaftlich eine Vermischung der Gegensätze, noch kann es eine Verniedlichung der Meinungsunterschiede geben; das gilt — leider — gerade für die beiden Staaten in Deutschland, die so verschiedenen Systemen angehören. Aber auch diese beiden Staaten müßten ein friedliches Nebeneinander erreichen können, bei dem keiner den anderen bevormundet, sondern beide untereinander und nach außen ein Beispiel geben, daß friedliche Zusammenarbeit auch zwischen so unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systemen möglich ist.

Nation ist eine Frage von Bewußtsein und Willen. Die Polemik in Ost-Berlin gegen die Nation bestätigt die Existenz von Bewußtsein und Willen, die auch drüben weithin erhalten geblieben sind. Die verschiedenen Auffassungen zu diesem Thema brauchen die Bemühungen um ein geregeltes, sachliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten nicht zu stören. Allerdings müssen beide Seiten respektieren, daß die Vier Mächte Kompetenzen für Deutschland als Ganzes und Berlin haben und behalten werden. Diese Situation ist kein Hindernis für die Absicht der Bundesregierung, in solchen Abkommen mit der DDR jene klare Verbindlichkeiten zu erreichen, die auch sonst zwischen Staaten üblich und erforderlich ist.

Die Regierung in Ost-Berlin hat es für richtig gehalten, unsere Bemühungen um ein friedliches Nebeneinander und um Regelung sachlicher Fragen anzuzweifeln oder zu diffamieren. Die Bundesregierung wird sich dadurch nicht beirren lassen; sie bleibt dabei, daß die internationalen Beziehungen der DDR dann auf weniger Hindernisse stoßen, wenn sich in bezug auf die Lage in Deutschland selbst die erforderlichen Regelungen erzielen lassen werden.

Es geht uns um Erleichterungen, um Verbesserungen für die Menschen in beiden deutschen Staaten im Verhältnis zueinander, und es geht außerdem um die gemeinsame Verantwortung der Deutschen für den Frieden in Europa und der Welt. Das ist kein Ausspruch mit erhobenem Zeigefinger, sondern ein ehrlicher, notwendiger Hinweis zum Thema der nationalen Verantwortung.

III.

Bei keinem anderen Thema wird die Problematik der Lage unserer Nation gegenwärtig so deutlich wie bei Berlin. Doppelte Spaltung, deutsche Kompetenzen und Zuständigkeiten, teils der Vier, teils der Drei Mächte, bilden die komplizierten Faktoren der wirklichen Lage.

Wenn von der Entspannung in der Mitte Europas die Rede ist, so ist die Entspannung der Lage in und um Berlin der Sache nach davon überhaupt nicht zu trennen. Die Haltung der Bundesregierung dazu war immer klar. Sie ist am 7. Juni vergangenen Jahres im Hinblick auf die Verhandlungen mit der Sowjetunion auch öffentlich so formuliert worden:

„Es wird davon ausgegangen, daß die Vier-Mächte-Verhandlungen dazu führen, die enge Verbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin zu sichern. Ohne eine solche Sicherung wird ein Gewaltverzichts-Vertrag nicht in Kraft gesetzt werden können.“

Soweit das Zitat aus dem Beschluß der Bundesregierung vom 7. Juni vergangenen Jahres.

Wenn ich das hier in Erinnerung rufe, so um hinzuzufügen: Die Bundesregierung bleibt bei ihrem Standpunkt. Sie wird den sachlichen Zusammenhang, auf den sie die Beteiligten immer wieder hingewiesen hat, nicht auflösen.

Es ist daran zu erinnern, daß die Berlin-Gespräche, die sich inzwischen zu Verhandlungen verdichtet haben, auf westliche Initiative hin im Sommer 1969 begonnen haben. Den Anstoß dazu hatte eine Äußerung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika bei seinem Besuch in Berlin Anfang 1969 gegeben. Er sagte damals vor der Belegschaft der Siemens-Werke — ich darf zitieren —:

„Wenn wir sagen, wir lehnen jede einseitige Änderung des Status quo in Berlin ab, so heißt das nicht, daß wir den Status quo als zufriedenstellend ansehen . . . Lassen Sie uns, uns alle, die Situation in Berlin als einen Appell zum Handeln betrachten, als eine Aufforderung zur Beendigung der Spannungen einer vergangenen Zeit, hier und überall auf der Welt. Unsere gemeinsame Haltung läßt sich am besten durch ein Goethe-Zitat ausdrücken: Ohne Hast, doch ohne Rast. Schritt für Schritt werden wir uns gemeinsam bemühen, einen dauerhaften Frieden zu schaffen.“

Das war, wie gesagt, für denjenigen, der das mit der „Hast“ für besonders wichtig hält, nicht gestern, sondern im Februar 1969, und jetzt schreiben wir Januar 1971. Präsident Nixon fuhr damals fort:

„Es gab in der Vergangenheit Zeiten, in denen Berlin sich gegen

mächtige Kräfte, die es zu überwältigen drohten, behaupten mußte. Ihre Entschlossenheit

— das war an die Adresse der Berliner gerichtet —

in jenen Zeiten der Gefahr hat über jeden Zweifel bewiesen, daß Drohung und Zwang niemals erfolgreich sein können. Durch Ihre Stärke haben Sie Bedingungen geschaffen, die zu gelegener Zeit eine andere Art Entschlossenheit zulassen könnten — eine Entschlossenheit, daß wir durch Verhandlungen von Regierungen miteinander und Versöhnung unter den Menschen der Teilung dieser Stadt, dieser Nation, dieses Kontinents und dieses Planeten ein Ende bereiten werden.“

Nun wird — ich sagte es schon — seit geraumer Zeit darüber verhandelt, ob und wie unbeschadet einiger nicht zu vereinbarenden grundsätzlicher Positionen eine befriedigende Berlin-Regelung erzielt werden kann. Dabei war und ist es eine Selbstverständlichkeit für die Bundesregierung, daß sie sich über die einzunehmenden Positionen in enger Verbindung mit den drei Westmächten hält. Ich kann hier feststellen, daß die Zusammenarbeit der vier westlichen Regierungen im Laufe der letzten Monate gerade auf diesem Gebiet eine Intensität gewonnen hat, wie es sie bis dahin kaum jemals gegeben hat. Es besteht vollständige Übereinstimmung für die Kriterien und die Inhalte, die eine Berlin-Regelung haben muß, wenn sie in unserem Sinne und dem der Westmächte befriedigend sein soll.

Dazu gehören einige Erfordernisse, die sich mir noch in meinen Jahren als Regierender Bürgermeister von Berlin stark eingeprägt haben. Ich sage hier ganz offen, meine Damen und Herren: Ich hätte mir seinerzeit eine gemeinsame politische Anstrengung aller Beteiligten gewünscht, durch die Berlin — im Sinne unseres Grundgesetzes — zum Land der Bundesrepublik Deutschland geworden wäre; und ich bin auch hier dafür eingetreten. Die Entwicklung ist anders verlaufen, aber nicht so, daß West-Berlin zur sogenannten „selbständigen politischen Einheit“ werden könnte. Worauf es heute ankommt, sind die gewachsenen Bindungen, ist die enge Zusammengehörigkeit. Und wenn ich dies sage, gibt es mir die willkommene Gelegenheit, auf die gute Zusammenarbeit und das volle Einvernehmen mit dem Senat von Berlin hinzuweisen; er nimmt konstruktiv an allen erforderlichen Überlegungen teil.

An dieser Stelle möchte ich den drei Westmächten und ihren Regierungschefs danken für ihr Verständnis, das sich im Grundsätzlichen wie auch in der täglichen praktischen Arbeit ausdrückt. Vor allem aber dafür, daß sie das überragende vitale Interesse der Bundesrepublik für West-Berlin anerkennen. Dies ist ja

auch vertraglich fixiert, aber es ist entscheidend, daß sich daraus eine praktische Abstimmung der Interessen ergeben hat.

Außerdem kann ich feststellen, daß die Erwartung der Bundesregierung eingetroffen ist, wonach der Moskauer Vertrag die Berlin-Verhandlungen fördern und intensivieren werde. Wir haben natürlich weiterhin keinen eigentlichen Rechtstitel gegenüber den Vier Mächten, aber auch auf sowjetischer Seite wird unser vitales Interesse an einer befriedigenden Berlin-Regelung nicht mehr bestritten. Mehr sage ich nicht, aber das sage ich, weil es zur Bestandsaufnahme des Januars 1971 gehört.

Die Vier Mächte haben für die Berlin-Verhandlungen besondere Vertraulichkeit vereinbart. Die Bundesregierung, die diese Verhandlungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv fördert, hat sich dem angeschlossen. Sie muß sich dadurch in der öffentlichen Auseinandersetzung Zurückhaltung auferlegen, obwohl sie viel Verständnis dafür hat, daß unsere Öffentlichkeit diese Verhandlungen mit besonders lebhaftem Interesse verfolgt.

In einer solchen Situation — das weiß ich — sind Mißverständnisse zuweilen unvermeidbar. Dennoch ist es im großen und ganzen gelungen, zwischen Regierung, Koalitionsparteien und Opposition eine weithin übereinstimmende Beurteilung in der Berlin-Frage sicherzustellen. Es wäre gut, wenn wir dies im gemeinsamen Interesse und zugunsten Berlins beibehalten können.

Die Bundesregierung ist sich mit den in Berlin engagierten Mächten darin einig, daß es für die außerordentlich komplizierten Verhandlungen, in denen schließlich die Ergebnisse einer mehr als 20jährigen Entwicklung berücksichtigt werden müssen, keinen Zeitdruck geben darf. Gleichzeitig sollte aber zügig gearbeitet werden, so daß diese Verhandlungen, wenn ihr Stand es als sinnvoll erscheinen läßt, auch eine weitere Intensität, also einen konferenzzähnlichen Charakter, annehmen können. Ich enthalte mich jeder zeitlichen Prognose. Aber ich will versuchen, das Ziel kurz zu umreißen: Die Berlin-Regelung muß der Wirklichkeit Rechnung tragen, wie sie ist: das heißt, sie muß West-Berlin durch zeitlich nicht begrenzte Vereinbarungen zwischen Ost und West nach menschlichem Ermessen störungsfrei machen und dadurch eine ruhige Entwicklung der Stadt für die Zukunft eröffnen. Berlin, das Symbol der Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, muß zu einem Symbol des respektierten Nebeneinander und des Miteinander im Zentrum eines friedlich zusammenarbeitenden Europa werden.

Die Bundesregierung — und ich bin überzeugt, dieses ganze Haus — verurteilt aufs schärfste die Schwierigkeiten und Behinderungen auf den Straßen nach Berlin. Dies ist ein untauglicher

Versuch, faktische Kompetenzen zu demonstrieren und damit Druck ausüben zu wollen. Störungen auf den Zugangswegen sind Störungen der Verhandlungen.

Es ist offensichtlich, daß die Regierung der DDR immer wieder neue Vorwände benutzt und damit die Situation verschärft, gerade während die Verhandlungen im Gange sind, deren Ziel es u. a. ist, den unbehinderten Zugang zu vereinbaren. Unsere Antwort kann meiner Überzeugung nach nur politisch sein: Es wird keine Berlin-Regelung geben, die das Recht auf freie Versammlung nicht ebenso gewährleistet wie den unbehinderten Zugang. Die Bundesrepublik steht in einem engen Kontakt mit den Drei Mächten, die eine besondere Verantwortung für alle mit Berlin zusammenhängenden Fragen tragen. In diesem Rahmen bleibt es weiterhin Sache der Bundesregierung, der wirtschaftlichen Situation West-Berlins besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch wenn die Sicherheit der Stadt und ihrer Zufahrtswege in der Verantwortung der Drei Mächte liegt, so tragen wir doch ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Lebensfähigkeit dieser Stadt, die hier niemand mehr am Herzen liegen kann als einem Bundeskanzler, der dort während eines Jahrzehnts wesentliche politische Verantwortung getragen hat.

Wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, hat die Bundesregierung und haben wir hier gemeinsam, Bundesregierung und Bundestag, weitere wirksame Maßnahmen getroffen, um die Schwierigkeiten, die die Lage der Stadt mit sich bringt, soweit wie möglich zu beheben. Ich erinnere hierzu an die noch im vergangenen Jahr in Kraft getretene neue Fassung des Berlin-Förderungs-Gesetzes und an die Richtlinien zur Förderung der Arbeitsaufnahme in West-Berlin. In beiden Fällen geht es um bedeutende neue Regelungen für Arbeitnehmer und Unternehmer. Die Bemühungen um Arbeitskräfte und um wirtschaftliches Wachstum für Berlin sind auch 1970 von Erfolg gewesen.

Wenn die politische Situation verbessert wird, so wird sich dies auch auf die Wirtschaft positiv auswirken. Die Sicherung der Lage Berlins wird es der Stadt ermöglichen — wenn man so weit ist —, verstärkt ihren besonderen Beitrag zum wirtschaftlichen und kulturellen Austausch in Deutschland und in Europa zu leisten.

IV.

Die Spaltung Deutschlands, die uns der Krieg hinterließ, hat auch diesseits der Grenzlinie gelegene Landstriche hart getroffen: Aus einem Kernland wurde ein abseits der Wirtschaftszone liegendes Randgebiet. Historisch gewachsene, politische, kulturelle und wirtschaftliche Bindungen wurden zerrissen.

In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 1953 haben die Bundesregierungen seitdem wiederholt betont, daß sie das innerdeutsche Randgebiet vorrangig fördern wollen. Diese Regierung hat dem Hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, das die bisherigen Förderungsmaßnahmen und -präferenzen für die betroffenen Gebiete absichern will. Zudem bringt es wesentliche Verbesserungen, insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der sozialen Einrichtungen.

Zusätzlich sollen weitere 80 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden, wobei sich die Planungen jetzt über die Wirtschaftsförderung hinaus auf Infrastrukturmaßnahmen konzentrieren werden.

V.

Bei den Bemühungen, für alle Betroffenen die Folgen der Teilung Deutschlands nach bestem Vermögen erträglicher zu gestalten, denke ich auch heute besonders an die große Gruppe unserer Bevölkerung, die als Folge des Krieges vor 25 Jahren ihre alte Heimat verloren hat.

Niemand sollte sich anmaßen, über jene abfällig zu urteilen, die auch heute noch über den Verlust ihrer Heimat im Osten Schmerz und Trauer empfinden. Sie trugen eine schwerere Last als viele andere Deutsche. Und gerade ihre Vertrauensmänner waren es, die schon vor 20 Jahren in der Charta von Stuttgart sich von Haß freigehalten und den Ausgleich mit den östlichen Nachbarn gesucht haben. Jene Charta war ein Dokument der Menschlichkeit und der Vernunft, das den Blick in die Zukunft richtete und den barbarischen Methoden der Vergangenheit eine deutliche Absage erteilte.

Gewisse Leute wollen heute den Vertriebenen gegenüber den Eindruck erwecken, als sei durch den von uns unterzeichneten Vertrag mit Polen eine reale Möglichkeit auf Rückkehr in die alte Heimat verlorengegangen, als seien sie gewissermaßen erst heute vertrieben, als habe jetzt ein Verzicht auf greifbare Rechte stattgefunden. Dazu möchte ich bei dieser Gelegenheit nur folgendes sagen:

— Wenn wir heute um des Friedens willen bereit sind, von den bestehenden Grenzen in Europa, das heißt auch in Osteuropa, auszugehen und sie zu achten, dann bedeutet dies keineswegs eine Legitimierung oder ein stillschweigendes Einverständnis mit der Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten, die 1945 und 1946 stattgefunden hat. Den Krieg haben wir allerdings — wie wir alle wissen — nicht erst jetzt verloren, und

über die Haltung der ausländischen Mächte, einschließlich unserer engsten Verbündeten, hat man sich auch längst orientieren und informieren können.

- Wir wollen — nicht zuletzt durch den Vertrag — Barrieren zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk abbauen, Barrieren, die sich aus einem schwierigen historischen Erbe, insbesondere aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben haben.
- Bei den Verlusten durch die Vertreibung ging es nicht nur um die Grundlagen materieller Existenz, es geht auch um ein Gebiet, das große Leistungen und Beiträge zu deutschen Kultur- und Geistesleben erbracht hat. Die Bundesregierung will dieses kulturelle Erbe zusätzlich pflegen helfen.
- Für die materiellen Verluste der Vertriebenen hat die Bundesrepublik gewiß keinen auch nur annähernd vollen Ersatz schaffen können. In den meisten Fällen ist dennoch die wirtschaftliche Eingliederung gelungen. Persönliche Tüchtigkeit, Geschick, nicht zuletzt auch die günstige Wirtschaftsentwicklung in unserer Bundesrepublik haben dazu beigetragen. Diejenigen unserer Mitbürger aber, die den Krieg nicht mit dem Verlust der angestammten Heimat mit all ihren unwägbaren Quellen bezahlen mußten, bitte ich um ihr Verständnis und ihre Hilfe für alle, die bei uns noch immer nicht ganz zu Hause sind.
- Nach dem Abschluß des Vertrages mit Polen werden viele Familien die Aussicht haben, ihre dort lebenden Angehörigen bei sich aufnehmen zu können. Wie Sie wissen, treffen in diesen Tagen erste kleinere Gruppen in der Bundesrepublik ein. Die Umstellung auf das Leben bei uns wird manchen dieser Menschen zunächst nicht leichtfallen. Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder werden das ihnen Mögliche tun; es bedarf aber der Mitwirkung aller Mitbürger, um diesen Deutschen, die zu uns kommen, die Last der Eingewöhnung und des Neubeginns zu erleichtern.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland aber, woher sie auch stammen, rufe ich auf, das Ihre dazu zu tun, daß die Versöhnung mit dem polnischen Volk dauerhafte Wirklichkeit wird. Dies gilt gleichermaßen für den von uns angestrebten Ausgleich mit den Völkern der Tschechoslowakei, für die Aussöhnung und Zusammenarbeit mit dem Osten überhaupt.

VI.

Unsere Bemühungen, das Verhalten zu den osteuropäischen Staaten und zum anderen Teil Deutschlands zu normalisieren, haben in den letzten Monaten — abgesehen von dem legitimen Meinungsstreit über Inhalt und Form, der wird ja auch hier ausgetragen werden — zu recht heftigen Aktionen kleiner Gruppen geführt, deren Lautstärke in keinem Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke stand und steht. Diese Gruppen, die unter der mißbrauchten, in diesem Fall makabren Parole „Widerstand“ versuchen, auch einen Teil der Heimatvertriebenen für ihre Ziele zu mißbrauchen, repräsentieren nicht die Politik unseres Landes und nicht den Willen der Bevölkerung. Es handelt sich um eine Sammlung von Resten radikaler Organisationen, die mit immer neuen Methoden versuchen, unzufriedene Mitbürger für ihre verwerflichen Zwecke einzufangen.

Wir wissen, wie solche Aktionen auf dem Hintergrund der Geschichte bei unseren Nachbarn wirken, auch bei unseren Freunden im Westen. Die Untaten des Hitler-Regimes haben in der öffentlichen Meinung der Nachbarländer und darüber hinaus tiefe Spuren hinterlassen. Übernervöse Reaktionen in diesen Ländern mögen wir ablehnen, aber wir müssen sie deshalb doch zu verstehen versuchen, auch wenn sie nicht durch die Tatsachen gerechtfertigt sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die ganz überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung Ziele und Methoden der erwähnten Gruppen ablehnt, gerade weil viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger noch in Erinnerung haben, wie zerstörerisch solche Kräfte wirken können. Die Wahlen der letzten Zeit haben im übrigen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß unser Volk nicht gewillt ist, sich Extremisten und offensichtlichen politischen Abenteurern anzuvertrauen.

Wir haben uns mit Energie gegen jene zu wehren — mögen sie von der einen oder von der anderen Seite kommen —, die Gewalt und Terror zum Mittel politischer Auseinandersetzungen machen wollen. Und nationalistische Hetze verbietet sich darüber hinaus durch unsere bitteren Erfahrungen ebenso wie nach dem Auftrag unserer freiheitlichen Verfassung.

VII.

Es ist gesagt und geschrieben worden, das erste Jahr dieses neuen Jahrzehnts sei für manche im Hinblick auf die Ereignisse in Europa ein gewissermaßen „deutsches Jahr“ gewesen. Ich würde nach alter Berliner Manier sagen, ob es nicht auch eine Nummer

kleiner zu haben ist. Jedenfalls vergessen wir nicht, was sich aus den Anstrengungen vieler ergibt. Wir können jedoch ohne Selbstgefälligkeit sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei den schwierigen Bemühungen — sie bleiben schwierig — um einen gesicherten Frieden kein stiller Teilhaber ist, sondern eine treibende Kraft ist, und so soll es auch bleiben. Dies gilt in gleicher Weise für die westliche, zumal die westeuropäische Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn.

Unsere Politik leidet nicht an Gleichgewichtsstörungen. Die Förderung der westeuropäischen Zusammenarbeit, die Weiterentwicklung des Atlantischen Bündnisses und die Pflege bewährter Freundschaften bleiben das Fundament unserer Politik. Wir stehen mit beiden Beinen fest in der westlichen Gemeinschaft. Die enge und unauflösliche Partnerschaft mit unseren Freunden und Verbündeten ist nicht nur die Basis für unsere gemeinsamen Bemühungen um die Befriedung Europas, sie stellt auch einen großen Wert an sich dar.

Auf der anderen Seite können und wollen wir — wie unsere Partner im Westen — uns damit nicht zufrieden geben. Die Bundesrepublik hat in dem Prozeß, der letztlich auf Entspannung in Europa abzielt, eine abgestimmte, aber eigenständige Rolle übernommen. So wichtig es ist, daß wir mit unseren westlichen Partnern Hand in Hand gehen, so klar ist es auch, daß eine Reihe von Barrieren und Hindernissen nur von den Deutschen selbst, von uns selbst aus dem Weg geräumt werden können. Die Hinterlassenschaft des vom Deutschen Reich begonnenen und verlorenen Krieges müssen wir — wenn wir einen Neubeginn wollen — zu einem großen Teil selbst beseitigen. Die Überwindung der europäischen Spannungssituation wird auch von unserem eigenen Beitrag abhängen, zumal was die Herstellung eines tragbaren und verträglichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten in Deutschland angeht. Dies ist eine Aufgabe, die uns niemand abnehmen kann, sondern die wir selbst anzupacken haben. Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß wir von folgenden Tatsachen und Erwartungen ausgehen:

1. Das in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegte Recht auf Selbstbestimmung muß im geschichtlichen Prozeß auch den Deutschen zustehen.
2. Die deutsche Nation bleibt auch dann eine Realität, wenn sie in unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Ordnungen aufgeteilt ist.
3. Die auf Bewahrung des Friedens verpflichtete Politik der Bundesrepublik Deutschland erfordert eine vertragliche Regelung der Beziehungen auch zur DDR. Die in den 20 Punkten von

Kassel niedergelegten Grundsätze und Vertragselemente bleiben die für uns gültige Grundlage für Verhandlungen.

4. Der rechtliche Status von Berlin darf nicht angetastet werden. Im Rahmen der von den verantwortlichen Drei Mächten gebilligten Rechte und Aufgaben wird die Bundesrepublik Deutschland ihren Teil dazu beitragen, daß die Lebensfähigkeit West-Berlins besser als bisher gesichert wird.
5. Ein befriedigendes Ergebnis der Vier-Mächte-Verhandlungen über die Verbesserung der Lage in und um Berlin wird es der Bundesregierung ermöglichen, den am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten Vertrag mit der Sowjetunion den gesetzgebenden Körperschaften zur Zustimmung zuzuleiten.
6. Im gleichen zeitlichen und politischen Zusammenhang werden die gesetzgebenden Körperschaften über den am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichneten Vertrag mit der Volksrepublik Polen zu entscheiden haben.

Ich habe mich bemüht, sachlich zu berichten; denn ich bin davon überzeugt: Wir werden der Lage der Nation nur dann gerecht, wenn wir fähig sind, den Meinungsstreit so zu führen, daß er dem Gegenstand und unser aller Verantwortung gerecht wird.

Konfrontation und Kooperation

Rede in einer Feierstunde des American Council on Germany in New York zum Gedenken an den 17. Juni 1953

Dieser Kreis, in dem wir heute in New York beisammen sind, hat eine Tradition, die ich gern fortsetze: es ist ein Kreis, in dem man Freunden begegnet. Es sind Menschen hier, die für die Bundesrepublik Deutschland und für Berlin viel bedeutet haben und bedeuten; Menschen, die sich um die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten und Völkern besondere Verdienste erworben haben. Ich sehe Gesichter vor mir, die mir seit vielen Jahren vertraut sind und die man in meinem Lande kennt und nennt als bewährte Freunde.

Und gerade diese Freunde könnten gerade an diesem Tag die Frage stellen: Was bleibt von den Erfahrungen, die wir in den Nachkriegsjahren gesammelt haben? Was bleibt — auf den heutigen Tag bezogen — von dem, was wir mit der Erinnerung an den 17. Juni 1953 verbinden? Sie können weiter fragen, ob unsere heutige Politik — die Politik der Allianz, der Westeuropäer, der Bundesregierung — sich nicht zu weit entfernt habe von den früher gewonnenen gemeinsamen Erkenntnissen. Ob die jetzige Politik nicht sogar im Widerspruch stehe zu Vorstellungen, die wir miteinander entwickelten, zu Idealen, die uns gemeinsam sind. Nun, lassen Sie mich ohne Umschweife sagen: Der 17. Juni war schon 1953 ein schwieriger Tag: als die arbeitenden Menschen für bessere Arbeitsbedingungen und für freie Wahlen demonstrierten; als die Straßen voll waren in Ostberlin; als die sowjetischen Panzer auffuhren; als das Standrecht verhängt wurde; als meine Landsleute die Fäuste geballt in den Taschen hielten und von West-Berlin hinüberschauten; als es noch keine Mauer gab; als die Schutzmächte ebenfalls zuschauten und in Sorge um den Frieden wohl auch nichts anderes tun konnten.

Der 17. Juni ist ein schwieriger Tag geblieben. Diejenigen, die in Ostberlin und in der DDR diesen Tag aus der endlosen Kette der namenlosen Tage herausgehoben haben, arbeiten heute wie an jedem anderen Tage. Diejenigen in der Bundesrepublik, die die Ereignisse des 17. Juni am nächsten Tage in der Zeitung lasen, erfreuen sich seitdem des arbeitsfreien Tages. Man scheut sich fast, es zu sagen, aber es ist so: Aus dem Opfer anderer ist bei uns geworden, was man „sozialen Besitzstand“ nennt.

Niemand kann tiefer durchdrungen sein von der Überzeugung als wir, die wir politische Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland tragen, daß Geschichte nicht auszulöschen ist. Das

ist zum Teil eine Last. Es ist in diesem Falle eine ermutigende Gewißheit.

Was Westeuropa wieder wurde nach 1945, das wurde es durch die Hilfe und den Schutz der Vereinigten Staaten. Und dies gilt verstärkt für die Bundesrepublik Deutschland. Der Marshallplan schuf ihr die Möglichkeit, aus Trümmern eine funktionierende Wirtschaft zu errichten. Die Atlantische Allianz gab ihr Schutz. Sicherheit und ökonomisches Wachstum bildeten die Basis, um nach innen Stabilität und nach außen einen Platz in der internationalen Politik zu gewinnen. Dieser Teil unserer Geschichte ist ebenfalls unverlierbar.

Wenn man sich fragt, was sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten verändert hat, so erweist sich: Es haben sich zweifellos wichtige Entwicklungen vollzogen, aber gewisse Grundtatbestände sind unverändert geblieben. Westeuropa ist stärker geworden. Es befindet sich auf dem Wege zu einer erweiterten wirtschaftlichen Gemeinschaft, die auch in ein enges politisches Zusammenwirken führen wird. Im Ost-West-Verhältnis hat sich die Konfrontation gemildert, ein begrenzter Ausgleich erscheint möglich. Aber die Grundtatsachen im Verhältnis zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten bestehen nach wie vor: beide brauchen einander, heute wie vor zwanzig Jahren. Beide brauchen das Gleichgewicht der Kräfte im Verhältnis zur östlichen Welt. Und ich meine: Die prinzipielle Übereinstimmung der Interessen — und nach jahrzehntelanger Partnerschaft auch wesentlicher Überzeugungen — reduziert partielle Schwierigkeiten auf das richtige Maß.

Wir in Deutschland genießen den Schutz einer Weltmacht und haben Verständnis für die Sorgen einer Weltmacht. Wir haben auch Verständnis dafür, daß sich die Vereinigten Staaten entlasten wollen und daß die amerikanische Wirtschaft keine Nachteile durch die EWG haben will. Die westeuropäische Einigung — die nun nach Jahren der Stagnation endlich vorankommt — darf nicht zu einer westeuropäischen Abkapselung führen. Dies liegt im gemeinsamen Interesse. Und ich bin sicher, daß wir Lösungen finden, um die unvermeidlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die westeuropäische Einigung wird das politische Gewicht Westeuropas erhöhen. Westeuropa wird versuchen, und hat schon damit begonnen, die Auffassungen seiner Mitglieder zu politischen Fragen aufeinander abzustimmen. Die Gemeinschaft entwickelt sich zu einem Partner, der im Laufe dieses Jahrzehnts auch politisch zunehmend mit einer Stimme sprechen will. Er wird dann eine Mitverantwortung tragen, die auch zu einer Verringerung der Lasten für die Vereinigten Staaten führen wird.

Ich will darauf hinweisen, daß die Atlantische Allianz in den letzten Jahren nicht schwächer geworden ist, sondern daß ihre innere Geschlossenheit zugenommen hat. Politisch hat man sich vor mehr als zwei Jahren darauf verständigt, daß effektive Verteidigung und das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Und im vorigen Jahr hat es auch vom Prinzip her wichtige Ansätze dazu gegeben, die praktische Verantwortung der europäischen Partner innerhalb der Allianz zu verstärken.

Es gibt, ausgehend von der gemeinsamen Sicherheit, ein weiteres Feld, das zu einer gemeinsamen Entlastung führen kann. Das militärische Gleichgewicht wird als Friedensgarantie für Europa nicht entbehrlich, aber es läßt sich vielleicht herabstufen. Es geht um die garantierte Verringerung der Gefahren. Wir haben schon seit Jahren für Verhandlungen über einen wechselseitigen, gleichgewichtigen Abbau der Truppenstärken in Europa plädiert und begrüßen es, daß Vorbereitungen für Verhandlungen darüber in der Allianz eingeleitet worden sind. Wir teilen die Bürden der militärischen Anstrengungen, die eine unerläßliche Voraussetzung für aussichtsreiche Verhandlungen bleiben. Wir wollen auch die Entlastung der Bürden im Falle erfolgreicher Verhandlungen teilen.

Dieses Thema kann natürlich nicht isoliert werden von den Versuchen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zu einer Begrenzung der Rüstungsanstrengungen zunächst auf dem Gebiet der strategischen Abwehrwaffen zu kommen. Wer den weltpolitischen Zusammenhang wird feststellen, daß die Politik meiner Regierung weder ein Alleingang ist noch eine Konkurrenz, sondern daß sie eine logische Ergänzung und Fortsetzung dessen darstellt, worum sich unsere Verbündeten bemühen. Das Ziel ist, den unerläßlichen deutschen Beitrag zu einer Entspannung zwischen Ost und West zu leisten.

Unsere Politik beschränkt sich nicht darauf, anderen zu applaudieren, wenn sie vom Frieden reden. Wir fragen uns, was man selbst tun kann, um Spannungen abzubauen, Bereiche sachlicher Zusammenarbeit zu erschließen und so den Frieden sicherer zu machen.

Ich denke, es ist notwendig, an zweierlei nachdrücklich zu erinnern:

1. daß unsere Bemühungen um Ostverträge eine Konsequenz der in den 50er Jahren abgeschlossenen Westverträge und der Erfahrungen sind, die in den 60er Jahren mit der Konfrontation gemacht werden mußten;
2. daß die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland einge-

bettet sind in gleichgerichtete Anstrengungen ihrer Partner und Freunde.

Die Bundesrepublik Deutschland holt nun in gewisser Hinsicht die Normalisierung ihres Verhältnisses zu den Staaten Osteuropas nach, die ihre Verbündeten bereits vollzogen haben. Sie respektiert, daß die Grenzen dort verlaufen, wo sie sind. Sie erkennt an, daß es einen politischen Westen, einen politischen Osten gibt; daß es Gesellschaftssysteme gibt, die man nicht mischen kann. Sie ist sich bewußt, daß es zwischen Demokratie und Kommunismus eine unverwischbare Abgrenzung gibt. Und daß schließlich, so sehr uns das schmerzt, die Teilung der deutschen Nation nur soweit überwindbar geworden ist, wie es gelingt, die Teilung Europas zu überwinden. In dieser, wie gesagt, schmerzhaften Erkenntnis sind sich Regierung und Opposition in der Bundesrepublik Deutschlands übrigens im wesentlichen einig.

Wir werden in diesem Jahr zum zehntenmal den 13. August vorbeigehen lassen müssen, ohne daß sich an der Mauer in Berlin etwas geändert hat. Es hat sich nichts geändert an ihrer Absurdität, an ihrer Widernatürlichkeit, an ihrer Grausamkeit und an ihrer Existenz. Das, was hinter jener Mauer liegt, ist ein Teil von Berlin, ein Teil von Deutschland, und dennoch ist es ein eigener Staat geworden. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es einer nicht nur in der Vergangenheit verhafteten Einstellung zur Teilung Deutschlands bedarf. Wir haben gegen sie protestiert, und das war richtig. Wir werden es weiter tun. Wir haben uns gegen sie gewehrt, und das war unser gutes Recht. Wir haben sie beklagt, und das bleibt verständlich. Aber all das reicht nicht. Das Anrennen gegen Mauern wird sinnlos, wenn sie aus weltpolitischem Zement errichtet sind. Der Protest oder die Klage werden peinlich, wenn sie in Selbstmitleid oder in Resignation enden. Unmenschliche und unnötige Folgen der Spaltung sind zu überwinden, das ist die Herausforderung, der wir uns zu stellen haben. Im Schatten der Berlin-Verhandlungen hat unser Meinungs- austausch mit der DDR begonnen. Er kann heute nicht die staatliche Einheit zum Gegenstand haben. Was aus Deutschland als Ganzem wird, hängt von der künftigen Entwicklung zwischen Ost und West und zwischen den Teilen Europas ebenso ab wie vom künftigen Willen des deutschen Volkes.

Wir sind bestrebt, unser Verhältnis zur DDR zu regeln, und zwar in der zwischen Staaten üblichen verbindlichen Form. Die Begegnungen von Erfurt und Kassel im vorigen Jahr führten noch nicht zu wesentlichen Ergebnissen. Der seit einigen Monaten zwischen Vertretern der beiden Regierungen geführte Meinungs- austausch

erfolgt sachlich, aber er berechtigt noch nicht zu Ankündigungen. Das von der Führung der DDR neuerdings wieder betonte Programm der „völligen Abgrenzung“ gegenüber der Bundesrepublik ist gewiß nicht hilfreich; es zeugt auch nicht von ausgeprägtem Selbstbewußtsein. Aber gerade deswegen sage ich: Die unverkennbaren und unverwischbaren Gegensätze brauchen kein Hindernis für die Schaffung von vertraglich geregelten Beziehungen zu sein, die den Interessen der beiden Staaten und der betroffenen Menschen entsprechen. Wir sind jedenfalls bereit, ohne Verwischung der Gegensätze den begonnenen Prozeß fortzusetzen. Aus der vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten wird sich dann auch ihr friedlicher Wettbewerb auf der internationalen Ebene ergeben. Zwischen beiden Staaten in Deutschland muß sich zunächst wenigstens soviel an Beziehungen erreichen lassen wie sie zwischen anderen Staaten West- und Osteuropas bestehen. Der Zustand, daß die Staaten auf deutschem Boden die schlechtesten Beziehungen haben — mit einer Vielzahl vermeidbarer Belastungen für die Menschen —, darf nicht von Dauer bleiben. Die Gemeinsamkeit der Sprache, Kultur und Geschichte, aber auch die Verantwortung für die Zukunft und den Frieden in Europa, dies alles kann auf die Dauer nicht trennen, sondern es erlegt beiden Seiten Verantwortung auf. Beide Seiten stehen insoweit objektiv vor den Aufgaben, die sich damit stellen.

Wir machen uns keine Illusionen. Entspannung oder sogar Kooperation sind nicht Fragen eines einmal zu fassenden Beschlusses, sondern Prozesse, die ihre Zeit brauchen. Nur in der Theorie schließen sich Konfrontation und Kooperation aus. In der Praxis werden sie lange nebeneinander existieren zwischen Ost und West, in der Welt und in Deutschland. Die Auseinandersetzung — politisch und ideologisch — wird die Politik in Europa und in Deutschland nach wie vor bestimmen. Wir können unsere Pflicht für Europa und den Frieden nur im Rahmen unserer Allianz erfüllen. Und die DDR ist hineingestellt in die militärischen, ökonomischen und sonstigen Bindungen des Warschauer Paktes. Ein polnischer Journalist bemerkte kürzlich, mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 12. August vergangenen Jahres sei die Nachkriegszeit beendet worden. Nun, die Chance, trotz aller Schwierigkeiten zu einem Europa der jedenfalls partiellen Zusammenarbeit zu kommen, war gewiß noch nie so groß während der vergangenen zwanzig Jahre. Die Aufgabe beider Staaten in Deutschland ist es, diese Chance nicht zu zerstören, diesen Prozeß nicht unnötig zu erschweren, sondern ihren spezifischen Beitrag zu leisten.

Unsere Verträge von Moskau und Warschau ebnen dazu den Weg. Die Sowjetunion nimmt in unseren Bemühungen den Platz ein, der ihrer politischen Bedeutung entspricht. Aber alle unsere Bemühungen und alle Anstrengungen unserer Freunde und Verbündeten wären zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelänge, den Punkt an der Entspannung in Europa teilnehmen zu lassen, der lange Zeit die Spannung symbolisiert hat: Berlin.

Berlin, das ist die deutsche Hauptstadt, von der Hitler seinen Krieg begann, von der aus namenloses Unglück über Europa gebracht wurde. Namenloses Unglück, auch für mein Volk. Es ist die Stadt, die am grausamsten darunter gelitten hat; bis zum heutigen Tage.

Berlin zu nennen heißt aber auch, an eines der stärksten Bindglieder zu erinnern, die zwischen diesem Land hier und dem demokratischen Deutschland bestehen, es heißt, die Erinnerung wachzurufen an einen der großen Erfolge, die westliche Entschlossenheit und westliche Geschlossenheit an einem geographisch ungünstigen Punkt erreicht haben.

Daß diese geteilte Stadt lebt und Vitalität ausstrahlt, verdankt sie den Garantien der Vereinigten Staaten und der britischen und französischen Verbündeten für die Integrität Berlins, und natürlich ebenso sehr dem Standvermögen und der Vitalität der Berliner selbst. Die Entschlossenheit aller Beteiligten beruht auf der Einsicht in die Bedeutung, die Berlin für Deutschland und für Europa hat, und darüber hinaus für die weltweiten Ost-West-Beziehungen.

Auch in Zukunft wird die Existenz West-Berlins von eben diesen Faktoren abhängen. Früher ging es darum, West-Berlin zu verteidigen. Heute geht es darum, zum erstenmal seit vielen Jahren, die Situation West-Berlins zu verbessern. Früher ging es darum, einig zu sein im Willen zur Abwehr. Heute geht es darum, einig zu sein in dem Willen zur Durchsetzung der unerläßlichen Bestimmungen für die Lebensfähigkeit der Stadt. Ich bin überzeugt, daß wir dies schaffen können.

Die besonderen Rechte der drei Schutzmächte müssen unangestastet bleiben, auch und gerade im Interesse West-Berlins. Die „drei essentials“, die Präsident Kennedy 1961 formulierte, müssen nicht nur verankert, sondern es muß auch ihre Anwendung gesichert werden.

Für alle Personen und Güter muß der Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin durch verbindliche Vereinbarungen der Vier Mächte und — gestützt darauf — der beteiligten deutschen Behörden unbehindert sein.

Die gewachsenen, mit Zustimmung der Drei Mächte entwickelten

Verbindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik müssen, ausgehend von der existierenden Situation, erhalten bleiben.

Die West-Berliner müssen auch wieder die Möglichkeit erhalten, den östlichen Teil der Stadt und deren Umgebung zu besuchen. Wir brauchen eine Vereinbarung, die nach allen gemachten Erfahrungen Berlin davon befreit, ein Punkt der Konfrontation oder gefährlicher Krisen zu sein. Wir brauchen eine Vereinbarung, die der Stadt ohne zeitliche Bindung die Perspektive einer soliden, sicheren Zukunft gibt.

Früher wurde an diesem Tag vor allem das Recht der Deutschen auf nationale Einheit betont. Zuwenig war wohl die Rede von der europäischen und weltpolitischen Verantwortung der Deutschen. Geschichtlich ist die Trennung Europas eine Folge von Hitlers Krieg. Es war gegen unseren Wunsch, aber es ist die Realität, daß die Deutschen heute in zwei Staaten leben. Dies mindert nicht ihre Verantwortung für den Frieden in Europa. Und deshalb ist dieser Tag für den deutschen Bundeskanzler der Tag des Bekenntnisses zur Verantwortung, das Mögliche zu tun, damit die Staaten in Europa einander näherkommen, neben- und miteinander leben können und unter ihnen und mit ihnen auch das deutsche Volk.

Es gibt Bereiche, in denen wir uns nicht vertreten lassen können, sondern in denen das Eis nur von uns selbst gebrochen werden kann. So hat eine feierliche Erklärung über die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen, wenn sie von der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen wird, ein besonderes Gewicht. So ist die Aussöhnung mit Polen ein spezifischer — wie ich meine auch moralischer — Beitrag zum europäischen Frieden. Das besondere Verhältnis zur Sowjetunion — nicht nur als eine der für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte — erfordert aus unserer Sicht besondere Bemühungen.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland war eine Zeitlang — wohl nicht ganz ohne Grund — dem Vorwurf ausgesetzt, es werde zuwenig getan, um die Entspannung in Europa zu fördern. Seitdem nun werden wir manchmal gefragt, ob wir in östlicher Richtung nicht vielleicht zuviel des Guten getan hätten. Lassen Sie mich dazu sagen:

Wir bemühen uns um das erforderliche Augenmaß und die gebotene Nüchternheit. Wir jagen keinen Illusionen nach, und wir opfern keine bewährten Freundschaften. Ich meine jedoch: Es war notwendig und 25 Jahre nach Kriegsende an der Zeit, mit dem Versuch einer Bereinigung zu beginnen.

Lassen Sie mich in allem Freimut hinzufügen: Solange militäri-

sche Machtmittel vorhanden sind, die ausdrücklich oder vorwiegend der Politik der Mächte Nachdruck verleihen sollen, solange kann auch der friedliebendste Staat nicht darauf verzichten, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität durch eigene militärische Anstrengungen zu schützen. Wir sind uns mit unseren Verbündeten einig, daß militärische Bereitschaft und eine Politik der Entspannung einander ergänzen müssen.

Ich bin dankbar dafür, daß ich dies heute in New York sagen durfte. Unsere Freunde können sich auf uns verlassen. Gemeinsam haben wir Zeiten der Konfrontation bestanden, gemeinsam werden wir auch Zeiten der Verhandlungen durchschreiten und gemeinsam eine Situation erreichen, in der das Wort Kooperation größer geschrieben werden wird.

„Friedenspolitik in unserer Zeit“

Vortrag des Bundeskanzlers Willy Brandt am 11. Dezember 1971 in Oslo
anlässlich der Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1971

I.

Der Friedens-Nobelpreis 1971 ist einem aktiven Politiker zuerkannt worden; also kann nur sein weitergehendes Bemühen, nicht eine abgeschlossene Leistung gewürdigt worden sein.

Gestern habe ich danksagen dürfen, heute will ich über Friedenspolitik in unserer Zeit sprechen. Über meine Erfahrungen und natürlich darüber, was mein eigenes Land tun kann. Auch über das, was wir in Europa und von Europa aus für die Welt tun können. Es ist wenig genug, wie unsere Ohnmacht angesichts des neuen Krieges zwischen Indien und Pakistan verrät.

Meine Grundsätze will ich gerade jetzt deutlich unterstreichen: Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse läßt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muß dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern.

Außenminister Walter Scheel und ich lassen uns davon leiten, daß es nicht genügt, friedfertige Absichten zu bekunden, sondern daß wir uns aktiv um die Organisation des Friedens zu bemühen haben.

Krieg führen — Frieden halten; unser Sprachgebrauch zeigt an, welche Herausforderung der Frieden ist, sobald wir ihn als eine permanente Aufgabe begreifen.

Wie man dem Krieg wehren kann, ist eine Frage, die zur europäischen Tradition gehört — Europa hat stets Grund genug gehabt, danach zu fragen. Der Politiker, der im täglichen Widerstreit der Interessen der Sache eines gerechten Friedens zu dienen sucht, zehrt von den ideellen Kräften, die die Generationen vor ihm ausgeformt haben. Bewußt oder unbewußt wird er von ihnen geleitet.

Unsere ethischen und sozialen Begriffe sind durch zwei Jahrtausende Christentum vor- und mitgeprägt. Und das heißt — trotz vieler Verirrungen unter dem Feldzeichen des bellum justum, des „gerechten Krieges“ — immer wieder neue Versuche und Anstrengungen, um zum Frieden auch auf dieser Welt zu gelangen. Unsere zweite Quelle ist der Humanismus und die ihm verbundene klassische Philosophie. Immanuel Kant verband seine Idee der

verfassungsmäßigen Konföderation von Staaten mit einer uns Heutigen sehr deutlichen Fragestellung: Die Menschen werden eines Tages vor der Wahl stehen, entweder sich zu vereinigen unter einem wahren Recht der Völker, oder aber ihre ganze in Jahrtausenden aufgebaute Zivilisation mit ein paar Schlägen wieder zu zerstören; und so wird die Not sie zu dem zwingen, was sie besser längst aus freier Vernunft getan hätten.

Eine dritte starke Quelle ist der Sozialismus mit seinem Streben nach gesellschaftspolitischer Gerechtigkeit im eigenen Staat und darüber hinaus. Und mit seiner Forderung, daß die Gesetze der Moral nicht nur zwischen einzelnen Bürgern, sondern auch zwischen Völkern und Staaten gelten sollen.

Friedenspolitik ist eine nüchterne Arbeit. Auch ich versuche, mit den Mitteln, die mir zu Gebote stehen, der Vernunft in meinem Lande und in der Welt voranzuhelfen: Jener Vernunft, die uns den Frieden befiehlt, weil der Unfriede ein anderes Wort für die extreme Unvernunft geworden ist.

Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio. Auch wenn das noch nicht allgemeine Einsicht ist: Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche.

Was in Deutschland zwölf Jahre lang in extremer Zuspitzung Realpolitik genannt wurde, hat sich als höllische Chimäre erwiesen. Heute sind wir dabei, mit uns selbst und mit der Welt ein erträgliches Gleichgewicht zu finden. Wenn in der Bilanz meiner politischen Wirksamkeit stehen würde, ich hätte einem neuen Realitätssinn in Deutschland den Weg öffnen helfen, dann hätte sich eine große Hoffnung meines Lebens erfüllt.

Ich sage hier wie zu Hause: Ein guter Deutscher kann kein Nationalist sein. Ein guter Deutscher weiß, daß er sich einer europäischen Bestimmung nicht versagen kann. Durch Europa kehrt Deutschland heim zu sich selbst und den aufbauenden Kräften seiner Geschichte. Unser Europa, aus der Erfahrung von Leiden und Scheitern geboren, ist der bindende Auftrag der Vernunft.

II.

Unter der Drohung einer Selbstvernichtung der Menschheit ist die Koexistenz zur Frage der Existenz überhaupt geworden. Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zur einzigen Chance zu überleben.

Womit hatten wir es in den letzten 25 Jahren in Europa vor allem zu tun? Einmal mit einem imponierenden Wiederaufbau, zum anderen mit fortgesetzten Spannungen. Der Ost-West-Konflikt — dessen Ursachen im wesentlichen nicht im Westen lagen — hat viele Kräfte gebunden. Ich habe diese Zeit am Schnittpunkt Berlin

intensiv miterlebt. Lassen Sie mich gleich hinzufügen: Ich habe meine Aufgabe dort — gerade in den sehr „militanten“ Jahren — immer auch in ihrer friedenssichernden Wirkung gesehen. Es war und ist meine Überzeugung: Hätte sich der Westen aus meiner Stadt vertreiben lassen, wäre dies nicht nur ein Unglück für die unmittelbar betroffenen Menschen gewesen, nicht nur ein schwerer Schaden für die Bundesrepublik Deutschland, Westeuropa und die Vereinigten Staaten, sondern es hätten sich daraus mit großer Wahrscheinlichkeit sehr gefährvolle Konsequenzen für den Frieden ergeben. So war es nicht nur bei Stalins Blockade 1948, sondern auch nach Chruschtschows Ultimatum 1958.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die behaupten oder gar meinen, sie hätten immer recht gehabt. Mein Lebensweg verlangte, die eigene Position immer wieder zu durchdenken. Doch kann ich sagen, daß ich mich seit meiner Jugend von solchen Grundüberzeugungen habe leiten lassen, die zur guten Nachbarschaft führen sollen — im Innern und nach außen.

Als Berliner Bürgermeister habe ich erfahren, wie zugespitzte Lagen auf unser Denken einwirken. Ich habe dabei auch gewußt, daß Standhaftigkeit dem Frieden dient.

Über die Krisenjahre 1961 und 1962 ist viel geschrieben worden. Vielleicht kann ich ein paar zusätzliche Hinweise geben. Der Bau der Mauer hatte eine Seite, die am stärksten ins Auge fiel: die absurde Teilung dessen, was vom Gesamtorganismus einer Millionenstadt intakt geblieben war. Mit all den beklagenswerten Folgen, die sich daraus für die Menschen ergaben.

Daneben gab es die weltpolitische Seite dieses tiefen Einschnitts. Die Westmächte standen ohne Schwanken zu ihrem Schutz für West-Berlin. Aber sie fanden sich wohl oder übel damit ab, daß ihr Gegenpart allein über Ost-Berlin verfügte. Kein Viermächte-Status änderte etwas daran, daß die Mauer zur Trennungslinie zwischen den atomar gerüsteten Supermächten geworden war. Und niemand, der Verantwortung trug, hat verlangt, die Westmächte sollten militärische Macht einsetzen und einen Krieg riskieren, um ihren Anteil an einer ursprünglich gemeinsamen Verantwortung zu wahren.

Es gab noch einen anderen Aspekt, den der verbal überspielten Ohnmacht. Die Berufung auf Rechtspositionen, die sich nicht verwirklichen ließen. Das Planen von Gegenmaßnahmen für jeweils andere Situationen als die, mit denen man es zu tun hatte. In kritischen Lagen war man auf sich selbst gestellt; die Verbalisten hatten einem nichts zu bieten.

Leidenschaftliche Proteste waren berechtigt, auch notwendig, aber sie änderten nichts an der Lage. Die Mauer blieb; man mußte

mit ihr leben, und ich habe Polizei aufbieten müssen, damit junge Demonstranten nicht in ihr Unglück rannten. Die Behinderung auf den Zufahrtswegen nach Berlin blieben. Der Graben, der Deutschland trennte, von Lübeck bis zur tschechoslowakischen Grenze blieb und wurde tiefer. Das Spiel mit den Trümpfen, die keine sind, wie Golo Mann formuliert hat, änderte nichts. Man mußte die politischen Möglichkeiten neu durchdenken, wenn man für die Menschen etwas erreichen und den Frieden sicherer machen wollte.

Die Kuba-Krise zeigte, dramatischer und mit höherem Einsatz, die Abgrenzung und die sich wandelnden Beziehungen zwischen den Atomgiganten.

Anfang Oktober 1962 besuchte ich John F. Kennedy. Er sprach von der Gefahr, die von gegen die USA gerichteten Raketenbasen ausgehen würde. Ich stand unter dem Eindruck, daß die Gefahr einer Fehlkalkulation nicht auszuschließen sei; es gab Truppenkonzentrationen um Berlin. Als der Präsident in der Nacht zum 23. Oktober seine bitterernste Kuba-Rede hielt, stellte er zweimal den Zusammenhang mit Berlin her. Ich bestärkte ihn. Tatsächlich ist damals in unserem Teil der Welt alles ruhig geblieben. Die Kuba-Krise wurde durch verantwortungsbewußte Kaltblütigkeit beigelegt. Dies war eine wichtige Erfahrung und ein Wendepunkt.

Wenige Wochen zuvor hatte ich in Harvard über Koexistenz gesprochen. Von meiner Berliner Erfahrung ausgehend, sagte ich, ein realistisches Selbstbewußtsein brauche die Fühlung mit dem politischen und weltanschaulichen Gegner nicht zu fürchten. Die Unsicherheit der Zeit dürfe einen nicht selbst unsicher machen. Was nutze die Tuchfühlung, wenn man nicht bereit sei zu reden! Reden heiße aber doch auch verhandeln, mit der Bereitschaft zum Ausgleich, nicht zu einseitigen Konzessionen. Aktive Friedenspolitik bleibt ein langfristiger Test unserer geistigen und materiellen Lebenskraft.

III.

Der Einsicht in die Abgründe eines globalen Krieges folgte die Erkenntnis, daß Probleme globalen Ausmaßes uns bedrängen: Hunger, Bevölkerungsexplosion, Umweltgefahren, Abnahme der natürlichen Vorräte. Diese Dimensionen kann nur ignorieren, wer den Untergang dieser Welt akzeptiert oder gar mit Wollust erwartet.

In unseren Jahren liefern die Gelehrten uns Bücher, die ausgezeichnet sind durch Sachkenntnis und tiefen Ernst. Da geht es nicht mehr nur um die Gegensätze zwischen Ideologien und Ge-

sellschaftssystemen; da geht es um die Zukunft des Menschen, und ob er überhaupt eine Zukunft hat. Da geht es um Aufgaben, die die Grenzen jedes Staates und Kontinents überschreiten. Da wird Politik selber zur Wissenschaft; und diese Wissenschaft ist eine, an der gerade die reichen, die zivilisatorisch überlegenen Mächte gemeinsam teilnehmen müssen; es kann sie kein Staat mehr für sich allein betreiben.

Wir bedürfen des Friedens nicht nur im Sinn eines gewaltlosen Zustandes. Wir bedürfen seiner als Voraussetzung für jene rettende Zusammenarbeit, die ich meine. So wie sie den Frieden voraussetzt, so kann sie auch Frieden schaffen helfen. Denn da, wo rettende Zusammenarbeit ist, da ist Friede, da stellt auch Vertrauen mit der Zeit sich ein. Mein Land ist keine „große“ Macht mehr und kann es nicht mehr sein. Aber eine wirtschaftliche, wissenschaftliche Macht ist es ja wohl; und ich glaube, ich darf versichern, daß wir alle — worüber sich Regierung und Opposition sonst auch streiten mögen — zu einer solchen Zusammenarbeit bereit sind, jederzeit und überall.

Ich habe von ein paar Aspekten dessen gesprochen, was man heute Friedensforschung nennt. Tatsächlich ist eine neue Qualität der internationalen Politik seit mehr als einem Jahrzehnt erkennbar geworden. Der kalte Krieg mit seiner sterilen Paradoxie, die Grenzen erstarren zu lassen, ohne die Gefahren des Zusammenstoßes zu verhindern, zeigte keinen Ausweg. Man begann, die extremen Gefahren zu kontrollieren, die Spannungen abzubauen. Man lernte in Kuba und Berlin, Konflikte zu beherrschen. De Gaulle und Nixon setzten den Kurs auf Kooperation statt Konfrontation. Breschnew und Kossygin steuerten auf ihre Weise ein neues Verhältnis zum Westen an.

Im kleinen habe ich vor acht Jahren als Regierender Bürgermeister der Erkenntnis gemäß gehandelt, daß kleine Schritte besser sind als keine Schritte. Als Hunderttausende nach Jahren der Trennung ihre Angehörigen zu Weihnachten besuchen konnten, durch Passierscheine, war dies in der Nußschale die Anwendung der Erkenntnis, daß es eine neue, nur scheinbare Paradoxie geben kann, die sich segensreich auswirkt: Durch das Erkennen der Lage, wie sie ist, die Lage zu verbessern.

Von damals und den in Harvard entwickelten Vorstellungen der Koexistenz als Herausforderung, über die Tätigkeit als Außenminister, die Regierungserklärung vor mehr als zwei Jahren, die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin wird man keine Überraschungen auf meinem Weg finden. Keine Illusionen, keine Schaukelpolitik. Ich versuche allerdings zu tun, was ich gesagt habe.

Aktive Koexistenz-Politik darf weder von Furcht noch von Vertrauensseligkeit getragen sein. Ich weiß, daß das westliche Bündnis funktionieren würde; das potentielle Gegenüber wird sich darüber keine Illusionen machen. Aber auch das phantasielose Prinzip ist abzulehnen, nämlich, Staaten unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Verfassung könnten nicht ohne ernste Konflikte nebeneinander leben.

Wenn das Nebeneinander organisiert ist, sicher durch Ausschluß von Gewalt für alle, dann muß die Organisierung des Miteinander beginnen. Dieser Wille wäre zum Scheitern verurteilt, wenn in ihm der Hintergedanke eines Kreuzzuges in neuer Form maßgebend wäre. Es gilt die Abgrenzung durch die ideologischen Gegensätze, und es wird sie weiter geben. Aber es ist ein Fortschritt, wenn mehr von den Interessen als von der Ideologie gesprochen wird. Es ist ermutigend, wenn Dialoge an die Stelle von Monologen in den Ost-West-Beziehungen treten, um jene Probleme zu lösen, die trotz aller weiterbestehender Gegensätze gemeinsame Interessen berühren.

Gemeinsame Probleme lösen heißt Bindungen und Verbindungen schaffen durch sinnvolle Kooperation der Staaten über die Grenzen der Blöcke hinweg. Dies heißt, Transformation des Konflikts. Dies heißt, wirkliche oder eingebildete Barrieren abtragen bei gegenseitigem friedlichem Risiko. Dies heißt, Vertrauen schaffen durch praktisch funktionierende Regelungen. Und dieses Vertrauen mag dann die neue Basis werden, auf der alte, ungelöste Probleme lösbar werden. Diese Chancen zu nutzen, kann die Chance Europas sein in einer Welt, in der erwiesen ist, daß sie nicht allein von Washington, von Moskau — oder von Peking — regiert werden kann. So unverkennbar groß das Gewicht der Supermächte ist, so unbestreitbar bleibt, daß gleichzeitig weitere Kraftfelder entstehen. Hat es überhaupt Sinn, Zukunftsrechnungen aufzustellen: Dann und dann wird es soundsoviele Großmächte geben? Unsere Welt steht im Zeichen der Vielzahl und des Wandels. Auch kleine Völker haben ihr Gewicht im großen Spiel; auch sie können Macht sein auf ihre Art; sie können helfen, sich und anderen; sie können auch sich und andere gefährden.

Das Einrücken der Volksrepublik China in die organisierte Staatengemeinschaft bedeutet nach meinem Verständnis keinen Übergang zur Tripolarität; es gibt mehr weltpolitische Kraftzentren als zwei oder drei. Aber es hat, von manchem anderen abgesehen, gewiß seine Bedeutung, daß das große China Entwicklungsland und Atommacht zugleich ist. Und daß bei den sich immer noch anhäufenden Problemen in der Dritten Welt die Enttäuschung über die Industriestaaten zunimmt.

Europa, das seine ungebrochene Lebenskraft nach dem letzten Krieg bewies, hat seine Zukunft nicht hinter sich. Es wird sich im Westen über die Wirtschaftsgemeinschaft hinaus — im Sinne Jean Monnets — in einer Union zusammenfinden, die auch ein Stück weltpolitischer Verantwortung übernehmen kann, unabhängig von den USA, aber — wie ich sicher bin — fest mit ihnen verbunden. Gleichzeitig gibt es Chancen für gesamteuropäische Kooperation und Friedenssicherung, vielleicht so etwas wie eine europäische Partnerschaft für den Frieden; wenn ich nicht wüßte, welche praktischen und ideellen Hindernisse noch zu überwinden sind, würde ich hier sogar von einem europäischen Friedensbund sprechen.

IV.

Ich bin mir wohl bewußt, daß wir Deutschen in den Annalen des Nobelpreises auf den Gebieten der Chemie und der Physik besser abgeschnitten haben als auf dem des Friedens. Doch sind wir aber auch hier vertreten. Der Krieg hat immer nach dem Frieden gerufen. Auch in meinem Land hat es zumal an mutigen Theoretikern des Friedens nicht gefehlt.

Ich erinnere an den Friedenspreisträger des Jahres 1927, Professor Ludwig Quidde. Von seinen Einsichten als Geschichtsforscher hatte er sich der internationalen Antikriegsbewegung verschrieben und war viele Jahre hindurch der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft. Im Ersten Weltkrieg wirkte er für den Bund Neues Vaterland — eine feine Camouflage für Europa —, dessen Geschäftsführer der spätere Berliner Bürgermeister Ernst Reuter war und zu dessen ersten Mitgliedern Albert Einstein gehörte. Schon seit 1907 Mitglied des Bayerischen Landtages und dann 1919/20 der Weimarer Nationalversammlung, trat Quidde für Schiedsgerichtsbarkeit und Völkerbund ein. Er hat demokratische Zivilcourage unter Opfern vorgelebt; er starb im Exil.

Äußerlich sichtbarer ist meine Verbindung mit dem ersten deutschen Friedens-Nobelpreisträger, mit Gustav Stresemann. Auch er war, als er den Preis empfing, aktiver Politiker. Gewiß, nicht nur nach den Zeitumständen, auch nach dem persönlichen und dem politischen Temperament trennt uns manches, und keine Rückbesinnung, die Würde hat, soll etwas künstlich einebnen. Und doch: Selten kann man etwas leisten ohne Vorgänger. Man muß dafür auch danken können.

Auf den Ersten Weltkrieg war wie auf den Zweiten ein kalter Krieg der Verdächtigungen und Bedrückungen gefolgt. Die Ära des Mißtrauens brachte die Völker Europas nicht weiter. Es war

Stresemann, der fünf Jahre nach dem Waffenstillstand die Einsicht vertrat und gegen Widerstände drinnen und draußen durchsetzte, daß das Beharren auf längst unterhöhlten Standpunkten unfruchtbar bleiben mußte. Er war der Meinung, daß erst eine Sicherheit des Vertrauens wiederhergestellt werden müsse, ehe sich die Dinge zum Besseren wenden könnten. Nicht alle dachten wie er. Viele glaubten, ehe sich nicht manches gebessert habe, dürfe man das Mißtrauen nicht aufgeben. Das war und ist ein Problem, damals wie heute. Der damalige Reichsaußenminister war nicht vertrauensselig. Aber er kämpfte — und dafür brauchte auch er Zivilcourage — für eine Politik der Verständigung, für seine Friedenspolitik.

Das Verhältnis, das damals der Krieg am stärksten belastet hatte, war das deutsch-französische. Nirgendwo war der Berg des Mißtrauens höher. Stresemann ging dagegen an, und er fand ein Echo auf der anderen Seite, bei demjenigen, mit dem zusammen er den Friedenspreis erhalten sollte, bei Aristide Briand. Was sie gemeinsam und — mit der Hilfe Englands — in Locarno erreichten, hat Stresemann an dieser Stelle so ausgedrückt: „Es ist einmal der Zustand des dauernden Friedens am Rhein, gewährleistet durch feierlichen Verzicht der beiden großen Nachbarnationen auf Anwendung von Gewalt, gewährleistet durch die Verpflichtung anderer Staaten, demjenigen ihre Macht zu leihen, der entgegen dieser feierlichen Vereinbarung Opfer der Gewalt wird.“

Sie werden verstehen, daß das, was mir diesen Satz so bedeutsam macht, der Begriff des Gewaltverzichts ist. Eine übelwollende Propaganda hat die deutsche Politik damals so mißverstanden oder mißdeutet, als habe man auf etwas verzichtet, was den Deutschen von Rechts wegen gehörte. In Wirklichkeit verzichtete man auf Gewalt, um den anderen das Gefühl der Sicherheit zu geben und eine Ära des Vertrauens zu eröffnen.

Jener Zustand des dauernden Friedens, von dem Stresemann sprach, er ist dann — wir alle wissen es — von denen wieder umgestoßen worden, die insgeheim auf die Gewalt nicht verzichtet hatten. Und doch war, so meine ich, das Werk von Locarno nicht vergeblich. Es hatte Bahnen vorgezeichnet, auf denen andere nach dem abermaligen Krieg gehen konnten.

Ich erinnere an Robert Schuman, so reich an generösen Ideen, auf französischer Seite; an Charles de Gaulle, den Staatsmann, der oft prophetischen Blick bewies; und auf der deutschen Seite an den konservativen und konstruktiven Politiker, Konrad Adenauer. Ihm ist es nicht nur vergönnt gewesen, im hohen Alter die Sehnsucht seines Lebens zu erfüllen und sein Deutschland mit

Frankreich zu versöhnen. Er hat auch das Seinige getan, um die Bundesrepublik zu einem ebenbürtigen Mitglied der werdenden Union Westeuropas wie des Atlantischen Bündnisses zu machen. Wie immer wir dies damals im einzelnen beurteilt haben mögen: Ohne das, was im Westen geschaffen wurde, könnten wir nicht tun, was wir heute im Osten erstreben.

Hier, im Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn, gab es nun die stärksten Belastungen, die höchsten Berge des Mißtrauens. Hier lag die Aufgabe unserer Zeit. Sie ist noch längst nicht bewältigt. Wir haben erst angefangen damit, aber wir haben es getan und konnten es nur tun auf den Bahnen, die andere vor uns als erste gewagt hatten.

Europäische Friedenspolitik lebt aus dem Geist der Geschichte. Dies klammert die dunkelsten Jahre nicht aus, sondern bezieht sie ausdrücklich ein. In jenen bösen Jahren des Hitlerregimes hat die Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Carl von Ossietzky viel bedeutet.

Zusammen mit Quidde war er in der Deutschen Friedensgesellschaft tätig gewesen. Mit seiner scharfen Feder stritt er gegen Militarismus und Nationalismus. 1921 schrieb er: „Es haben viele Nationen miteinander gekämpft, aber geflossen ist nur einerlei Blut: das Blut der Bürger Europas.“ Von ihm forderte die Zeit noch mehr als Zivilcourage, sie forderte von ihm das Leben.

Kurz vor der Verleihung versuchte einer der Gewalthaber von dem unbequemen Gefangenen die Zusage zu erpressen, daß er den Preis zurückweisen würde. Dann sollte er befreit, materiell sichergestellt und in Zukunft nicht mehr belästigt werden. Ossietzky sagte nein – und ging ins Gefängnis zurück. Ich war damals, als 22jähriger, „illegal“ in Berlin. Und gerade dort ging mir dies sehr nahe, nachdem ich an der „Kampagne“ unmittelbar beteiligt gewesen war.

Mit Carl von Ossietzky hat das Nobel-Komitee einen Verfolgten geehrt, der nicht hierher kommen durfte, um den Preis zu empfangen. Seine Ehrung war ein moralischer Sieg über die damals herrschenden Mächte der Barbarei. Ich möchte dem Nobel-Komitee heute im Namen eines freien Deutschlands dafür in aller Form einen späten Dank aussprechen.

Gleichzeitig möchte ich all denen meine Anerkennung sagen und meine Ermutigung geben, die sich um Menschen kümmern, die wegen ihrer Überzeugung gefangen gehalten oder auf andere Weise verfolgt werden.

Den Männern und Frauen des Widerstandes gegen Hitler bin ich gerade auch hier ein Wort tiefen Respekts schuldig. Ich grüße die ehemalige Résistance in allen Ländern.

Der deutsche Widerstand hat opfervoll für Anstand, Rechtlichkeit und Freiheit gekämpft. Er hat das Deutschland bewahrt, das ich als das meine empfinde und das mir mit der Auferstehung des Rechts und der Freiheit wieder ganz zur Heimat wurde.

Der gestrige Tag hat für mich auch den Sinn, daß er vor aller Welt offenkundig gemacht hat: Deutschland hat sich mit sich selbst versöhnt; es hat zu sich selbst zurückgefunden, so wie der Exilierte die friedlichen und menschlichen Züge seines Vaterlandes wiederentdecken durfte.

V.

Noch als Außenminister habe ich gesagt, daß die Politik unseres Landes sich eindeutig an dem einen Generalnenner Friedenssicherung zu orientieren habe. Der jetzige Bundesaußenminister und ich wissen natürlich, daß Friedenspolitik mehr bedeuten muß, als anderen zu applaudieren. Alle müssen sich fragen, was sie konkret beizutragen haben. Gerade ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland durfte nicht im Allgemeinen verharren; sie mußte sich zu ihrem spezifischen Beitrag äußern. Antworten, die wir selbst geben konnten, durften wir nicht anderen überlassen. Niemand kann uns dort etwas abnehmen, wo wir aufgrund der realen Lage unersetzbar sind.

Ich habe reale Lage gesagt. Die erkennt man nicht, wenn man der Selbsttäuschung unterliegt oder Politik mit Juristerei verwechselt. Der Krenl ist kein Amtsgericht, sagte Präsident Paasikivi, und das Bild ließe sich ausweiten, auch auf Washington. Ich wußte, daß die Rechnung für Hitlers Krieg noch offen war. Aber ich war und bin dennoch nicht gesonnen, über die Prinzipien der Menschenrechte und der Selbstbestimmung mit mir handeln zu lassen.

Von der realen Lage ausgehen, das hieß, niemandes territoriale Integrität in Frage zu stellen, sondern die Unverletzlichkeit der Grenzen anzuerkennen. Als wir den vertraglich organisierten Gewaltverzicht vorschlugen und die östlichen Nachbarn aufforderten, uns beim Wort zu nehmen, haben wir an das anknüpfen können, was andere Bundesregierungen vor uns gesagt und wozu sie sich in den Westverträgen verpflichtet hatten. Aus der Logik unserer Politik folgerte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die ihre Zuordnung zu den beiden Bündnisssystemen gefunden hatten.

Die Spannung – zwischen Friedenswillen und Selbstbehauptung – der der deutsche Politiker in der Zeit der Konfrontation unter-

worfen war, führte über leidenschaftliche Auseinandersetzungen zu wesentlichen Klärungen. Unsere West-Ost-Politik hat sich hieraus ergeben. Wir haben das Gebot der Selbstbehauptung ernst genommen, und den Gedanken der nationalen Einheit haben wir nicht verkümmern lassen. Sondern wir sind darangegangen, auch in unserem nationalen Interesse, unser Verhältnis zu Osteuropa neu zu ordnen. Dies ist keine einfache Folge von Maßnahmen und Verträgen, sondern ein breiter und vielgestaltiger Ablauf, der alle möglichen Wege zur Relativierung der Grenzen zu nutzen und neue Wege zu öffnen sucht.

Das Etikett „Ostpolitik“ sagt mir nicht zu. Aber wie will man etwas einfangen, was sich als Begriff selbständig gemacht und – wie „Gemütlichkeit“ unübersetzbar erscheinend – Eingang in die internationale Terminologie gefunden hat? Das Wort ist vorbelastet. Und es läßt die Fehleutung zu, als sei es mit der auswärtigen Politik wie mit einer Kommode, bei der man mal die eine, mal die andere Schublade aufzieht. In Wirklichkeit ist es so: Unsere Entspannungspolitik fing im Westen an und bleibt im Westen verankert. Wir wollen und brauchen die Partnerschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.

Niemand sollte übersehen: Die westeuropäische Einigung, an der wir aktiven Anteil haben, behält für uns Priorität. Das Atlantische Bündnis ist für uns unverzichtbar. Aber nicht nur die allgemeine weltpolitische Entwicklung, sondern auch die besondere Realität der Westverträge erfordern deren Ergänzung durch gute, normale, nach Möglichkeit freundliche Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Partnern im Warschauer Pakt. Darin bin ich mir einig mit Präsident Pompidou, mit den Premierministern Heath und Colombo, mit all unseren Freunden und Verbündeten.

Wir werden – weil es für uns selbst, für die Deutschen in den beiden Staaten der einen Nation, von Nutzen ist – unsere Verträge mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen ratifizieren. Ein entspanntes und ergiebiges Verhältnis auch zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes herzustellen, ist ein Ziel der Bundesregierung. Die Beziehungen zur DDR werden, allen Schwierigkeiten zum Trotz, auf dem Boden der Gleichberechtigung geordnet werden, und zwar in der zwischenstaatlich üblichen Form, aber auch in Respekt vor den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Die Verhandlungen der beiden deutschen Seiten zur Ausfüllung des Berlin-Abkommens der Vier Mächte haben gezeigt, daß schwierige Fragen sogar bei nicht zu vereinbarenden Rechtsauffassungen zu regeln sind.

Die Bundesrepublik kennt die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Mit dieser Einsicht verbunden ist das Bewußtsein, daß sie durchaus auch Macht hat und eine Macht ist – sie versteht sich mit allen ihren Kräften als eine Friedensmacht. Der Übergang von der klassischen Machtpolitik zur sachlichen Friedenspolitik, die wir verfolgen, muß als der Ziel- und Methodenwechsel von der Durchsetzung zum Ausgleich der Interessen begriffen werden. Dies erfordert Selbstüberwindung, Sachlichkeit und keine weniger sichere Einschätzung politischer Kräfte und Möglichkeiten, als sie die klassische Machtpolitik verlangt. Vom geheiligten Egoismus der Nation soll sie zu einer europäischen und globalen Innenpolitik führen, die sich für ein menschenwürdiges Dasein aller verantwortlich fühlt.

VI.

Wenn ich mich nun einigen Elementen eines möglichen europäischen Friedenspaktes zuwende, so halte ich mich nicht bei institutionellen Vorstellungen auf, die sich auf kürzere Sicht doch nicht verwirklichen lassen. Aber ich bekenne mich nachdrücklich zu den universellen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, so oft sie auch mißachtet werden. Sie haben in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck gefunden: Souveränität – territoriale Integrität – Gewaltlosigkeit – Selbstbestimmungsrecht der Völker – Menschenrechte.

Diese Grundsätze sind unabdingbar, auch wenn es an ihrer Erfüllung so oft mangelt da und dort; das weiß ich. Übrigens gehört es zu den Härten im Leben eines Politikers, besonders eines Regierungschefs, daß er nicht immer alles sagen darf, was er denkt; daß er, um des Friedens willen seinen Gefühlen nicht immer freien Lauf lassen kann.

Ich möchte im übrigen betonen, daß meiner Überzeugung nach die gesamteuropäische Sicherheit und Zusammenarbeit nicht beeinträchtigt wird, wenn die westeuropäische Einigung weiter vorschreitet. Westeuropa mit Einschluß Großbritanniens, also die sich erweiternde Gemeinschaft, formiert sich nicht als Block gegen den Osten, sondern kann – auch durch die Stärkung ihrer sozialen Komponente – zu einem besonders wichtigen Bauelement einer ausgewogenen europäischen Sicherheit werden. Fester Zusammenhalt im Innern steht nicht im Gegensatz zu großer Offenheit in der Zusammenarbeit nach außen.

Weiter will ich sagen: Europa und Amerika sind nicht zu trennen. Sie brauchen einander als selbstbewußte, gleichberechtigte Part-

ner. Unsere Freundschaft wird den Vereinigten Staaten um so mehr gehören, je schwerer dieses große Land an seinen Bürden trägt.

Die Punkte, die ich skizziere, gehen realistisch davon aus, daß wir die Welt mit ihren Ordnungen und Gedankenkräften zunächst so nehmen müssen, wie sie heute ist. Wohl wissend, mit wieviel Unvollkommenem wir es zu tun haben, muß trotzdem der Versuch gemacht werden, ein Gebäude des Friedens zu errichten, das gegenüber alten Systemen und Egoismen Bestand haben kann und das sich ausbauen läßt.

Erstens

heißt dies: Unsere gesamteuropäische Politik kann über die jahrhundertalten Identitäten von Nationen und Staaten nicht hinweggehen. Wir müssen vielmehr ein Gleichgewicht zwischen den Staaten und Staatengruppen schaffen und wahren, in dem die Identität und die Sicherheit eines jeden von ihnen geborgen sein kann. Ein solches Gleichgewicht muß aber mehr sein als nur ein ausgewogenes System militärischer Machtmittel.

Zweitens:

Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme. Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein. Unantastbarkeit der Grenzen kann jedoch nicht heißen, sie als feindliche Barrieren zu zementieren.

Drittens:

Über den allgemeinen Gewaltverzicht – sei er bilateral oder multilateral ausgesprochen – hinaus können wir mehr Sicherheit erreichen durch gleichberechtigte europäische Teilnahme an speziellen Vereinbarungen über Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. Über den ausgewogenen Abbau von Truppenstärken in der Mitte Europas muß konkret verhandelt werden.

Viertens:

Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten muß respektiert werden, aber Nichteinmischung ist nicht genug. Ein Europa des Friedens braucht die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen, denn das Ringen der Überzeugungen und Interessen wird weitergehen. Europa braucht Toleranz. Nicht moralische Gleichgültigkeit, sondern Gedankenfreiheit.

Fünftens:

Die Zeit ist reif, neue Formen der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu entwickeln und eine gesamteuropäische Infrastruktur auszubauen. Und vor allem auch

dies: Europa ist als Kulturgemeinschaft gewachsen; es sollte wieder werden, was es war.

Sechstens:

Soziale Gerechtigkeit gehört zu den Grundlagen eines dauerhaften Friedens. Materielle Not ist konkrete Unfreiheit. Sie muß, jedenfalls in Europa, durch Evolution überwunden werden.

Siebtens:

Europa muß seiner weltweiten Verantwortung gerecht werden. Dies ist Mitverantwortung für den Weltfrieden. Dies hat auch Mitverantwortung für Gerechtigkeit nach außen zu bedeuten, um Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Friede ist mehr als Abwesenheit von Krieg, obwohl es Völker gibt, die hierfür heute schon dankbar wären. Eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung erfordert gleichwertige Entwicklungschancen für alle Völker.

Hier geht es nicht um abstrakte Fernziele, sondern um die mögliche Versachlichung der Gegensätze heute. Ich weiß, daß dies manchen, gerade in der jungen Generation, zu wenig ist und daß es vielen überhaupt zu langsam geht. Es ist nicht schädlich, sondern hilfreich, wenn junge Menschen aufbegehren gegen das Mißverhältnis zwischen veralteten Strukturen und neuen Möglichkeiten. Wenn sie protestieren gegen den Widerspruch von Schein und Wirklichkeit. Ich halte nichts davon, der Jugend nach dem Mund zu reden. Aber ich werbe um die kritische und verantwortungsbewußte Mitarbeit ihrer unverbrauchten Kräfte.

Wir brauchen Augenmaß, Beharrlichkeit und Ausdauer. Wir brauchen natürlich auch Sinn und Kraft für die neuen Dimensionen. Angesichts der Größe der Aufgaben bedarf es einer gesunden Mischung von Zukunftsglauben und nüchternem Realismus. Kann es im übrigen etwas Wichtigeres geben, als die Organisation Europas und des Friedens mitzugestalten!

VII.

Der praktischen Politik stellen sich in naher Zukunft zwei Aufgaben: Eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Verhandlungen über die Truppenreduktion. Gleichzeitig müssen die Staaten Europas beginnen, ihre wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln, ungeachtet, ob sie in Blöcken gebunden sind oder nicht, angemessen den großen Projekten, die zur Entwicklung Europas verwirklicht werden wollen. Und dafür dürfen Staatsgrenzen kein Hindernis sein.

Die Konferenz wird sich mit den Möglichkeiten der Kooperation und gleichzeitig mit Fragen der Sicherheit zu befassen haben.

Ich sehe die Möglichkeit, zwischen Ost und West, Nord und Süd in Europa durch wirtschaftliche und andere Verbindungen gemeinsame Interessen und Verpflichtungen zu schaffen, die ein Mehr an Sicherheit für alle entwickeln.

Der Gewaltverzicht muß ein Gesetz werden, das jeder Staat respektiert und das Interventionen ausschließt. Auf diesem gewiß nicht kurzen Weg können wir zu einem Sicherheitssystem in Europa kommen, das die Blöcke in gewisser Hinsicht überlagert und das, wie die Dinge in der Welt liegen, weder ohne die Vereinigten Staaten noch ohne die Sowjetunion denkbar ist.

Eine ausgewogene Truppenreduktion kann den Weg dahin ebnen. Ich habe das „Signal von Reykjavik“ im Frühsommer 1968 formuliert und natürlich den Rückschlag nicht vergessen, dessen Zeugen wir kurz danach wurden. Es wird auch jetzt noch ein steiniger Weg sein. Wer die Geschichte der globalen oder regionalen Abkommen verfolgt hat, die in den letzten zehn Jahren vom Genfer Abrüstungsausschuß in mühevoller Arbeit erzielt wurden — Antarktis, Teststop, Weltraum, Nichtverbreitung, Meeresboden, biologische Waffen —, fühlt sich jedoch trotz allem ermutigt. Gemeinsam mit anderen finden die Supermächte, bei aller Gegensätzlichkeit, Teilgebiete gemeinsamer Interessen an der Sicherung des Friedens.

Ich fühle mich aus einem besonderen Grunde zusätzlich ermutigt: Im Laufe dieses Jahres habe ich Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew unabhängig voneinander die gleichen Fragen zu einigen Aspekten einer Truppenreduzierung unterbreitet, und ich habe sie von beiden positiv beantwortet bekommen. Auch die Führer der mächtigsten Staaten fragen sich, ob sie mehr Geld für andere als militärische Zwecke freisetzen können.

VIII.

Der Organisierung des Friedens stehen starke Kräfte entgegen. Wir haben erfahren, in welche Barbarei der Mensch zurückfallen kann. Keine Religion, keine Ideologie, keine glanzvolle Entfaltung der Kultur schließt mit Sicherheit aus, daß aus den seelischen Tiefenschichten der Menschen Haß hervorbrechen und Völker ins Unheil reißen kann. Der Frieden ist so wenig wie die Freiheit ein Urzustand, den wir vorfinden: Wir müssen ihn machen, im wahrsten Sinne des Wortes.

Dazu müssen wir noch mehr wissen über den Ursprung des Unfriedens. Auch hier liegen große Aufgaben für die Friedens- und Konfliktforschung. Ich meine: neben vernünftiger Politik ist Lernen in unserer Welt die eigentlich glaubhafte Alternative zur Gewalt.

Als Gegenkraft haben wir auch mit dem sacro egoismo zu rechnen, den großen geheiligten Egoismen der Gruppen. Wir sehen sie in Europa praktisch noch jeden Tag. Und der ungebändigte National egoismus in den jungen Staaten entfaltet sich so schnell, daß es ihm keine Schwierigkeiten zu bereiten scheint, den jahrhundertelangen Vorsprung der alten Nationen einzuholen.

Ideologien, ihre Verkünder und Gläubigen setzen sich immer wieder über ethische Grundnormen des Zusammenlebens hinweg, weil sie die Menschheit „besser“ machen, die Reinheit der Lehre wahren oder andere Lehren überwinden wollen. Zwischen solchen Kräften ist kein dauernder Friede zu stiften. Zur Friedenspolitik gehört, sie zur Einsicht zu bringen, daß weder Staaten noch Ideologien Selbstzweck sind, sondern daß sie dem einzelnen Menschen und seiner sinnvollen Selbstverwirklichung zu dienen haben.

Der Anspruch auf das Absolute bedroht den Menschen. Wer sich im Besitze der ganzen Wahrheit glaubt, wer das Paradies nach seinen Vorstellungen heute und hier haben will, der zerstört nur zu leicht den Boden, auf dem eine menschenwürdige Ordnung wachsen kann. Auch in der Tradition der europäischen Demokratie lebt neben einem humanitären ein doktrinärer Zug, der zur Tyrannei führt; Befreiung wird dann zur Knechtschaft.

Junge Menschen erwarten oft von mir das ungebrochene Ja, das deutliche Nein. Aber mir ist es unmöglich geworden, an eine einzige, an die Wahrheit zu glauben. Also sage ich meinen jungen Freunden und anderen, die es hören wollen: es gibt mehrere Wahrheiten, nicht nur die eine, alles andere ausschließende Wahrheit. Deshalb glaube ich an die Vielfalt und also an den Zweifel. Er ist produktiv. Er stellt das Bestehende in Frage. Er kann stark genug sein, versteinertes Unrecht aufzubrechen. Der Zweifel hat sich im Widerstand bewiesen. Er ist zäh genug, um Niederlagen zu überdauern und Sieger zu ernüchtern.

Heute wissen wir, wie reich und wie begrenzt zugleich der Mensch in seinen Möglichkeiten ist. Wir kennen ihn in seinen Aggressionen und in seiner Brüderlichkeit. Wir wissen, daß er imstande ist, seine Erfindungen für sein Wohl, aber auch selbstzerstörerisch gegen sich anzuwenden. Nehmen wir Abschied von all den schrecklichen Überforderungen. Ich glaube an tätiges Mitleid und also an die Verantwortung der Menschen. Und an die unbedingte Notwendigkeit des Friedens.

Als demokratischer Sozialist zielen mein Denken und meine Arbeit auf Veränderung. Nicht den Menschen will ich ummodellieren, weil man ihn zerstört, wenn man ihn in ein System zwingt; aber ich glaube an die Veränderbarkeit menschlicher Verhältnisse.

In meinem Leben habe ich viele Illusionen wachsen und schwinden sehen. Viel Verwirrung, Eskapismus und Simplifikation. Hier mangelte Verantwortungsbewußtsein, dort fehlte Phantasie. Aber ich habe auch erfahren, was Überzeugungstreue, Standhaftigkeit und Solidarität bedeuten können. Ich weiß, wie sich moralische Stärke gerade in größter Bedrängnis entfaltet. Manches, was totgesagt war, hat sich als lebendig erwiesen.

Alfred Nobel dachte ursprünglich daran, den Friedenspreis nur sechsmal alle fünf Jahre verteilen zu lassen; danach würde er nicht mehr nötig sein. Es hat länger gedauert. Sonst würde ich heute auch keine Gelegenheit gehabt haben, zu Ihnen zu sprechen.

Bertha von Suttner, Friedenspreisträgerin des Jahres 1905, hatte das positive Echo auf ihr Buch „Die Waffen nieder“ überschätzt. Ich gehöre noch zu denen, auf die es einen starken Eindruck gemacht hat, und nach allem anderen bekenne ich mich gern auch zu dem naiven Humanismus meiner ganz jungen Jahre.

Aber ich kann nicht aufhören, ohne Sie und mich an die zu erinnern, die in diesem Augenblick im Krieg leben und leiden, vor allem auf dem indischen Subkontinent und in Vietnam. Ich beziehe die Menschen im Nahen Osten und in anderen Krisengebieten mit ein. Mir ist nicht nach dem lauten Appell zumute. Es ist leicht, von anderen Maß, Vernunft, Bescheidung zu fordern. Aber diese Bitte kommt mir aus dem Herzen: Alle, die Macht haben, Krieg zu führen, möchten der Vernunft mächtig sein und Frieden halten.

Dankworte des Bundeskanzlers Willy Brandt bei der Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1971 am 10. Dezember 1971 in Oslo

Die hohe Ehre der Preisverleihung kann gewiß nur als eine Ermutigung meines politischen Strebens verstanden werden, nicht als ein abschließendes Urteil. Ich nehme diese Auszeichnung an im Gefühl der Verbundenheit mit allen, an welcher Stelle auch immer, die sich mit der ihnen gegebenen Kraft bemühen, ein Europa des Friedens zu organisieren und europäische Solidarität für den Weltfrieden einzusetzen.

Es wird für mich morgen nicht leicht sein, meine Rede vom machbaren Frieden in Europa zu halten, während in anderen Teilen der Welt Krieg geführt wird und die Gefahr weiterer militärischer Konflikte gegeben ist.

Niemand kann das, wovon heute mir gegenüber die Rede ist, allein vollbringen. So nehme ich den Friedens-Nobelpreis 1971 mit dem Ausdruck bewegten Dankes zugleich im Namen derer entgegen, die mir helfen und geholfen haben.

Ich verstehe diese Stunde auch so, daß wir uns denen nahefühlen, die ihrer Überzeugung wegen Opfer bringen und doch nicht aufhören, für Frieden und Gerechtigkeit zu kämpfen.

Sie werden es richtig auffassen, wenn ich sage, wie sehr mich in diesen Tagen und Wochen gefreut hat, daß viele — nicht nur in meinem Land — dies als etwas begreifen, was sie alle mit angeht. Und wenn ich dies hinzufügen darf: Wieviel es mir bedeutet, daß auf meine Arbeit „Im Namen des deutschen Volkes“ abgehoben wurde. Daß es mir also vergönnt war, nach den unauslöschlichen Schrecken der Vergangenheit den Namen meines Landes und den Willen zum Frieden in Übereinstimmung gebracht zu sehen.

In diesen Wochen habe ich viele Briefe bekommen aus allen Teilen der Welt. Von Staatschefs und von Schulkindern. Von glücklichen und von geplagten Menschen. Von einer Verwandten Anne Franks, aus Gefängnissen. Unter den ersten Briefen war der einer Dame, die es nicht leicht gehabt hat. Sie erinnerte mich an die Geschichte vom Indianerjungen, der den Vater fragt, als sie aus dem Kino kommen: Do we never win?

Ja, es ist nicht verwunderlich, daß viele noch heute so fragen. Ich bilde mir nicht ein, für sie gewonnen zu haben. Ich sage nur: Der junge Mann, der seinerzeit verfolgt, nach Norwegen verschlagen und ausgebürgert wurde, der spricht heute hier nicht nur allgemein für den europäischen Frieden, sondern auch ganz

besonders für diejenigen, denen die Vergangenheit hartes Lehrgeld abverlangt hat.

Alfred Nobel, an dessen Todestag wir hier versammelt sind, hat gesagt, es gebe nichts auf der Welt, was man nicht mißverstehen oder mißbrauchen könne. Sein Vermächtnis sollte dem Mißbrauch und auch dem Mißverständnis entzogen sein. Verbrüderung der Völker ist trotzdem eine Formel, die uns grausam darauf hinweist, daß auch Kain und Abel Brüder waren. Dies gilt es bei aller Zuversicht in Erinnerung zu behalten.

Aber Abbau der Spannungen, Zusammenarbeit der Völker, Reduzierung der Truppen und Kontrolle der Rüstungen, Partnerschaft mit den bisher Benachteiligten, gemeinsamer Schutz gegen die Gefahr des gemeinsamen Untergangs — das muß möglich sein, daran müssen wir arbeiten.

Wir sind hier in Fridtjof Nansens Land. Seine Hilfe für Kriegsgefangene, Flüchtlinge, Hungernde bleibt ein großartiges Beispiel. Auch im übertragenen Sinne gilt seine Mahnung: „Beeilt Euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen.“

Als er daranging, sein Testament zu machen, soll Alfred Nobel einmal gesagt haben, einem homme d'action würde er nichts hinterlassen, denn dieser würde dadurch in Versuchung kommen, mit dem Arbeiten aufzuhören. Dagegen möchte er „gern Träumern helfen, die es schwer haben, sich im Leben durchzusetzen“. Nun, mir steht kein Urteil darüber zu, ob das Nobel-Komitee die richtige Wahl getroffen hat. Man muß nur wissen: Politisches Träumen kann ich mir kaum noch leisten, und mit der Arbeit möchte ich noch nicht aufhören.

Der Friedens-Nobelpreis ist die höchste, aber auch die am meisten verpflichtende Ehrung, die einem Mann in politischer Verantwortung zuteil werden kann. Ich bedanke mich aufrichtig und will alles tun, um in meiner weiteren Arbeit dem nahezukommen, was viele von mir erwarten.

Ansprache des Bundeskanzlers Willy Brandt
an der Storkyrkan in Stockholm am 12. Dezember 1971

Lassen Sie mich Dank sagen für die große Freundlichkeit, die Sie mir entgegenbringen. Und für das, was Alva Myrdal gesagt hat.

Was in diesen Tagen und Wochen an Würdigungen auf mich eingeströmt ist, das steht mir nur bedingt zu. Allein kann ich es weder tragen noch rechtfertigen. Das gilt auch für die Erwartungen. Ich teile die Bürde mit vielen, die sich um den Frieden mühen. Mit allen, die es ernst meinen, in welchem Land, in welchem Amt, in welcher Partei auch immer.

Sie, meine Freunde in Schweden, grüße ich sehr herzlich. Und ich freue mich, daß sich hier wie anderswo viele einbezogen und ermutigt fühlen durch das, was der Friedens-Nobelpreis zum Ausdruck bringt.

Lassen Sie uns an die Menschen denken, die heute in Krieg leben müssen.

Lassen Sie uns vor allem auch unsere Verbundenheit mit denen bekunden, die verfolgt werden, weil sie Frieden und Menschenrechte wollen.

Ich möchte hier all denen danken, die — aus Schweden oder aus welchem Land auch immer — humanitäre Hilfe leisten. Dienst am Mitmenschen ist Arbeit für den Frieden.

Und lassen Sie uns denen sagen, die in der Entwicklungshilfe stehen, daß sie nicht müde werden dürfen. Ihre Arbeit, die vervielfacht werden muß, ist Dienst am Frieden.

Über mein eigenes Wirken steht mir kein Urteil zu. Ich bin mitten auf dem Weg, nicht an seinem Ende; und ein Ende wird es wohl niemals geben.

Im Kampf um den Frieden — und das heißt heute: um das Überleben der Menschheit — muß jeder fragen, was er selbst tun kann. Wozu er sein eigenes Land bewegen kann. Was dessen spezifischer Beitrag sein soll.

Mein Land hatte die Aufgabe, die dunkle Vergangenheit hinter sich zu bringen, ohne sie zu vergessen.

Es hatte die Aufgabe, die Freundschaft mit dem Westen durch Aussöhnung mit dem Osten zu ergänzen.

Es hat den Ehrgeiz, sich nach bitteren Erfahrungen als ein Volk der guten Nachbarn zu beweisen, im Innern und nach außen.

Einen europäischen Friedenspakt — und in der weiteren Entwicklung vielleicht sogar einen europäischen Friedensbund — zu schaffen, das ist eine Aufgabe, die noch vor wenigen Jahren

unlösbar schien. Ich meine, daß wir ihrer Lösung jetzt näherkommen können. Wenn wir uns von Illusionen freihalten. Wenn wir von gemeinsamen Interessen ausgehen, statt von trennenden Ideologien.

Niemand verkenne den Ernst der Lage: Der Friede ist auch in unserem Teil der Welt noch bei weitem nicht gesichert. Er fordert noch harte Anstrengungen.

Schließlich ein ganz persönliches Wort: Ich stehe in der Schuld Schwedens nicht nur, weil ich hier fünf Jahre lang Zuflucht gefunden habe. Nicht nur, weil ich hier viel gelernt habe. Nicht nur, weil ich als Berliner Bürgermeister erfahren habe, was schwedische Nächstenliebe bedeutet. Sondern auch, weil mir auf dem Wege der Verständigung zwischen West und Ost aus diesem Lande wertvolle Unterstützung zuteil geworden ist.

Ihnen allen noch einmal herzlichen Dank. Und die ebenso herzliche Bitte, daß wir nicht müde werden im Ringen um die Festigung des europäischen Friedens. Und um das, was ein friedliches Europa der Welt zu geben hat.

Rede des Bundeskanzlers Willy Brandt in der Storkyrkan in Stockholm am 12. Dezember 1971

1.

Ich bin dankbar für die Einladung, hier in dieser schönen alten Kirche zu Ihnen zu sprechen. Für das starke und freundliche Interesse am Friedens-Nobelpreis. Nicht zuletzt für die aufgeschlossenen und ermutigenden Worte, mit denen Dompropst Kastlund mich begrüßt hat.

Keinem fällt es leicht, über den Frieden in Europa zu sprechen, während die Menschen in anderen Teilen der Welt in Krieg leben müssen. Deshalb bitte ich auch hier darum, daß alle, die Macht haben, Krieg zu führen, der Vernunft mächtig sein möchten, die zur Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens erforderlich ist.

Die hohe Ehre, die mir durch die Verleihung des Friedenspreises zuteil wurde, habe ich nicht auf mich allein beziehen können. So stehe ich hier stellvertretend für viele andere — in vielen Ländern und in sehr unterschiedlicher Verantwortung — die sich in diesen Jahren der Organisierung des europäischen Friedens widmen und dabei nicht aus dem Auge verlieren, was die Welt von Europa erwartet.

Jeder muß wissen, daß dies harte Arbeit auf steinigem Boden ist und daß man dafür nicht nur Lob erntet und nicht einmal nur Zustimmung. Aber es kommt weniger auf das Lob und die Zustimmung an, als auf das zähe Weiterverfolgen dessen, was man als richtig erkannt hat.

Jeder muß auch wissen, daß heute mehr von ihm verlangt wird, als andere mit Applaus oder kritischen Randbemerkungen zu begleiten. Jeder einzelne, der Verantwortung trägt und empfindet, muß sich nach seinem eigenen möglichen Beitrag fragen. Und nach dem besonderen Beitrag, den sein Land leisten kann. Also habe ich die Frage nach dem Beitrag meines Landes beantworten müssen.

Es war alles andere als eine Selbstverständlichkeit, daß der Friedenspreis einem Deutschen zuerkannt worden ist. Viele meiner Landsleute hat dies tief bewegt.

Mir haben Briefe geholfen, wie der des Überlebenden eines Vernichtungslagers oder der eines Kriegsverurteilten, der seine Strafe seit mehr als 26 Jahren verbüßt. Frauen und Männer aus verschiedensten Gruppen meines Volkes haben mir geschrieben, sie fühlten nun den Bann des Mißtrauens gebrochen; sie

brauchten sich wohl nicht mehr so zu schämen wegen der Schande, die über unser Volk gekommen war; nun könnten sie wieder stolz sein auf Deutschland.

Dies sollte nicht falsch verstanden werden. Kein Volk, und wenn es noch so tief gestürzt ist, kann und will auf die Dauer ohne Stolz leben. Die schrankenlose Grausamkeit des Hitler-Regimes schien das europäische Urteil über die Deutschen unrevidierbar gemacht zu haben. Es war nicht leicht, den Glauben an das anständige Deutschland wachzuhalten.

Es ist jedoch nicht nur so, daß der einzelne Mensch in sich gehen und sich umbestimmen kann. Auch ein Volk kann eine böse Vergangenheit hinter sich bringen und seinen Platz in der Geschichte neu bestimmen.

Nicht wenige meiner Landsleute hätten mit mir aufgeatmet, wenn es den tapferen Männern unseres inneren Widerstandes wenigstens noch am 20. Juli 1944 gelungen wäre, dem zerstörerischen Wahnsinn ein vorzeitiges Ende zu setzen. Statt dessen mußten wir uns in Deutschland, in Europa, durch die harten Nachkriegsjahre und durch den kalten Krieg hindurchquälen. Bis nun auch ein neues Deutschland — das in der Bundesrepublik seinen rechtsstaatlich-freiheitlichen Ausdruck gefunden hat — aktiv an der Organisierung des Friedens mitwirken kann.

Bundeskanzler Adenauer war es vergönnt, einen ersten wichtigen Teil zu vollziehen: die Verständigung und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens. Uns blieb die Aufgabe, den nicht minder wichtigen zweiten Teil anzupacken: die Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten und eine gesamteuropäische Zusammenarbeit, die über den Ost-West-Konflikt hinausführt und ihn überlagert.

Gestern in Oslo habe ich aus meiner Sicht und Erfahrung darüber gesprochen, was europäische Friedenspolitik in unserer Zeit bedeuten sollte. Daß wir uns nicht zu viel vornehmen dürfen, aber auch nicht zu wenig. Daß wir den unbedingten Gewaltverzicht brauchen. Den Abbau und möglichst auch die Kontrolle der Rüstungen. Trotz aller weiterbestehenden Unterschiede und Gegensätze ein ganz Europa umspannendes Netz der praktischen Zusammenarbeit: ökonomisch, technisch-wissenschaftlich, kulturell. Auch mehr Toleranz; mehr Bereitschaft, die Argumente des anderen anzuhören und zu bedenken.

II.

Es kann nicht darum gehen, die Natur des Menschen ummodellieren zu wollen; wohl aber geht es um die Veränderung seiner Lebensverhältnisse und mancher seiner Verhaltensweisen. Nur so kom-

men wir zum Frieden, zur guten Nachbarschaft im Inneren und nach außen.

Sie wissen, ich bin demokratischer Sozialist. Als solcher schöpfe ich aus den Quellen der christlichen Ethik, des Humanismus, der klassischen Philosophie. Für uns im Einzugs- und Ausstrahlungsbereich des Christentums geht es ja nicht nur um den Frieden in der Ewigkeit, sondern durchaus um den Frieden in der Zeit. Er ist das Thema des Neuen Testaments, welches damit einer Sehnsucht des Menschen entspricht. Der Friede auf Erden ist eine Verheißung, auf die man nicht zu warten braucht, sondern der man sich durch Taten zu nähern hat. Sie erfüllt sich nicht ohne unser eigenes Handeln.

Wer wüßte das besser als der Protestantismus, aus dessen Geist die skandinavischen Glaubensmänner sich dem Werk des Friedens gewidmet haben. An dieser Stelle möchte ich des unvergessenen Erzbischofs Söderblom gedenken. Er war einer der Großen unseres Jahrhunderts — groß in seinem Glauben, in seinem Denken, in seinem Wirken. Er hat nicht nur in der Zwischenkriegszeit der ökumenischen Bewegung mächtige Impulse gegeben, sondern schon im Ersten Weltkrieg hatte er eindringlich von der Friedenspflicht der Kirche gesprochen. Über die christliche Bruderschaft hinaus hatte er auch gesagt: Die Christen müssen stets versuchen, die Voraussetzung des Denkens und Handelns anderer zu verstehen. Und sie müssen mit ganzer Kraft für die Verständigung zwischen den Völkern wirken.

Als Nathan Söderblom im Dezember 1930 in Oslo den Friedens-Nobelpreis entgegennahm, sprach er von dem breiten und dem schmalen Weg. Auf dem breiten Weg, auf dem der Mensch seine Selbstzufriedenheit und seine schlechten Eigenschaften ruhen läßt, komme man nicht zum Frieden. Nur der schmale Weg, auf dem der Mensch sich selbst nicht in Ruhe läßt, führe zum Frieden. Für ihn gab es nur den schmalen Weg, „der Bekehrung heißt“. Er betonte damals auch, das Friedensstreben müsse realistischer werden, wenn es sich Geltung verschaffen wolle. Die Frage sei nicht, ob man nach dem einen oder anderen Friedensrezept rechtgläubig ist, sondern ob man wirklich etwas für den Frieden tut.

Mein aufrichtiger Dank soll hier all denen gelten, die wirklich etwas getan haben.

Hierbei denke ich nicht zuletzt an die humanitäre Hilfe, die noch während des Krieges und dann verstärkt nach Kriegsende Flüchtlingen und anderen Notleidenden in großer Zahl zuteil geworden ist. Aus meiner Berliner Zeit weiß ich gut, was die Schweden-suppe für die Kinder bedeutete. Ich nenne keine Namen, keine

Organisationen, sondern ich meine alle, die sich als Helfer von Bedrängten und Verfolgten bewährt haben. Und alle diejenigen, die halfen, damit geholfen werden konnte.

Man könnte sagen, dies habe nichts mit dem Verhindern von Kriegen zu tun, sondern nur mit dem Mildern ihrer Folgen. Ich meine, daß Hilfsarbeit auch Friedensarbeit ist, weil sie Leben rettet, Verzweiflung zurückdrängt, Hoffnung keimen läßt. Dies gilt im besonderen auch für die nicht-staatliche Entwicklungshilfe, den Kampf gegen Hunger und Elend in der Dritten Welt.

Ich habe in meinem Leben erfahren, was Not ist. Ich weiß auch, was das Los der Verfolgten und Verfemten bedeutet. Schweden und der Norden haben ihr Herz geöffnet und vielen Tausenden das Überleben möglich gemacht. Die durch Fridtjof Nansen und Folke Bernadotte personifizierte Tradition ist lebendig geblieben. Dafür bin ich zusätzlichen Dank schuldig.

Vor allem liegt mir daran, denen in diesem Land und in anderen Ländern meine Anerkennung zu sagen und meine Ermutigung auszusprechen, die sich unermüdlich und selbstlos für Gefangene und Verfolgte einsetzen. Für deren menschenwürdige Behandlung und, wo es möglich ist, Amnestierung. Für die zunehmende Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien in allen Teilen der Welt.

Der Kampf um den Frieden und das Ringen um die Menschenrechte sind nicht voneinander zu trennen.

III.

Meine Dankesschuld gegenüber diesem Land erstreckt sich im besonderen Maße auf die von hier vermittelten ideellen Werte. Ich denke daran, daß wir — die damaligen Flüchtlinge — geistig nicht verkümmern mußten, sondern daß wir lernen und uns entwickeln konnten. Daß es Gesprächspartner gab, die uns ernst nahmen.

Stellvertretend für andere mit nenne ich Alva und Gunnar Myrdal. Diesen beiden bemerkenswerten und ungewöhnlich produktiven Menschen hat es auch damals, während des Krieges, nicht an Arbeit gefehlt. Aber sie haben sich Zeit genommen, mit uns über die Aufgaben nach dem Krieg zu beraten. Wir, das waren Versprengte aus den besetzten und zerstörten Ländern. Und unser zentrales Thema waren die Friedensziele, die Forderungen der Vernunft gegenüber den Verirrungen des Hasses.

Man kann in der Politik nicht nach vorn arbeiten, wenn man ohne Hoffnung ist. Als Alva und Gunnar Myrdal im vorigen Jahr in Frankfurt einen deutschen Friedenspreis erhielten, ist ihr unerschütterlicher Glaube an die menschliche Vernunft gerühmt wor-

den. Mit der daraus sich ergebenden Hoffnung, daß ein illusionsloses und zielstrebiges Bemühen schließlich doch zu Erfolgen führen kann. Ihre Arbeitsgebiete reichen seit frühen Jahren über das eigene Land und über Europa hinaus. Aber sie haben viel mit dem zu tun, wofür die Kräfte Europas mobilisiert werden müssen. Das Ringen um Abrüstung ist mühevoll und war bisher durchweg deprimierend. Und doch hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß wir uns mit dem Gleichgewicht des atomaren Schreckens nicht zufrieden geben können.

Die Verhandlungen der beiden Supermächte über die Begrenzung der strategischen Waffen zeigen immerhin erste konkrete Ergebnisse. Mit dem Vorschlag zum Verbot biologischer Waffen hat der Genfer Ausschuß der UN-Vollversammlung zum ersten Mal einen eigentlichen Abrüstungsvertrag — also mehr als einen Begrenzungsvertrag — unterbreiten können. Und gleichzeitig nähern wir uns dem Punkt, von dem aus vermutlich über den beiderseitigen, ausgewogenen Abbau von Truppenstärken und Rüstungen in Europa gesprochen werden kann.

Das wird alles noch sehr schwierig werden, und es wird mehr Zeit erfordern, als uns lieb sein kann. Aber das Bewußtsein für die neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten beginnt sich durchzusetzen.

Es geht ja darum, daß der Weltfriede als Lebensbedingung des technischen Zeitalters verstanden werden muß. Und daß wir auf Probleme, die den ganzen Globus angehen, auch globale Antworten zu finden haben. Es wäre abwegig, wenn Hilfe für die Dritte Welt und Schutz vor Umweltgefahren als konkurrierende Aufgaben gesehen würden, statt sie als zwei Dimensionen der Weltinnenpolitik zu behandeln.

Die industrielle Welt hat begonnen, sich der Armutsenklaven, der Rückständigkeit in ihrer Mitte bewußt zu werden. Sie darf darüber nicht die Not auf der südlichen Halbkugel vergessen. Es bietet sich uns mehr als der Mut der Verzweiflung. Ich hätte es beispielsweise nicht für möglich gehalten, daß große Länder im Laufe weniger Jahre in der Lage sein würden, ihre landwirtschaftliche Produktion auf die Höhe ihres Bedarfs zu bringen.

Zu gleicher Zeit zeigt der Krieg auf dem indischen Subkontinent, wie nahe Hoffnung und Desillusionierung beieinander liegen. Wir sollten uns überhaupt nicht durch eine allzu optimistische Deutung in die Irre führen lassen. Jahr für Jahr sterben Millionen an den direkten und indirekten Folgen von Hunger. Und es scheint nichts mehr daran zu ändern zu sein, daß sich die Menschheit bis zur Jahrhundertwende, also in dreißig Jahren, verdoppelt haben wird, auf zwischen sechs und sieben Milliarden.

Die Fachleute sagen, und ich glaube, sie haben recht: Der Zirkel des Elends wird nur dann an der entscheidenden Stelle durchbrochen, wenn es in diesen siebziger Jahren – in der Zweiten Entwicklungsdekade – gelingt, Erziehung, Beschäftigung, Ernährung, Behausung, Gesundheitsdienst und soziale Sicherung so zu verbessern, daß in den achtziger Jahren sichtbare Erfolge in der Familienplanung möglich werden. Es geht eben nicht darum, einem natürlichen Entwicklungsprozeß nur etwas nachzuhelfen. Sondern es geht darum, anstelle eines zerstörten gesellschaftlichen Gleichgewichts ein neues, dynamisches Gleichgewicht zu suchen.

Jedes Land wird – auch über die unvermeidlichen Spannungen – seinen eigenen Weg finden müssen. Aber die Gesamtaufgabe erfordert stärker als bisher geplantes, gemeinsames, international aufeinander abgestimmtes Handeln.

Zum anderen: Wenn die natürlichen Vorräte an Wasser, Sauerstoff und lebendiger Substanz unseres Planeten zur Neige gehen, wird eine vergiftete und verhungernde Menschheit nicht mehr nach einer Friedensordnung fragen, um die wir uns heute bemühen. Die Frage, wie die endlichen Ressourcen dieser Erde zu verwalten sind – was unerläßlich ist, um die biologische Existenz des Menschen zu erhalten –, diese Frage wird zunehmend konkret gestellt und beantwortet werden müssen.

Das gemeinsame Interesse am Überleben sollte die Staaten unterschiedlicher Ideologie und Gesellschaftsordnung dazu zwingen, ihre Energien nicht zu vergeuden, sondern sie zur Lösung der objektiv gemeinsamen Probleme zu vereinen. Dieser Einsicht kann sich im Grunde nur entziehen, wem der Untergang dieser Welt gleichgültig ist.

Hier in Stockholm wird im kommenden Jahr die große Umweltkonferenz der Vereinten Nationen zusammentreten. Ich hoffe, sie wird sich der Bedeutung der Aufgabe gewachsen zeigen.

Und an die Adresse der führenden Politiker und Wirtschaftler in den Industriestaaten will ich sagen: Wir müssen alle unseren konstruktiven Beitrag dazu leisten, daß die nächste Welthandelskonferenz in Santiago für die Entwicklungsländer nicht zu einer bitteren Enttäuschung und damit zum Fehlschlag wird, sondern daß sie den Weg nach vorn wieder freimacht.

IV.

Bei uns in Europa geht es darum, den Ost-West-Gegensatz, der schon gemildert werden konnte, weiter abzubauen und so weit wie möglich zu überwinden. Dazu müssen wir von der Wirklichkeit ausgehen – ob sie uns gefällt oder nicht –, die sich durch den Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat. Also müssen wir ausgehen von der Unverletzlichkeit der Grenzen.

Bestehende Grenzen anzuerkennen kann nicht bedeuten, sie zementieren zu wollen. Auf Gewalt zu verzichten bedeutet nicht den Verzicht darauf, um menschliche Erleichterungen und Menschenrechte zu ringen. Manche Realitäten lassen sich jedoch erst zum Besseren wenden, nachdem man sie zur Kenntnis genommen hat.

In Europa kommt es darauf an, über die Grenzen der Blöcke und der Ideologien hinweg zu mehr Kommunikation und Kooperation zu gelangen. Hierum bemühe ich mich, mit den gewiß begrenzten Möglichkeiten meines Landes. Und selbstverständlich im Gleichklang mit unseren Verbündeten. Ich weiß, daß hiervon viel abhängt für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Nur dürfen und wollen wir mit der Vorbereitung eines europäischen Friedenspaktes nicht warten, bis der mühsame Prozeß der Normalisierung und der Verständigung abgeschlossen ist. Die beiden Vorgänge bedingen und ergänzen einander.

Man kann einen europäischen Friedenspakt durch Gewaltverzichtsverträge vorbereiten. Man kann Elemente der Sicherheit und der Zusammenarbeit miteinander verbinden. Man kann Konferenzen abhalten, um über neue Aufgaben zu beraten. Das wird alles nur so lange und so weit halten, wie die Decke des gegenseitigen Vertrauens reicht. Und es hängt davon ab, wie stark der Wille zum Frieden ist.

Auf der anderen Seite bedarf dieser Wille der vertraglichen Ausformung. So haben wir die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn teils abgeschlossen, teils vorbereitet. So haben wir die Berlin-Vereinbarung der Vier Mächte gefördert und die ergänzenden zwischen-deutschen Verhandlungen geführt. Auf diesem Hintergrund haben wir uns dafür ausgesprochen, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bei Teilnahme der USA und Kanadas, vorbereiten zu helfen. Und gleichzeitig sind wir wie andere bereit, an Verhandlungen über eine Verminderung der Streitkräfte in Europa konstruktiv mitzuwirken.

Mit anderen Worten: Ich unterstelle, daß der Friede organisierbar, daß er machbar ist. Aber ich weiß, daß es dazu großer Anstrengungen und gewissenhafter Vorarbeit bedarf. Frieden muß, so

hat es schon Kant dargelegt, auf Vertrag gegründet sein. Dazu kommt es nur durch das Zusammenwirken vieler. Der organisierte Frieden muß an konkreten Ergebnissen ablesbar sein. Er soll und muß mehr sein als die Abwesenheit von Krieg und militärischem Druck. Der Frieden will als etwas Aktives verstanden werden; mit einer neuen nicht nur praktischen, sondern auch moralischen Qualität.

Ich bin kein Träumer. Ich weiß, daß die elementaren Auseinandersetzungen um Ideen und Interessen weitergehen. Entscheidend ist, daß sich aus diesem Ringen der Meinungen und Interessen nicht die Ursachen eines neuen Krieges ergeben.

Das Gleichgewicht des Schreckens darf uns nicht beruhigen. Wir brauchen zusätzliche Sicherheit. Wir brauchen die Konsequenzen aus der Erkenntnis, daß der Weltfriede zur Lebensbedingung unseres technischen Zeitalters geworden ist.

Wir brauchen über die regionalen Zusammenschlüsse hinaus die vielgestaltige europäische Zusammenarbeit. Auch für Europa gilt das Wort Abraham Lincolns, daß ein in sich gespaltenes Haus nicht Bestand haben kann.

Der Bischof von Berlin-Brandenburg hat mich in seiner Freundlichkeit auf folgendes hingewiesen: Der Tag, an dem mir das Norwegische Nobel-Komitee den Friedenspreis zusprach, stand unter der biblischen Losung: „Ich will Dir Ruhe geben von allen Deinen Feinden“ (2. Samuelis 7, 11).

Nun, das darf wohl keiner von uns zu hoffen wagen. Aber es könnte schon voranführen, wenn einige von denen, die gleich mir Verantwortung tragen, sich der Erfüllung dieser Zusage nicht in den Weg stellten.